Jürgen Maier

EUROPA
AUF DEM PULVERFASS

Neue
NATO-Strategie:
Krieg als Fortsetzung
der Politik
mit anderen Mitteln

Jürgen Maier

EUROPA
AUF DEM PULVERFASS

Neue NATO-Strategie:
Krieg als Fortsetzung
der Politik
mit anderen Mitteln

DIE GRÜNEN

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Düstere Aussichten – für wen?	3
Außen- und Militärpolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg	7
Die „Massive Vergeltung“	8
Die Kuba Krise	10
Strategie der „flexible response“	11
„MAD“ – Gegenseitig gesicherte Vernichtung	11
Der „begrenzte“ Atomkrieg	12
Pershing II	14
Krisenregion Persischer Golf	16
Die Rapid Deployment Forces – Schnelle Eingreiftruppen	20
Die „horizontale Eskalation“	25
„AirLand Battle“	27
Der Rogers-Plan	31
„AirLand Battle“ und die Bundesregierung	32
Wörners Milliardenpläne	34
Master Restationing Plan: NATO-Plan Ostwall	41
Auch Europa und die Bundesrepublik „greifen ein“	42
Wartime Host Nation Support: Sprungbrett Europa	45
Die Wegwerfverbündeten	47
Nachrüstung á la UdSSR	50
Atomkrieg aus Versehen?	54
Schlachtfeld Europa	54
...SS-20?	56
Der Doppelbeschluß	60
Wieviel Pershings dürfen's denn sein?	65
Das Konzept der strategischen Überlegenheit im Atomkrieg	67
Strategische Überlegenheit bedeutet die Fähigkeit	69
Star Wars – Krieg im Weltall	70
Interkontinentalraketen	77
Cruise missiles	79
Langstreckenbomber und U-Boot-Raketen	83
Konsequenzen	85
Anmerkungen	89
Literaturtips	93
Anhang	95

„Amerika war immer dann am größten, wenn es wagte, groß zu sein. Wir können jetzt wieder nach Größe greifen.“

– Ronald Reagan[1]

Düstere Aussichten – für wen?

„Die schnellwachsenden Länder der Dritten Welt bringen das Gleichgewicht der Kräfte aus dem Lot. Diese Nationen könnten sich mit feindlichen Staaten zusammenschliessen und Terror, Erpressung und regionale Kriege dazu nutzen, einen gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen zu erhalten. Diese Situation könnte bestehenden Handels- und anderen Abkommen die Grundlage entziehen und das Bündnis dazu zwingen, nach Alternativen zu suchen sowie neue Abkommen zu schliessen.“ Dieses Zitat könnte aus einem Lehrbuch des Imperialismus stammen. Tatsächlich stammt es aus „AirLand-Battle 2000“, einem Orientierungsrahmen der U.S. Army für die Weiterentwicklung der derzeit gültigen AirLand-Battle Strategie für den Zeitraum 1995-2000 – einem Dokument, das vom Inspekteur des Heeres der Bundeswehr, Meinhard Glanz, mitunterzeichnet wurde. AirLand-Battle ist eines derjenigen richtungsweisenden Dokumente mit neuen militärstrategischen Konzeptionen, die in den „think tanks“ der US-Streitkräfte entwickelt wurden, offiziösen und zum großen Teil offiziellen Charakter haben und die sich mit den militärischen Aufgaben der USA im besonderen, aber auch der NATO-Verbündeten in der näheren Zukunft beschäftigen. Auffallend ist, daß neben der „Bedrohung durch die Sowjetunion“ einen immer größeren Raum auch militärische Aktionen in und gegen die Dritte Welt einnehmen, denn: „Vorgänge außerhalb des NATO-Territoriums können weitreichenden Einfluß auf Wirtschaft und Politik der Mitgliedsstaaten ausüben.“ Diese „Vorgänge“ sind sowohl die Aktivitäten der Sowjetunion in der Dritten Welt, aber auch der „internationale Terrorismus“, will heißen Befreiungsbewegungen, die sich ja in den allermeisten Fällen gegen vom Westen ausgehaltene Regime wenden und in US-Sicht selbstverständlich von der Sowjetunion inspiriert sind. Der Feind liegt also nicht mehr nur im Osten, sondern auch im Süden, und er will einen „gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen“.

Eine deutliche Sprache – letztlich geht es um die Verteidigung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die durch wirtschaftliche Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse und durch einseitige Abhängigkeiten und eine ungleiche Arbeitsteilung zwischen „Industrieländern“ und „Entwicklungsländern“ gekennzeichnet ist. Während die „Erste Welt“ (USA, Westeuropa, Japan) sich in dieser Arbeitsteilung auf die Produktion und den Export von Technologien und industriellen Erzeug-

nissen spezialisiert haben, liefern die Länder der „Dritten Welt“ mineralische und agrarische Rohstoffe, deren Kaufkraft (relative Preise, „terms of trade“) seit Jahrzehnten sinkt (Ausnahme: Erdöl). In den letzten Jahren klagte die deutsche Industrie besonders über steigende Rohstoffpreise und begründete hiermit die Preiserhöhungen für Industrieprodukte. Wie sieht die Wirklichkeit aus? In einer Studie über die Folgen der sinkenden Rohstoffpreise kam die Deutsche Bank 1982 zu dem Schluß, die internationale Kaufkraft der Rohstoffe sei derzeit so niedrig wie noch nie seit dem 2. Welkrieg. Obwohl beispielsweise der Kupferpreis im Durchschnitt 1981 etwa ebenso hoch lag wie 1973, ließen sich 1981 mit einer Tonne Kupfer nicht einmal halb so viel Fertigwaren wie 1973 erwerben. Katastrophal ist der Preisverfall gegenüber Öl: Entsprachen 1973 eine Tonne Kupfer über 500 Faß Erdöl, so waren es 1981 noch 50 Faß. Ähnliches gilt für nahezu alle mineralischen und agrarischen Rohstoffe – obwohl die mineralischen immer knapper werden.

Langfristig betrachtet öffnet sich die Preisschere zwischen Exportgütern von Entwicklungsländern und Industrieländern immer mehr. Die Folgen sind u.a. die immer brisantere Verschuldungskrise der Dritten Welt, die heute die astronomische Schuldensumme von über 700 Mrd. $ erreicht hat und die dazu führt, daß immer größere Prozentsätze aus sinkenden Exporterlösen für den Schuldendienst verwendet werden müssen.

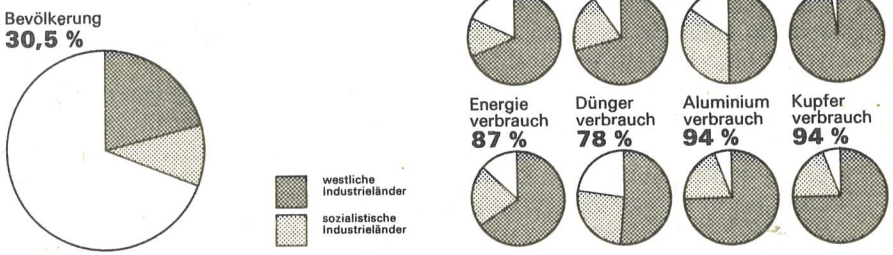
In aller Regel scheitern Versuche der Entwicklungsländer, diese Bedingungen zu ändern. Ein Beispiel: Mitte 1981 versuchen die Zinn-Förderländer, in Verhandlungen mit den Industrieländern den Zinnpreis hochzusetzen.Der Vorschlag scheitert am Einspruch der USA. Ende 1981/ Anfang 1982 steigt der Zinnpreis an der Londoner Zinnbörse durch geheimnisvolle Aufkäufe; es wird vermutet, daß Förderländer auf diesem Wege versuchen, den Zinnpreis anzuheben. Ende Februar 1982 verkaufen die USA ca. 8 000 Tonnen Zinn aus ihrer strategischen Reserve, Folge: rasanter Preissturz für Zinn. Ein weiteres Aufkaufen können sich die Förderländer finanziell nicht leisten. Auch eine Produktionsdrosselung kommt nicht in Frage, weil sie die Zinneinnahmen laufend und dringend benötigen.[2]

Mit der Ölkrise 1973/1974 wurde den westlichen Industrieländern erstmals schmerzlich bewußt, daß sich Länder der Dritten Welt auch wehren können; im Mai 1975 mußten die USA Vietnam als Verlierer verlassen, und mit dem Sturz des Schah im Januar 1979 drohte der gesamte Nahe/ Mittlere Osten zu einem „Herd der Unruhe“ zu werden. Ein Jahr darauf schilderte „Global 2000“ mit drastischen Worten die Abhängigkeit der Ersten Welt von den Rohstoffen der Dritten. Einige Auszüge:

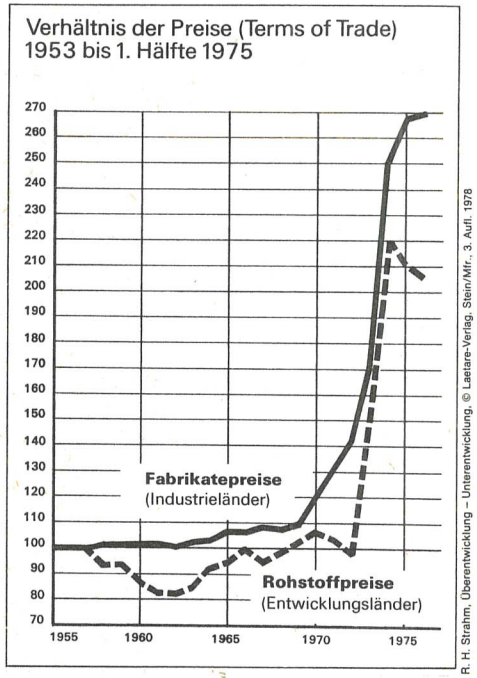
„Zusammen steigern diese Bedingungen die Wahrscheinlichkeit einer langfristigen Konkurrenz ums Öl unter den Konsumenten auf dem Weltenergiemarkt. (. . .) Eine zweite Schlußfolgerung besagt, daß, mit Aus-

Die Industrieländer verbrauchen sieben Achtel der Reichtümer der Erde

Die Industrieländer verfügen über:
1970–74

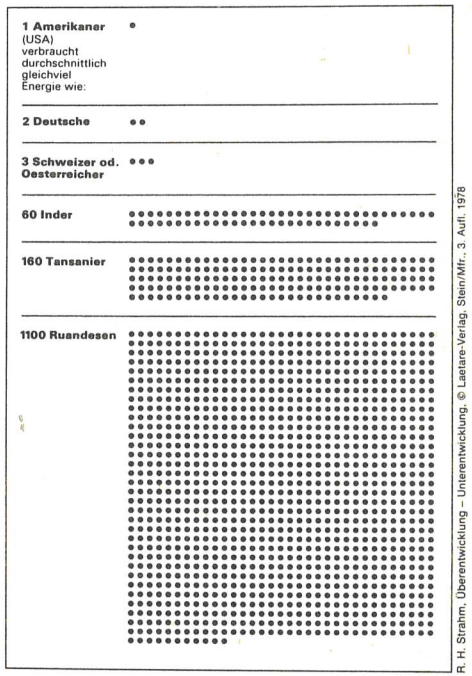


Die Entwicklung der Rohstoff- und Fabrikatepreise



R. H. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung, © Laetare-Verlag, Stein/Mfr., 3. Aufl. 1978

Energieverbrauch als Maßstab von Fehlentwicklung



R. H. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung, © Laetare-Verlag, Stein/Mfr., 3. Aufl. 1978

nach UNO

nahme der UdSSR, die Industrieländer mit der höchsten Erdöl-Verbrauchsrate die kleinsten Reserven und Ressourcen besitzen. (...) Die industriellen und landwirtschaftlichen Prozesse, die heute für selbstverständlich gelten, würden aufs schwerste gestört, wenn auch nur ein einziges von Dutzenden kritischer Mineralien nicht mehr in zuverlässiger Weise und zu vernünftigen Preisen angeboten würde. (...) Wie das Ölembargo von 1973 gezeigt hat, können politische und ökonomische Veränderungen und die Verknappung mineralischer Rohstoffe mit unvermuteter Schnelligkeit eintreten." (Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Ffm 1980, S. 405, 437, 459, 466)

Auf diese Trends, die sich in Zukunft eher noch verstärken werden, reagieren die USA und die NATO in typisch neokolonialistischer Manier und sichern ihre gefährdeten ökonomischen und strategischen Interessen in der Dritten Welt mehr und mehr militärisch ab. Als Gegner treten dabei die Sowjetunion und aufmüpfige Staaten der Dritten Welt auf.

Im bisher größten Maßstab wurde dies in Vietnam betrieben. Dieser Krieg nahm eine Entwicklung von anfänglich eher verdeckter Intervention hin zu einem offenen Krieg unter Verwendung Hunderttausender US-Soldaten und modernster Waffentechnologie, und er endete mit einer Pleite.

Danach mußten zunächst einmal weniger militaristische Töne angeschlagen werden. Von echter Anpassung an die veränderten internationalen Rahmenbedingungen kann jedoch auch in dieser Phase nicht gesprochen werden. Die Außenpolitik der Nixon-Kissinger-Administration verfolgte gegenüber der Sowjetunion eine „Entspannungs"-Konzeption zur primär nichtmilitärischen Eindämmung des sowjetischen Einflusses, und gegenüber der Dritten Welt die sogenannte Nixon-Doktrin, die unter Beibehaltung der führenden Rolle der USA ordnungs- und sicherheitspolitische Aufgaben im Interesse der USA auf regionale Hegemonialmächte wie den Iran des Schah delegierte.

Nachdem sich die Sowjetunion aber nicht eindämmen ließ, sondern vielmehr militärisch mit den USA gleichzog und auch in der Dritten Welt zunehmend militärisch mitmischte (oder Kuba mitmischen ließ) und gleichzeitig mit dem Sturz des Schah die Nixon-Doktrin wie ein Kartenhaus zusammenfiel, galt diese Politik bei den politikbestimmenden Kreisen in den USA rasch als gescheitert und wurde durch den erneuten Griff zu Interventionismus und militärischer Drohpolitik als letztem Mittel der US-Außenpolitik abgelöst.

Außen- und Militärpolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war das Zeitalter der uneingeschränkten Vormachtstellung der USA als führender kapitalistischer Industriemacht, die ein neues, ökonomisches, politisches und militärisches System internationaler Beziehungen aufbauten. Diese Weltwirtschaftsordnung läßt sich mit den Stichworten freier Handel, Kapitalverkehr und Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kennzeichnen. Wie stets nützt eine solche Liberalisierung in erster Linie dem wirtschaftlich Starken, und die dominierende Wirtschaftsmacht waren die USA, die daher ein natürliches Interesse an offenen Grenzen für Handel und Kapitalexport hatten. Mit dem System von Bretton Woods (auf dem Gold-Dollar-Standard basierendes System fester Wechselkurse, das den Dollar zur internationalen Leitwährung machte) und der Gründung des IMF (International Monetary Fund, Internationaler Währungsfonds) und GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) wurde eine internationale Währungs- und Freihandelsordnung geschaffen, die dem US-Kapital ungehindert von protektionistischen Maßnahmen freie Entfaltungsmöglichkeiten gewährleistete. Sie garantierte auch nach dem allmählichen Ende des Kolonialismus die wirtschaftliche Ausbeutung der „Dritten Welt".

Bedrohungen dieses Systems verkörperten für die USA damals in erster Linie die Sowjetunion und China, die sich nicht in dieses System einfügen wollten. Seit 1949 schufen die USA parallel zu diesem ökonomischen System ein militärisches Pakt- und Stützpunktsystem, das dieses System internationaler Beziehungen notfalls militärisch absichern sollte. Dazu wurden die Militärpakte NATO (Nordatlantikpakt), CENTO (Naher Osten, heute aufgelöst), SEATO (Südostasien, heute aufgelöst) und ANZUS (Australien, Neuseeland, USA) gegründet. Der Warschauer Pakt wurde als Reaktion der Sowjetunion auf diese Vorgänge 1955 gegründet.

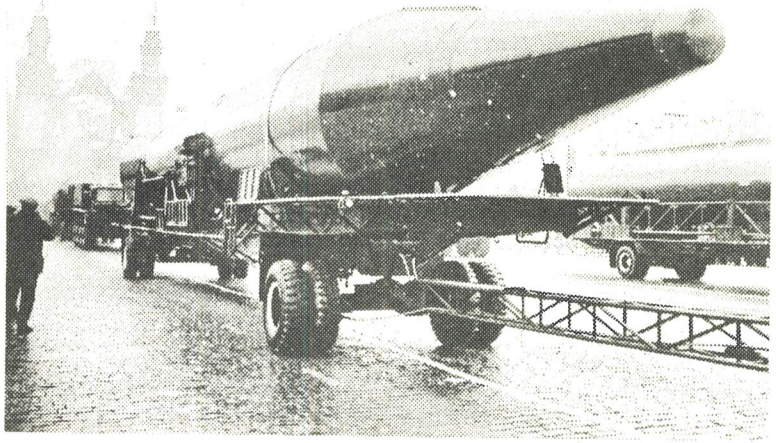
Während der 50er Jahre, geprägt von einer klaren atomaren Überlegenheit der USA, schwangen eine Reihe amerikanischer Politiker, besonders Außenminister Dulles, häufig die Atombombendrohung gegen eine Aggression der Russen und Chinesen mit ihren größeren konventionellen Streitkräften. In dieser Periode, in der die USA noch nicht der Bedrohung durch sowjetische Interkontinentalraketen ausgesetzt waren, d.h. das amerikanische Mutterland noch nicht von Sowjets nuklear angegriffen werden konnte, war die stillschweigend einbegriffene Drohung mit dem Ersteinsatz von Atombomben ein fundamentales Element amerikanischer Außenpolitik.

Zwar wurden große Teile der konventionellen US-Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder abgerüstet, aber auch begrenzte „konventio-

nelle Optionen“ waren stets Bestandteil amerikanischer Außenpolitik. Dabei wurde eine Strategie der „Front-Stationierung“ angewandt, d.h. große Teile der Armee waren im Ausland an den Grenzen zum Warschauer Pakt und zu Nordkorea stationiert. Andere Truppen wurden aber immer für mögliche Einsätze in anderen Gegenden zurückbehalten. Diese letztgenannten Truppen, mit Stützpunkten in den Vereinigten Staaten, auf See und in Schlüsselpositionen im Ausland, waren für den Einsatz in Krisen in weit entlegenen Regionen nach dem Ermessen des Präsidenten ständig in Bereitschaft. Diese Interventionstruppen waren (und sind) für gewaltsames Eindringen in feindlich besetztes Gebiet trainiert und ausgerüstet, wurden aber auch benützt, um mit Washingtons Fähigkeit zu drohen, Feindseligkeiten aufzunehmen, sollte eine auf Abwegen befindliche Regierung ihr „unannehmbares Verhalten“ nicht ändern. Präsident Kennedy wollte diese Interventionstruppen zu einer großen, stets einsetzbaren „Welt-Polizei-Truppe“ machen, mußte dieses Projekt jedoch sehr rasch aufgeben, da der Vietnam-Krieg sämtliche dafür vorgesehenen Haushaltsmittel aufbrauchte.

Die „Massive Vergeltung“

Aus dieser Zeit stammt die Doktrin der „massive retaliation“, der massiven Vergeltung eines sowjetischen konventionellen Angriffs - z.B. in Mitteleuropa oder Korea - unmittelbar und sofort mit Atombomben gegen den Aggressor und seine Verbündeten. Mit zunehmender „atomarer Emanzipation“ der UdSSR wurde diese Drohung eines amerikanischen Atomangriffs jedoch zunehmend unglaubwürdig.
1957 stieg der „Sputnik I“ als erster künstlicher Satellit auf einer sowjetischen Rakete in eine Erdumlaufbahn und versetzte den USA den „Sputnik-Schock“. Damit war die amerikanische „Raketenlücke“ geboren, mit der Kennedy 1960 seinen Wahlkampf bestritt.
Noch 1957 wurden die ersten B-52-Fernbomber, die sämtliche vitalen Punkte der UdSSR erreichen konnten (und heute noch können) in Dienst gestellt. Und noch ein übriges tat das Pentagon: Es stellte frischentwickelte Mittelstreckenraketen mit Zielrichtung Sowjetunion in Europa auf.
1960 stationierte die US Air Force 30 „Jupiter“-Raketen in Italien und 15 von der gleichen Sorte nahe der Sowjetgrenze in Ostanatolien. 60 Raketen vom Typ „Thor“ wurden in Großbritannien plaziert.
Die Sowjets hatten bis dahin zwar auch Interkontinentalraketen, aber spätestens 1961 wußten die USA, daß eine Drohung mit diesen Projektilen nicht sehr glaubwürdig war, weil diese technisch so unterentwickelt waren, daß sie bei einem Abschuß wohl kaum die USA erreicht hätten und wohl eher sowjetisches als amerikanisches Territorium gefährdet hätten.
Ebenfalls aus dieser Zeit stammt das Interkontinentalraketenpotential



Sowjetische Interkontinentalraketen

der USA. Nach 55 Titan-II-Raketen[3], von denen eine 1980 durch eine Explosion ihres Flüssigtreibstoffs zerstört wurde (der 9-Megatonnen-Wasserstoffbomben-Sprengkopf detonierte nicht), ließ Kennedy 1000 Minuteman-Interkontinentalraketen (ICBM) bauen, die bis heute mehrfach modernisiert wurden. Der Generalstab wollte damals lieber gleich 3000 bauen lassen.
Derweil verlegte sich der sowjetische Parteichef Chruschtschow auf Mittelstreckenraketen (MRBM/IRBM).
Die Entscheidung, mehr als 700 SS-4 und SS-5 zu bauen, war ähnlich irrational wie Kennedys Beschluß, exakt eintausend „Minutemen“ zu bauen. Beide Schritte waren charakteristisch für den schamanenhaften Abschreckungstanz der Supermächte, der nun auch im quantitativen Bereich ausgebrochen war.
SS-4 und SS-5, von 1961 an in Großserie stationiert, erreichten zwar nicht die USA. Dennoch sollten sie die strategische Unterlegenheit der UdSSR dadurch ausgleichen helfen, daß sie die europäischen Verbündeten der USA bedrohten. Mit Hunderten von Megatonnen-Wasserstoffbomben, von denen jede eine Stadt wie Hamburg vollständig auslöschen könnte, zielten die Sowjets nun auf Westeuropa, um die USA von einem Atomangriff auf die Sowjetunion (sei es mit B-52-Fernbombern, oder mit Mittelstreckenraketen abzuhalten. Jeder solche Atomangriff würde an den Europäern wie an Geiseln vergolten werden.

Eine groteske Situation war entstanden:
Die europäischen NATO-Nationen glaubten an den „nuklearen Schutzschirm", den Wahington über sie zu halten versprach. Sie wähnten sich sicher und bemerkten nicht die SS-4 an ihrer kollektiven Schläfe. Sie begriffen nicht, daß sie in Wahrheit mit Leib und Leben für die Sicherheit der Sowjetunion vor Amerika hafteten, und zwar ganz unabhängig davon, wann und wo es auf der Erde zum Konflikt der beiden Riesen kommen mochte. Charles de Gaulle durchschaute diesen Zusammenhang. Bereits als die Eisenhower-Administration auch in Frankreich Atomwaffen zu stationieren wünschte, forderte er ein britisch-französisch-amerikanisches Dreier-Direktorium, das die alleinige Gesamtverfügung über alle westlichen Atompotentiale haben sollte. Washington lehnte ab. Frankreich begann seinen eigenen Weg zu eigenen Abschreckungswaffen, zur „force de frappe", zu gehen, so widersinnig dieser Weg auch zu sein schien („farce de frappe").
Aber auch die Briten sahen das Problem. Nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows 1958 erwogen die Amerikaner nicht zum ersten Mal den Einsatz atomarer Mittel. Harold MacMillan, der konservative britische Premier jener Tage, warnte Präsident Eisenhower und bedrängte ihn mit seiner „Besorgnis über einen Atomwaffenkrieg gegen England", wie es in Eisenhowers Memoiren heißt.
Die Abschreckung auf russisch funktionierte also auch. Sie funtktionierte so gut, daß es Nikita Chruschtschow zu wohl wurde und er sich über den Atlantik wagte. Im Herbst 1962 ließ er einige Dutzend SS-4-Raketen auf Schiffe verladen und schickte sie nach Kuba, 160 km entfernt vom Südzipfel der USA.

Die Kuba Krise

Kennedy war entschlossen, Raketen auf Kuba um keinen Preis zu dulden. Die bisher gefährlichste Konfrontation zwischen USA und UdSSR war da. Chruschtschow beugte sich Kennedys Abzugsforderungen, wenn die Amerikaner
1. garantieren, daß Kuba künftig weder von den USA noch von deren Verbündeten angegriffen würde, und
2. Washington wenigstens die in der Türkei aufgebauten Raketen demontiert.
Kennedy gab postwendend Garantien gegen eine Invasion Kubas, auf Punkt zwei ging er offiziell nicht ein.
Dennoch wurden nicht nur die türkischen Raketen, sondern auch sämtliche anderen, die von irgendeinem Territorium außerhalb der USA die Sowjetunion erreichen konnten, bis 1966 demontiert.
USA und UdSSR hatten eine Vereinbarung getroffen (wenn auch nur inoffiziell), landgestützte Raketen, die das Territorium der anderen Supermacht erreichen können, nur in ihren eigenen Territorien zu stationieren.[4]

Strategie der „flexible response"

Ende der 60er Jahre nahmen die USA bzw. die NATO auch offiziell Abschied von der „massiven Vergeltung".
Diejenige Strategie, die seit der sowjetischen Zweitschlagskapazität (spätestens Mitte der sechziger Jahre) wohl auch in der Praxis angewandt worden wäre, wurde nun unter dem Namen „flexible response" (flexible Antwort) offiziell eingeführt. Sie besagt, daß sowjetische Angriffe nach Möglichkeit auf derselben Eskalationsstufe beantwortet werden sollen, wobei sich die NATO bzw. die USA allerdings vorbehalten, selbst höher zu eskalieren – das heißt notfalls auch als erste Atomwaffen einzusetzen. Taktische Gefechtsfeldwaffen stehen dabei auf einer niedrigeren Eskalationsstufe und sollten z.B. angewandt werden, wenn ein konventioneller Vorstoß des Warschauer Pakts mit konventionellen Mitteln nicht mehr zu stoppen wäre bzw. nur noch unter unverhältnismäßigen Verlusten. (Bei Atomwaffen dürften aber wohl erst recht „unverhältnismäßige Verluste entstehen?!?).
Offiziell hat die NATO bis heute die „flexible response" beibehalten. Die Voraussetzungen für die flexible response haben sich indes aufgrund verschiedener politischer und rüstungstechnischer Entwicklungen seitdem von Grund auf verändert – sowohl im nuklearstrategischen Bereich als auch im taktischen Gefechtsfeld-Bereich. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis sich dies in der NATO auch offiziell niederschlägt.

„MAD" – Gegenseitig gesicherte Vernichtung

Sowohl „massive retaliation" als auch „flexible response" beruhten auf der Doktrin der „gegenseitig gesicherten Vernichtung" (mutual assured destruction, abgekürzt „mad"). Das heißt: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter.
In SALT-1 gestanden sich USA und UdSSR gegenseitig eine Zweitschlagskapazität zu, d.h. die Fähigkeit, nach einem eventuellen Atomangriff der anderen Seite noch atomar zurückschlagen zu können. Ein den Gegner entwaffnender Erstschlag sollte ausgeschlossen sein, weshalb auch „Anti-Raketen-Raketen" (anti-ballistic missiles, ABMs), die einen gegnerischen Zweitschlag hätten abfangen können, in SALT verboten wurden. Jede Supermacht sollte fähig sein, die andere atomar zu vernichten – allerdings nur um den Preis der postwendend folgenden eigenen Vernichtung. Unter diesen Bedingungen sollte ein Atomkrieg weder führbar noch gewinnbar erscheinen, weshalb er gar nicht stattfinden sollte.
Diesem Abschreckungskonzept wird von Politikern und Militärstrategen oftmals zugeschrieben, es habe 35 Jahre den Frieden in Mitteleuropa gesichert und werde dies auch in Zukunft tun – weshalb man kräftig an der Abschreckung weiterrüsten müsse. In Wirklichkeit ist dieses Ab-

schreckungskonzept jedoch auf dem besten Weg in die Geschichtsbücher. Die „Abschreckung" der 80er und 90er Jahre sieht anders aus. Ohnehin stand dieses Abschreckungskonzept stets auf tönernen Füßen – der Rüstungswettlauf beinhaltet ja immanent, daß jede Seite die andere „überholen" will, überlegen sein will, und sobald die eine Seite nennenswerte Vorsprünge erzielt und mehr militärische Optionen zur Verfügung hat, gerät dieses Konzept ins Wanken.
Spätestens seit dem Ende des Vietnamkriegs war in den USA auch der politische Wille vorhanden, das sowjetische militärische Gleichziehen der 60er Jahre wieder rückgängig zu machen, wieder die unbestrittene Nummer 1 zu werden, kurz: militärische Optionen wieder als Mittel der Politik nutzbar zu machen. Dies drückt sich auch in Veränderungen der Nuklearstrategie aus.

Der „begrenzte" Atomkrieg

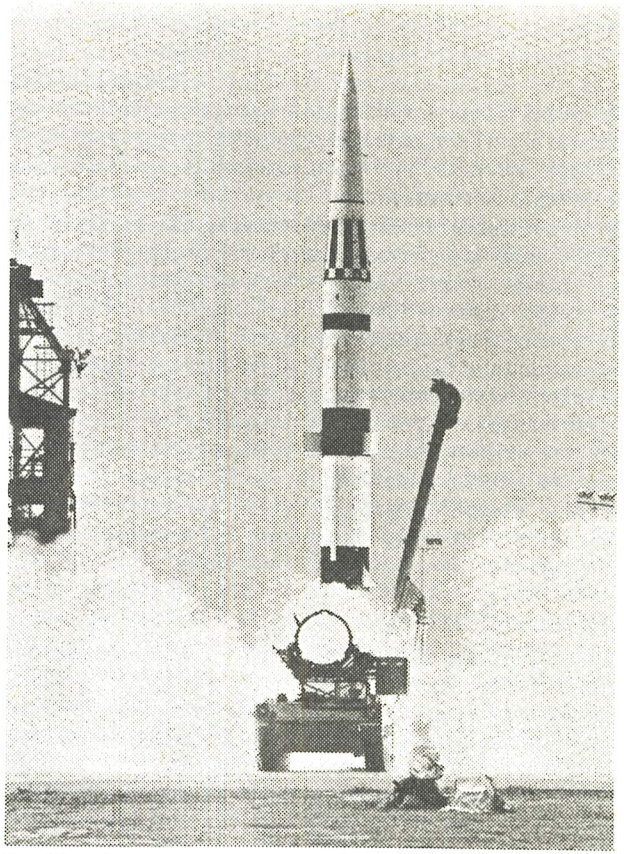
Bereits Ende der 60er Jahre schrieben Leute wie Henry A. Kissinger über den „begrenzten Atomkrieg" als theoretische Möglichkeit. Dies scheint die mit der Atomkriegsplanung beschäftigten Militärs und deren zivile Zuarbeiter ziemlich beschäftigt zu haben.
Ebenso wie bei der „massiven Vergeltung" basiert der nuklearstrategische Teil der „flexible response", also die höchste Eskalationsstufe[5], der direkte atomare Schlagabtausch der Supermächte, auf der Vernichtung der Bevölkerungs- und Industriezentren des Gegners. Dieses Strategieelement, nach der Vernichtungsziel die Bevölkerung und andere „zivile Werte" sind, nennen die Atomstrategen „Countervalue".
1973 erschienen in den USA in diversen Fachzeitschriften eine Reihe von Artikeln und Darstellungen, in denen eine Revision der amerikanischen Politik für strategische Waffen verlangt wurde. Kernpunkt der vorgeschlagenen Veränderungen war, mehr Nachdruck als bisher auf die Fähigkeit der strategischen Atomstreitmacht[6] zum Schlag gegen militärische Ziele („Counterforce") zu legen. Dies sollte die bisherige Abschreckungsstrategie nicht ersetzen, sondern ergänzen. Zwar waren die strategischen Atomarsenale der USA (und auch der UdSSR) auch bisher schon auf militärische Ziele gerichtet – allein schon wegen ihrer Zahl: Die UdSSR hat höchstens 100 städtische und industrielle Zentren. Selbst wenn man 200 annimmt, dasselbe noch einmal für China und dann noch für jedes Ziel zwei Sprengköpfe nimmt, erhält man nur 800 für die „gesicherte Vergeltung" notwendiger Sprengköpfe. Die Gesamtzahl jederzeit einsetzbarer strategischer Sprengköpfe betrug auch zu dieser Zeit jedoch bereits mehr als 4 500 – ohne die Atombomben der strategischen Fernbomberflotte. Auch in bekanntgewordenen Ziellisten waren weitaus mehr Sprengköpfe auf militärische als auf zivile Ziele gerichtet.[7]
Das Wesen der vorgeschlagenen Änderungen lag jedoch darin, die Option „Countervalue", auf der die Abschreckung bisher dominierend

beruhte (also auf der Zerstörung der zivilen Zentren der Sowjetunion) gegenüber einer neuen Option „Counterforce" (also der Zerstörung sowjetischer Militärziele), eine Eskalationsstufe höher zu stellen. Das heißt also: Zuerst Counterforce, wenn dann noch notwendig, Countervalue, statt wie bisher beides gleichzeitig. Damit, so meinten die Vertreter dieser Theorien, gewänne der US-Präsident eine zusätzliche Eskalationsoption.
Offenbar fanden diese Vorschläge in amerikanischen Militärkreisen großen Anklang – Verteidigungsminister James Schlesinger gab am 10. Januar 1974 bekannt, daß das Pentagon beabsichtige, eine Counterforce-Strategie als strategische atomare Option zu übernehmen und die vorhandenen Atomwaffenarsenale dementsprechend zu prüfen.
Eine solche, auf Counterforce basierende Strategie erfordert die Fähigkeit zum „chirurgischen Schlag", d.h. die Fähigkeit, ein militärisches Ziel (das ja oft nahe oder gar in einem städtischen Zentrum liegt), ohne „allzu große" Nebenwirkungen zu vernichten, denn ansonsten wäre diese Strategie in ihrer Wirkung von einer Countervalue-Strategie nicht oder kaum zu unterscheiden. Sie erfordert also sehr treffsichere Atomsprengköpfe, damit deren Stärke entsprechend klein gehalten werden kann.[8] Denn jetzt geht es ja nicht mehr darum, möglichst viel Schaden anzurichten – dafür hat man ja noch die alten Countervalue-Waffen in der Hinterhand, Megatonnen-Wasserstoffbomben mit der 500- oder 1 000-fachen Stärke der Hiroshima-Bombe. Diese neuen Counterforce-Sprengköpfe müssen also möglichst klein und treffsicher sein.
Solche Präzisions-Sprengköpfe bzw. die dafür notwendigen Trägerraketen waren bereits seit den frühen 70er Jahren in Entwicklung, und mit ihrer fortschreitenden Entwicklung zur „Anwendungsreife" gewannen Counterforce-Strategievorschläge von begrenzten Atomschlägen erstmals an Aktualität bzw. eröffnete sich ihnen eine Chance auf technische Machbarkeit. Dennoch dauerte es bis Ende der 70er Jahre, bis diese Waffen wirklich so ausgereift waren, daß sie angeschafft werden konnten.
Aus diesem Grund dauerte es auch noch bis zum August 1980, bis diese Strategie auch offiziell übernommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt, mitten im US-Präsidentschaftswahlkampf, glaubte Jimmy Carter Stärke zeigen zu müssen und setzte seine Unterschrift unter die „Presidential Directive Number 59", deren genauer Inhalt weitgehend geheimgehalten wird.
Soviel wurde bekannt: Mit der Direktive-59 wird eine Counterforce-Strategie offiziell eingeführt, mit der der Atomkrieg zunächst auf Militärziele mit geringen Nebenschäden „begrenzt" werden soll, etwa so wie oben schon skizziert. Das war praktisch die nachträgliche Rechtfertigung für die Entwicklung der dafür notwendigen Präzisionswaffen.
Interessanterweise fand diese Strategie kaum ein positives Echo, als sie bekanntgegeben wurde. Fast die gesamte Presse, auch die bundesdeut-

sche, viele sonst nicht gerade als „Tauben“ bekannte Politiker und sogar das von der NATO finanzierte „Institut für Strategische Studien“ (IISS) in London lehnten sie als „Illusion vom begrenzten Atomkrieg“ ab. Nicht wenige dieser Äußerungen dürften allerdings unter die Kategorie „Krokodilstränen“ fallen. Denn eine „Option auf begrenzte Atomkriege“, was immer das auch sein mag, läßt sich in der Öffentlichkeit kaum vertreten – das riecht viel zu sehr nach Senkung der Atomschwelle, Führbarmachung des Atomkriegs usw. Wenn dieselben Leute dann aber die Einführung der für diese Strategie notwendigen Waffen (Waffen, die diese Strategie erst ermöglichen), fordern, befürworten oder politisch in die Wege leiten (siehe weiter hinten), dann machen sich diese Leute umgehend unglaubwürdig.
Aber hier können sie sich auf andere Begründungen – irgendwelche Raketenlücken o.ä. – zurückziehen, ohne Atomkriegsoptionen bemühen zu müssen; in Orwellscher Sprachperversion können sie diesen Waffen sogar noch „friedenserhaltende Wirkung“ zuschreiben.

Pershing II

Doch so aus heiterem Himmel, wie diese Direktive 59 zunächst zu kommen schien (zumindest erweckte die Presse den Eindruck, obwohl Strategieänderungen selbstverständlich nicht aus heiterem Himmel kommen), kam sie nicht. Auch Carters Außenminister Muskie, der davon erst aus der Zeitung erfahren haben wollte, konnte davon nicht überrascht sein.
Bereits lange vor der offiziellen Übernahme einer Counterforce-Strategie wurde mit Hochdruck an den dazu notwendigen Waffen gearbeitet, wie ja schon Schlesingers Ankündigung vom Januar 1974 zeigt. Inzwischen sind die ersten dieser Waffen stationiert und „anwendungsreif“.
Die erste echte Punktziel-Waffe überhaupt ist die „Pershing II“, von der laut NATO-Ministerratsbeschluß vom 12.12.1979 („Nachrüstungsbeschluß“) seit 1983 108 Abschußvorrichtungen in der Bundesrepublik stationiert werden.
Sie bedeutet waffentechnisch einen Sprung nach vorn, der von der bescheidenen Weiternumerierung von 1A auf 2 genauso verschleiert wird wie von dem Terminus „Nachrüstung“. Sämtliche ballistischen Raketen, also alle Atomraketen außer taktischen Gefechtsfeldwaffen, flogen bisher blind wie Artilleriegeschosse in ihr Ziel – sie wurden auf einen bestimmten Punkt im Himmel geschossen, von dem sie dann auf einer ballistischen Flugbahn in ihr vorgesehenes Ziel stürzten. Mehrere 100 Meter Abweichung waren unvermeidlich. Nicht so die Pershing II. Sie ist mit einem „terminal guidance system“ (Endanflug-System) ausgerüstet, das bereits seit Februar 1969 im Auftrag der US Army bei der Martin Marietta Corporation in Orlando/Florida, der Herstellerin der Pershing 1,



Pershing 2

entwickelt wurde. „Konstruktive Vorarbeiten“ wurden im Mai 1971 vereinbart. Der Pershing-Kopf sieht mit Allwetter-Radaraugen zur Erde, wenn er vom Scheitelpunkt seiner Flugbahn aus 240 Kilometer Höhe mit über 20 000 km/h auf seinen Bestimmungsort herabstürzt.
Er hat in seinem Endanflug-System eine detaillierte elektronische Karte seines Zielgebiets.
Er vergleicht das Realbild seines Radar-Scanners mit der eingespeicherten Zielangabe.
Er korrigiert seine Flugbahn mit kleinen Ruderklappen.
Er schlägt mit einer Abweichung von höchstens 30 Metern ins Ziel. Abweichung beim bisher besten Testschuß: 12 Meter. Mit seiner umwälzenden Endanflug-Steuerung ist der Pershing-II-Gefechtskopf mehr als

zehnmal treffgenauer als die Pershing 1A oder die SS-20. Er kommt deshalb mit einer entsprechend geringeren Sprengwirkung aus. Für die Pershing 1A werden Atomladungen von mindestens 60 Kilotonnen bereitgehalten, bis hinauf auf 400 Kilotonnen. Für eine Pershing II sind Köpfe von nur einer Kilotonne Sprengkraft bis zu maximal 10 kt vorgesehen (Hiroshima-Bombe: 13 kt) – und gerade auf solche Details kommt es bei dieser Rakete bekanntlich an.
Eine Pershing II ist auf dem Raketenversuchsgelände von White Sands, New Mexico, auch schon erfolgreich mit einem „Earth Penetrator"-Gefechtskopf getestet worden. Dies ist ein extra harter Kopf aus speziellen Titanlegierungen, der mit 2 200 km/h auf den Boden aufschlagen kann, ohne zu zerspringen. Er dringt vielmehr bis zu 12 Meter tief in die Erde ein, dann erst detoniert seine Atomladung und vernichtet unterirdische Befehlsbunker und Raketensilos, gegen die ein über der Erde explodierendes und weniger zielgenaues Atomgeschoß womöglich verpuffen könnte. Selbst verbunkerte Ziele können so noch zerstört werden – und vor allem: Der Nebenschaden hält sich in Grenzen.
Kurzum: Eine Kriegführungswaffe – denn um mittels Zweitschlagsfähigkeit eventuelle Erstschläge der anderen Seite abzuschrecken, sind alle diese Fähigkeiten überhaupt nicht notwendig.

Krisenregion Persischer Golf

Counterforce-Fähigkeiten à la Direktive 59 und Pershing II sind jedoch nur ein Mosaikstück aus dem Versuch der US-Administration und der NATO, eindeutig wieder die militärische Überlegenheit zu erringen.
Nach dem Sturz des Schah 1979 war schon die Carter-Administration darauf erpicht, einen Zustand wiederherzustellen, den sie „dominant deterrence" (Abschreckunsgdominanz) nennt. Dominant deterrence bedeutet, daß ich meinen Gegner mehr abschrecke als er mich, daß ich ihn also in einer Konfrontation psychologisch stärker unter Druck setzen kann als er mich.
Washington will Moskau zum Stillhalten oder Nachgeben zwingen können bei einer Krise, deren geographischer Ursprung überhaupt keine Rolle spielt. Dazu soll wieder glaubhaft mit militärischen Maßnahmen gedroht werden können.
Wo könnten in der Welt von heute Konfrontationen und Krisen am ehesten entstehen? Kaum eine Region wäre an dieser Stelle wahrscheinlicher zu nennen als der Persische Golf.
Spielen wir dieses Szenario einmal durch:

Der Ajatollah Khomeini stirbt. Das Chaos im Iran kocht über. Die Opposition gegen das Mullah-Regime geht unter Führung der kommunistischen Tudeh-Partei zum offenen Aufstand über und proklamiert eine Gegenregierung.

Bürgerkrieg bricht aus. Die Tudeh-geführte Gegenregierung ruft sowjetische Truppen zu Hilfe, die 500 Kilometer nördlich von Teheran hinter dem Elburs-Gebirge bereitstehen.
Weitere sowjetische Eingreifkräfte könnten von Afghanistan aus quer durch das unwegsame Südpersien vordringen und den Persischen Golf erreichen. Sie könnten die gewundene Meerenge von Hormus sperren, durch die von Supertankern über 60 Prozent der westeuropäischen Ölimporte und 74 Prozent der japanischen transportiert werden. Was tun die Vereinigten Staaten? Was tun sie in dem wahrscheinlicheren Fall eines Umsturzes in Saudi-Arabien, wenn ein fanatischer Obrist nach Art von Libyens Gaddafi an die Macht kommt und den Ölhahn zudreht, um „den Imperialismus und Zionismus in die Knie zu zwingen" (wie Gaddafi sein Traumziel definiert)?
Das sind die Eventualitäten, mit denen sich die Vorstellungskraft amerikanischer Planer seit Jahren ungleich intensiver befaßt als mit Krisen, die ihre Ursache in Europa haben. Nicht die unmittelbare militärische Bedrohung Westeuropas hält sie in Atem, sondern die Gefahr, daß der Westen wesentlicher Ölzufuhren beraubt und ökonomisch stranguliert werden könnte.
'Wenn die widrigen Trends nicht umgekehrt werden können, wird ein künftiger amerikanischer Präsident einfach nicht genug Machtinstrumente haben, um einen sowjetischen – oder von den Sowjets angeregten – Angriff auf die Ölfelder jener Nahost-Länder zu durchkreuzen, die es trotz sowjetischer Embargo-Forderungen immer noch wagen, für den Westen Öl zu fördern.'
Diese Warnung wurde von dem heutigen Pentagon-Staatssekretär Fred Ikle vor der Reagan-Wahl 1980 ausgesprochen. Wie von einer Obsession sind die Reagan-Strategen von der Frage beherrscht, wie die Sowjets von der übermächtigen Versuchung fernzuhalten seien, die horrende Verwundbarkeit des Westens in Nahost und die unabsehbaren Konfliktmöglichkeiten dort für sich auszuschlachten.
Gerade weil das rote Imperium nach Ronald Reagans Einschätzung 'am Anfang vom Ende' stehe, müsse es für die Männer im Kreml ein unwiderstehlicher Gedanke sein, das Blatt der Geschichte doch noch zu wenden und die kapitalistische Welt von der Ölregion her aus den Angeln zu heben.
Wenn die Sowjet-Union auf die eine oder andere Art die Kontrolle über den Ölfluß aus dem Persischen Golf gewinne, dann sei statt des roten Imperiums die westliche Allianz am Ende: Daß dies die Hauptgefahr sei, darin stimmen Reagans Strategen vollkommen überein.

Eugene Rostow, der Militarist, den Ronald Reagan zum ersten Leiter seiner „Abrüstungsbehörde“ ACDA ernannt hatte, zum Beispiel sieht es so:
„Am Golf rückt die Sowjetunion zum tödlichen Zugriff vor, obwohl sie weiß, daß die industriellen Demokratien nicht erlauben können, daß dieses Gebiet unter sowjetische Kontrolle kommt.“ – Den herrschenden Eliten in den USA ist jedoch klar, daß die Tollkühnheit einer Bedrohung *wirklich* wichtiger US-Interessen, wie z.B. das Öl, durch Moskau unwahrscheinlich ist. Trotz allem Gerede über eine sowjetische Invasion an den Golf hat Moskau in Wirklichkeit alles sehr sorgfältig vermieden, was bei ernsthafter Analyse als Bedrohung der westlichen Ölversorgung hätte ausgelegt werden können. Weil Daten zur sowjetischen Militärstärke und sowjetische Rüstungsmaßnahmen überhaupt natürlich sehr unterschiedlich interpretiert werden können, werden Auseinandersetzungen innerhalb der US-Eliten über das Ausmaß von Interventions- und Großmachtpolitik in der Öffentlichkeit stellvertretend als Disput über Ausmaß und Beschaffenheit der „sowjetischen Bedrohung“ ausgetragen. Daß es in Wirklichkeit immer mehr um die militärische Sicherung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung geht, wird damit kaschiert, daß es das „sowjetische Abenteurertum“ und der von der UdSSR gesponsorte „Internationale Terrorismus“ sei, die diese Weltwirtschaftsordnung bedrohen. In weniger öffentlichen Äußerungen kann man allerdings auch offen nachlesen, um was es geht. Schon 1974, lange bevor die Zeit des neuen Interventionismus gekommen war, griff der einflußreiche Militärstratege General Maxwell D. Taylor in der offiziösen Zeitschrift „Foreign Affairs“ die vollständige Fixierung vieler Militärs auf die Sowjetunion an. Ein Ost-West-Krieg in Europa sei unwahrscheinlich, weil beide Seiten ein überragendes Interesse daran haben, den status quo aufrechtzuerhalten. Demgegenüber werde Amerika zunehmend durch Aufstände und Unruhen in der Dritten Welt bedroht. „Als führende Macht der reichen Länder müssen wir damit rechnen, unsere nationalen Reichtümer gegen arme Länder verteidigen zu müssen.“ Um gegen derartige Entwicklungen gewappnet zu sein, schlug Taylor vor: „Wir werden mobile, einsatzbereite Truppen brauchen, um in unruhigen Gegenden Konflikte zu verhindern oder zu unterdrücken, bevor sie sich zu einer größeren Gefahr ausweiten.“ Obwohl ein derartiger Ansatz in der Ära unmittelbar nach dem Vietnamkrieg bei den verantwortlichen Politikern auf wenig Gegenliebe stieß, gewann er doch bemerkenswert schnell Anhänger unter den Strategen, die den Nord-Süd-Konflikt als die gefährlichste Bedrohung der langfristigen Sicherheitsinteressen der USA ansehen.
Hinter dem Mantel der Debatte über die „sowjetische Bedrohung“ vollzogen sich dann die tieferliegenden innerамerikanischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik, die schließlich zu dem heutigen globalen Interventionismus führten. Ein besonders augenfälliges Beispiel bietet

dafür der Januar 1980, der Monat nach der Afghanistan-Invasion. Am 23. Januar verkündete Präsident Carter in seiner Rede zur Lage der Nation die sog. Carter-Doktrin, wonach der Persische Golf als vitales Interessengebiet der USA zu betrachten sei, das notfalls mit militärischen Mitteln verteidigt werde. Carter kündigte an, um die sowjetische Aggression in dieser Region zu unterbinden, mit den Golfstaaten eine Rahmenplanung einer gemeinsamen kooperativen Sicherheitspolitik zu entwerfen. Kurz darauf, am 28. Januar, stellte sein Verteidigungsminister Harold Brown in einer programmatischen Erklärung zum Militärhaushalt 1981 klar, worum es tatsächlich geht[9]:
Nicht die allumfassende Bedrohung sowjetischer Expansionsbestrebungen sei die größte Gefahr für die Sicherheitsinteressen der USA, sondern die Ausdehnung unkontrollierter „Turbulenzen“ in der Dritten Welt. „Die Zahl ungelöster internationaler Konflikte nimmt zu, während alte Konflikte weiter schwelen“. Weil diese Konflikte die vitalen US-Interessen bedrohen, besonders die Ölversorgung, sei die Verteidigung der Rohstoffversorgung auch mit militärischen Mitteln unumgänglich. „In einer Zeit der Auseinandersetzung und der Gewalt können wir es uns nicht erlauben, unbewaffnet in die Welt zu gehen.“ Fast überall gebe es bedrohliche Erhebungen – und zwar überwiegend unabhängig von direkter sowjetischer Einflußnahme. „Aufruhr und die Drohung und Anwendung von Gewalt haben viele und unterschiedliche Gründe“ – diese sieht Brown u.a. darin, daß es den USA nicht gelungen sei, „die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen und die explosive Diskrepanz zwischen Reichtum und Hunger zu mildern.“ Die Sowjetunion versuche diese Diskrepanz zu ihren Gunsten auszunutzen und fördere damit ein weltweites Ungleichgewicht. Brown ist allerdings der Ansicht, „daß die Sowjetunion nur ein Teil des Problems ist.“ Gleichermaßen wichtig sind „die Differenzen darüber, wie Einkommen und nationale Ressourcen zu verteilen sind.“ Brown erkennt also durchaus strukturelle Ursachen für die beklagten Turbulenzen, ganz im Gegensatz zu den düsteren Ausmalungen der sowjetischen Bedrohung, die allüberall auf der Welt Terrorismus und Subversion schüre.
Wie real eine solche Bedrohung ist, wurde im Dezember 1981, weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet, wieder deutlich. Das prowestliche Regime des kleinen Inselsultanats Bahrain im persischen Golf, eine Familiendiktatur seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1971, wäre beinahe von der unterdrückten Opposition gestürzt worden. Bahrain beherbergt im übrigen eine US-Marinebase.
Die Reagan-Administration kehrte mittlerweile wieder zu den plumpen Ideologie-Strickmustern zurück: hinter destabilisierenden sozialrevolutionären Kräften oder islamisch-revolutionären Kräften steckt letztendlich immer die Sowjetunion. Für Ronald Reagan ist sie das „Reich des Bösen.“[10]

Sehr deutlich wird diese Weltsicht im ersten Teil des Fiscal Year 1984-1988 Defense Guidance, einem der wichtigsten Leitliniendokumente des Weinberger-Pentagons (veröffentlicht in der New York Times 30.5.1982). (s. weiter hinten)
Es fordert dann auch „von den amerikanischen Streitkräften die Bereitschaft, sich, falls erforderlich, mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten, was bislang die öffentlich erklärte Politik war."

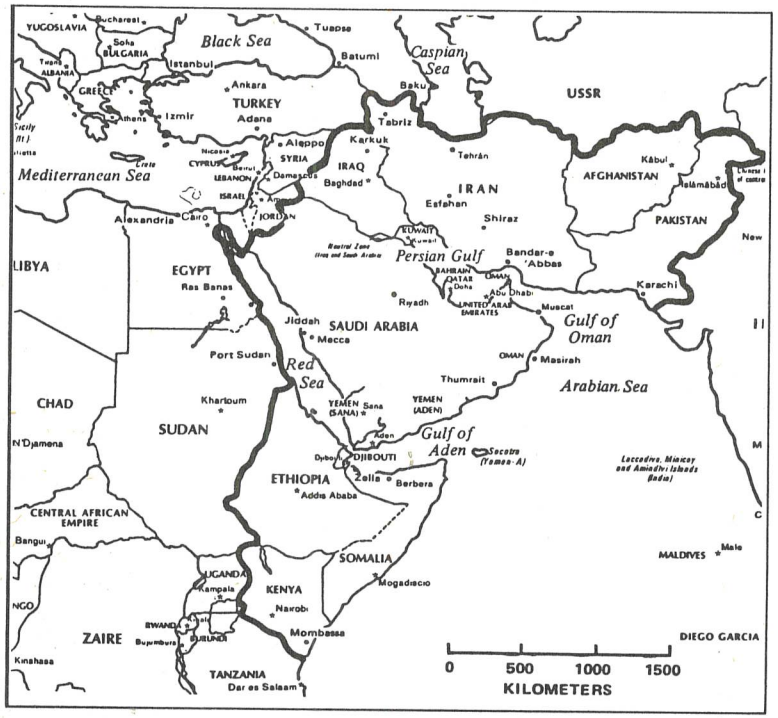
Die Rapid Deployment Forces - Schnelle Eingreiftruppen

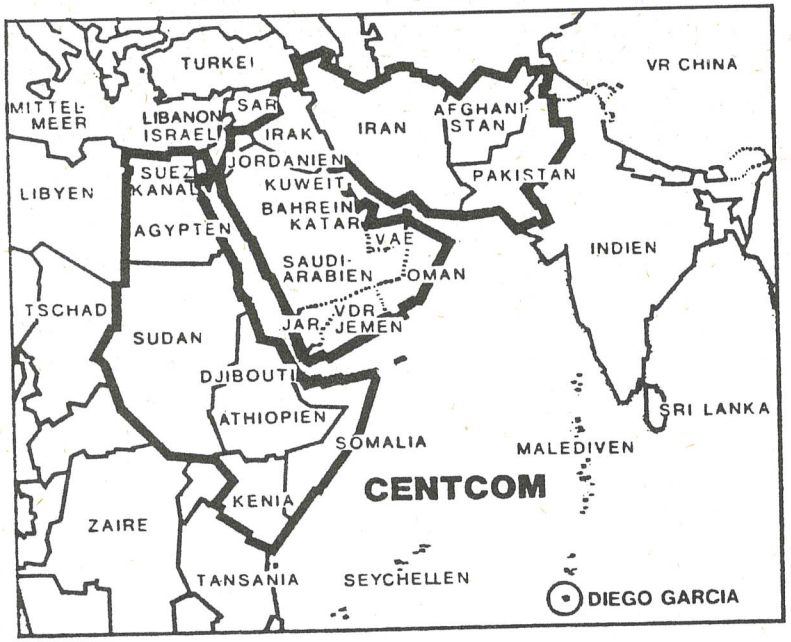
Bereits 1977 gab Präsident Jimmy Carter beim National Security Council (NSC, Nationaler Sicherheitsrat) eine Untersuchung über die militärischen Interventionskapazitäten der USA in Auftrag. Ergebnis dieser Untersuchung war, daß die Vereinigten Staaten nicht ausreichend gerüstet waren, um Krisen in der Dritten Welt, besonders in der ölreichen Gegend um den Persischen Golf, gewachsen zu sein. Auf der Grundlage dieser Einschätzung befahl Carter dem Pentagon, eine mobile Angriffstruppe für den Einsatz in Krisen, die nicht im Bereich der NATO stattfinden, zu organisieren. Carters Weisung, bekannt als Presidential Directive No. 18 wurde nie veröffentlicht. Pentagon-Korrespondenten erfuhren jedoch, sie fordere ein „spezielles Kontingent, um Unterholzbrand-Kriege in der Dritten Welt zu führen."
Zwei Jahre lang hörte man nichts mehr von der Eingreiftruppe. Dann aber war ihre Zeit gekommen: Im Januar 1979 stürzte der Schah, und im Dezember 1979 marschierten die Sowjets in Afghanistan ein. Die ersten Details über die geplante Eingreiftruppe wurden am 5.12.1979 auf einer Pressekonferenz des Pentagon bekanntgegeben. Bereits 3 Wochen später waren diese Angaben wieder obsolet: Die Sowjets griffen mit ihrer Afghanistan-Invasion angeblich direkt zum Öl.
Im Januar 1980 verkündete Präsident Carter dann seine „Carter-Doktrin". Er erklärte den Persischen Golf zum „vitalen Interessensgebiet der USA", das notfalls militärisch verteidigt werde. Die Eingreiftruppen genossen nach jahrelangem Dämmerschlaf plötzlich höchste Priorität, und nachdem Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater Carters, dem Kind einen Namen gegeben hatte (Rapid Deployment Forces, RDF) stand der „schnellsten Aufrüstung seit Vietnam" nichts mehr im Wege.
In der Golfregion wurde ein umfangreiches Stützpunktnetz geschaffen. In Marokko und Ägypten werden Militärflughäfen für diese Zwecke mit US-Geldern ausgebaut. In Oman können die USA ebenfalls Flugplätze benützen und Material vorauslagern. In Kenia wurden Ausbauarbeiten an Flugplätzen und in Häfen vorgenommen, ähnliche Arbeiten gingen in Somalia vonstatten. Die britische Insel Diego Garcia im Indischen

Ozean ist der wichtigste Stützpunkt für die amerikanische Präsenz und Verstärkung in dieser Region. Mit einem Aufwand von über 500 Mio. $ wurde diese amerikanisch-britische Militärbase zu einer Kombination aus Befehlszentrum, elektronischen bzw. Fernmeldeeinrichtungen, Depots und Reparaturanlage ausgebaut, mit einer Besatzung von bis zu 2150 Soldaten. In das Militärhilfeprogramm der USA in dieser Region sind Ägypten, Israel, Jordanien, Sudan, Kenia, Somalia, Nordjemen, Oman und Pakistan eingeschlossen. Saudi-Arabien kauft selbst umfangreiche militärische Güter in den USA, erweitert und modernisiert selbst auch Basen und Flugplätze, lehnte aber eine direkte Stationierung amerikanischen Militärpersonals bislang ab. Ereignisse in der Golfregion könnten dies allerdings rasch ändern.
Die RDF umfaßt heute rund 222 000 Mann. Diese Truppen wurden allerdings nicht neu aufgestellt, sondern bestehen aus Einheiten aller 4 Teilstreitkräfte - Army, Navy, Air Force und Marines, die für die RDF-

Quelle: Report of the Secretary of Defense, Harold Brown to the Congress on the FY 82 Budget, FY 83 Authorization request and FY 82-86 Defense Programm, Jan. 19, 1981, S. 190

Einsatzgebiet der RDF in Südwestasien





Der regionale Zuständigkeitsbereich von CENTCOM

Aufgaben unter einem speziellen Kommando (Rapid Deployment Joint Task Force, RDJTF) zusammengefaßt wurden (März 1980). Im Januar 1983 wurde die RDJTF zu einem eigenständigen Regionalkommando CENTCOM (Central Command) aufgewertet, das für die gesamte Großregion des Nahen und Mittleren Ostens zuständig ist.[11]

Dessen ungeachtet sind die einzelnen Truppenteile, die dem CENTCOM zugeordnet sind, auch in anderen Teilen der Welt einsetzbar. Während der Grenada-Invasion im November 1983 wurden beispielsweise die 82. Luftlandedivision und die 75. Ranger eingesetzt.

Inwieweit die RDF tatsächlich größere Kampfhandlungen siegreich beenden könnte, bleibt jedoch fraglich. Im Gegensatz zum Korea- oder Vietnamkrieg dürfte die USA kaum mehr die uneingeschränkte Luft- und Seeherrschaft innehaben.

Daß solche Kampfhandlungen heutzutage erheblich teurer werden als zu Zeiten des Vietnamkrieges, dürfte für Politiker wie Ronald Reagan kein größeres Hemmnis sein. Die Achillesferse der RDF, die großen Entfernungen, kann jedoch auch er nicht beseitigen. Schon das Hauptquartier des CENTCOM, Mc Dill Air Force Base, Tampa, Florida, befindet sich 14 000 km vom eigentlichen Zuständigkeitsbereich entfernt. Andere Probleme sind z.B. die Schwierigkeit der Logistik, um Truppenteile im CENTCOM-Bereich zu versorgen. Ähnliches gilt für die Kommunika-

U.S. CENTRAL COMMAND
McDill Air Force Base, Florida

Heereskomponente
HQ U.S. Army Forces Central Command
(3. US-Armee) Ft. McPherson, Georgia
- XVIII. LL-Korps, Ft. Bragg, Nord-Carolina
- 82. LL-Division, Ft. Bragg, Nord-Carolina[1])
- 101. LL-Division, Ft. Campbell, Kentucky[2])
- 24. Mechanisierte Infanteriedivision, Ft. Steward, Georgia[3])
- 6. LL-Kavalleriebrigade, Ft. Hood, Texas[4])
- 1. Korps-Logistikkommando

Luftwaffenkomponente
HQ U.S. Air Forces Central Command
(9. Luftflotte) Shaw Air Force Base, Süd-Carolina
- sieben taktische Jagdgeschwader
- vier taktische Jagdgruppen
- eine taktische Jagdstaffel
- ein Frühwarn- und Leitgeschwader
- eine taktische Aufklärergruppe
- eine EloKa-Gruppe
- ein Sondereinsatz-(Special Operations-)Geschwader

Marinekomponente
HQ U.S. Naval Forces Central Command
Hawaii
- Mittel-Ost-Überwasserkampfgruppe
- drei Flugzeugträger-Kampfgruppen
- drei Landungsschiffgruppen
- fünf Marineflieger-Aufklärungsgeschwader

Marinekorpskomponente
- 1. Marine Amphibious Force[5])
  bestehend aus:
  1. Marineinfanteriedivision (verst.), Camp Pendelton, Kalifornien
  3. Marinekorps-Fliegergeschwader, El Taro, Kalifornien
  1. Logistische Gruppe, Camp Pendelton, Kalifornien
- 7. Marine Amphibious Brigade[6])
  bestehend aus:
  einem Marineinfanterieregiment
  einer Marinekorps-Fliegergruppe
  einer Brigade-Logistikeinheit

[1]) Stärke ca. 17 000 Mann, Kern: drei FschJgBrig
[2]) Stärke ca. 16 300 Mann, Kern: drei luftbewegliche Brig
[3]) Stärke ca. 12 300 Mann, Kern: drei MechInfBrig
[4]) LL-Sturmbrigade mit integrierten Kampf- und Transporthubschraubern
[5]) Stärke ca. 53 000 Mann
[6]) Stärke ca. 12 000 Mann

aus: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/84, S. 366

Mobile US-Einsatztruppe in Ägypten

tion, v.a. auch für die zeit- und raumaufwendigen Transporte. In jedem Falle wäre eine rechtzeitige Vor-Warnung notwendig, um nicht zu spät zu kommen. Das wiederum macht ein entsprechendes Aufklärungsnetz erforderlich. Bei einer Vorwarnung von 5 Tagen könnten erste AirForce-Teile innerhalb von 48 Stunden an Ort und Stelle sein. Nach einer Woche könnten diese ersten Teile um 2 weitere Luftlandebataillone mit einem Brigadekommando auf ca. 3 000 Mann verstärkt werden. Von einer Reihe von Begleitumständen hängt es jedoch ab, wie rasch Trägergruppen von 70-90 Flugzeugen und Marines-Einheiten von 1800 Mann, die dann nachfolgen sollen, eingeflogen werden können. Bereits hier verzögert sich die Bereitstellung der RDF erheblich: 2-3 Wochen müssen auf jeden Fall veranschlagt werden. Erste Unterstützungsschiffe aus Diego Garcia treffen frühestens nach einer Woche ein. Die Hauptkampfteile mit Panzern (24. Infanteriedivision aus Ft. Stewart, Georgia) würden im Seetransport mehr als einen Monat Reisezeit brauchen. Man kann nur hoffen, daß diese Schwierigkeiten noch lange genug erhalten bleiben, denn schon in den 60er Jahren erkannte der US-Senator Richard Russel, damals Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und in der Regel ein zuverlässiger Befürworter jeglicher Militärprogramme: „Wenn es uns möglich ist, stets und überall einzugreifen, dann werden wir auch stets und überall eingreifen", und lehnte mit dieser Begründung Kennedys erste Ansätze von Eingreiftruppen ab.[12]

Die „horizontale Eskalation"

Außer diesen Problemen gibt es indes noch ein weiteres Hindernis dafür, „stets und überall" einzugreifen: Die andere Supermacht, die bei solchen militärischen Fähigkeiten der USA natürlich in der Dritten Welt rasch in eine Statistenrolle geriete und dies möglicherweise nicht einfach hinnehmen würde. Auch wenn es primär darum geht, „unsere (?) nationalen Reichtümer gegen arme Länder verteidigen zu müssen" (Taylor), kann man die Sowjetunion natürlich nicht ganz vernachlässigen, zumal die Sowjetunion eine Supermacht ist, deren Supermacht-Status im Gegensatz zu den USA allein auf militärischer Macht beruht. So oder so vergrößert die Bereitschaft zum militärischen Eingreifen auch außerhalb traditioneller „Hinterhofgebiete" wie Lateinamerika natürlich die Gefahr eines direkten Konflikts mit der Sowjetunion. Ein solcher Konflikt wird von der US-Administration allerdings bewußt mit ins Kalkül gezogen.

Was tun die USA also, um die Sowjets davon abzuhalten, z.B. in einen RDF-Einsatz am Golf militärisch einzugreifen?

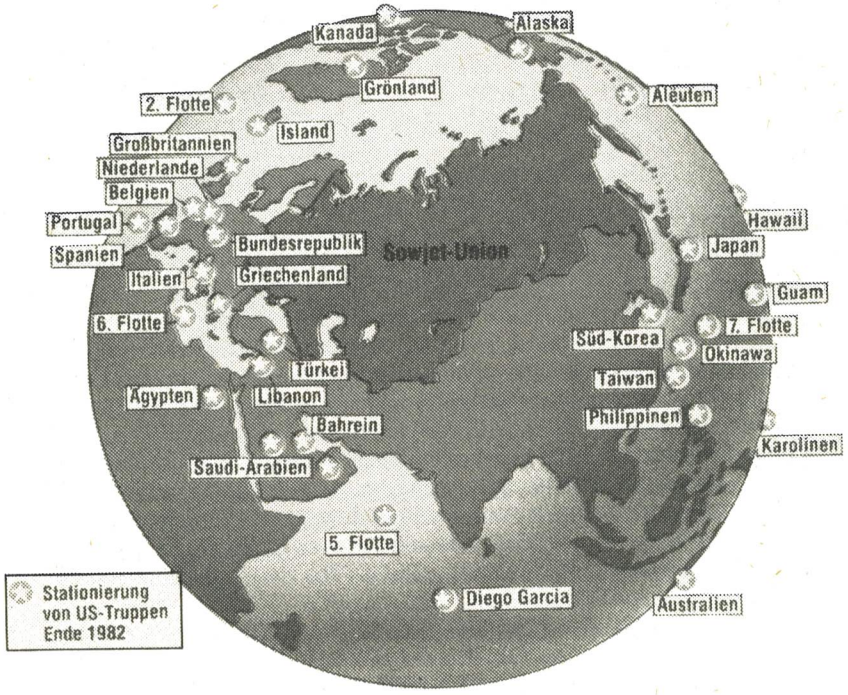
Auf diese Frage gab schon die Carter-Administration eine Antwort. Sie erschien am 15. Februar 1980 in der New York Times unter der Überschrift: „Brown warnt, daß ein Krieg am Persischen Golf sich ausweiten könnte". Harold Brown, damals US-Verteidigungsminister, wollte damit sagen, Washington werde sich von Moskau nicht vorschreiben lassen, „wo und wie ein Konflikt auszutragen sei." Washington werde einer sowjetischen Intervention in der Ölregion nicht nur an Ort und Stelle begegnen. Und Browns Präsident Carter ergänzte, die USA behielten es sich vor, die Sowjetunion dann auch „auf Gebieten unserer eigenen Wahl zu treffen", also an Orten und aus Richtungen, wo der Westen stärker ist.

Pentagon-Beamte signalisierten zur selben Zeit, daß die USA im Falle einer Konfrontation mit der Sowjetunion im Mittleren Osten den Krieg auf andere Gebiete ausdehnen könnten, wo die USA besser zu kämpfen imstande sind.

Die Wahl-Plattform der Republikanischen Partei (Reagans) von 1980 entwickelte dies weiter. Sie fordert eine begrenzte und dauernde Präsenz amerikanischer Truppen im Golf-Gebiet mit Vorkehrungen für ihre rasche Verstärkung. Diese Strategie vertritt zudem die Vorstellung von "anderweitigen Militäraktionen an Punkten sowjetischer Verwundbarkeit als Ausdruck der klassischen Doktrin globaler Manövrierfähigkeit..."

Nach Reagans Amtsantritt formulierte der Vorsitzende der Vereinigten Stabchefs im Pentagon, General David C. Jones, diese globale Konflikterweiterungs-Strategie auf seine Weise: 'Die Sowjets müssen ständig mit der sicheren Aussicht konfrontiert werden, daß ein militärischer Schachzug gegen amerikanische oder alliierte Interessen einen Konflikt zur Folge hat, dessen geographische Ausdehnung, dessen Ausmaß und Grad der Gewaltanwendung über das hinausgehen, was sie (die Sowjets) zu riskieren bereit sind.'

Deutlicher wurde dann Pentagon-Minister Caspar Weinberger im Juni 1981: Er wiederholte, daß die USA einer sowjetischen Aktion in der Ölregion nicht nur an Ort und Stelle entgegentreten würden, und fuhr fort: 'Wenn wir in den Krieg gezwungen werden, müssen wir darauf vorbereitet sein, eine Gegenoffensive in anderen Regionen zu starten und zu versuchen, die Schwäche des Aggressors dort auszunutzen, wo auch immer sie liegt.'[13]



Dieses Konzept der „horizontalen Eskalation" ist heute offizielle Doktrin. In seinem Bericht an den Kongreß über den Militärhaushalt für das Finanzjahr 1983 erläuterte Weinberger dies noch einmal. Dort heißt es: „Insbesondere für die Region des Persischen Golfs basiert unsere Strategie auf dem Konzept, daß die Aussicht, mit US- und befreundeten Truppen kämpfen zu müssen, verbunden mit der Aussicht, daß wir den Krieg auf andere Schauplätze tragen könnten, die effektivste Abschreckung einer sowjetischen Aggression bildet."

Das heißt: eine militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR in der Golfregion kann für die USA Anlaß sein, von sich aus den Krieg auch in andere Regionen auszudehnen. Weiter Weinberger: „Aber selbst wenn der Feind nur an einer Stelle angreifen würde, könnten wir wählen, uns nicht darauf zu beschränken, der Aggression an der unmittelbaren Front zu begegnen. Wir könnten uns entscheiden, unsere Kapazitäten auszudehnen, den Feind an vielen Orten zu verwickeln, oder unsere militärischen Kräfte und militärischen Aktivposten in einigen, und zwar den kritischsten Schauplätzen zu konzentrieren. Die geographische Verteilung unserer Aktivposten muß geleitet sein von der Aussicht, unsere vitalen Interessen zu beschützen und den Krieg zu gewinnen. Konsequent fordert der US-Verteidigungsminister „eine Strategie für Kriegszeiten, die den Feind, wenn er angreifen sollte, mit dem Risiko unserer Gegenoffensiven gegen seine verwundbaren Punke konfrontiert."[14]
Inzwischen nimmt die Gegenoffensiv-Idee auch schon konkrete Formen an.

„AirLand Battle"

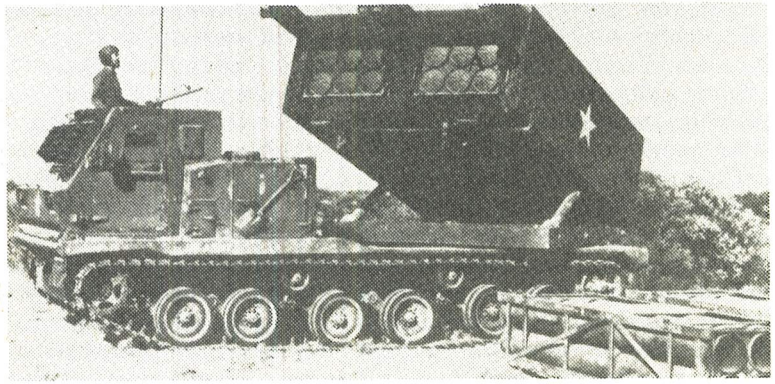
Mit dieser Konkretisierung und Umsetzung beschäftigten sich zwei „Denkfabriken" der US-Streitkräfte, TRADOC (Training and Doctrine Command, U.S.Army, Ft Monroe, Virginia) und das ihm unterstellte USACGSC (U.S.Army Command and General Staff College, Ft. Leavenworth, Virginia). Diese beiden Institutionen sind u.a. für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung von Dienstvorschriften, Armeehandbüchern (Field Manuals) sowie für die Anpassung von Kampfdoktrin und Operationsplanung an waffentechnologische und politische Entwicklungen zuständig. Eines der wichtigsten und grundlegenden „Field Manuals" ist das FM 100-5, „How to fight". Das FM 100-5 vom 1.7.1976 wurde bereits rasch nach seinem Erscheinen in Militärkreisen als „zu defensiv" kritisiert. Auf 3 Punkte konzentrierte sich die Kritik:

- Die Trennungslinie zwischen konventioneller und atomarer Kriegführung ist zu scharf
- Es ist zu sehr auf Europa zugeschnitten und berücksichtigt nicht, daß ein rascher Truppenaustausch (etwa zwischen Europa und dem Persischen Golf) möglich sein muß.
- Es läßt die Möglichkeiten neuester elektronischer Waffen und Kommunikationsmöglichkeiten außer Betracht.

Diese Kritikpunkte richteten sich, nebenbei bemerkt, auch gegen die „flexible response"-Strategie insgesamt. TRADOC und USACGSC waren daraufhin bemüht, diese Kritik zu berücksichtigen. Resultat dieser Studien ist eine Neufassung des FM 100-5, die seit dem 20.8.1982 gültig ist. Mit diesem FM wurde die sogenannte AirLand-Battle-Doktrin in die U.S.Army offiziell eingeführt. Nach eigenem Bekunden ist das FM 100-5

und die AirLand-Battle-Doktrin „von einem offensiven Geist geprägt" und markiert auch im Gefechtsfeldbereich endgültig den Übergang von „Abschreckung" zur Kriegführung. Die wichtigsten Gedanken der AirLand-Battle-Doktrin sind:

- Kriege sollen, wenn sie geführt werden, gewonnen werden. ALB fordert „über eine bloße Verhinderung eines Sieges der anderen Seite hinauszugehen" und fordert stattdessen einen „definierbaren und erkennbaren (wenn auch vielleicht begrenzten) Sieg für den Verteidiger".[15] „Wenn Regierungen Streitkräfte zur Verfolgung politischer Ziele einsetzen, müssen die Streitkräfte etwas gewinnen – sonst entsteht keine Grundlage, auf der Regierungen verhandeln können, um politisch zu gewinnen. Der Zweck militärischer Operationen kann deshalb nicht einfach im Verhindern einer militärischen Niederlage bestehen, sondern muß vielmehr darin liegen, zu gewinnen."[16]
- Um zu gewinnen, muß man angreifen. „Die Offensive ist die entscheidende Form des Krieges, des Kommandierenden einziges Mittel, um ein positives Ergebnis zu erreichen oder die feindlichen Streitkräfte vollständig zu zerstören. . . Die kämpfende Truppe des Feindes zu zerstören, ist der einzig sichere Weg zu siegen."[17]
  „Ob beim Angriff oder (!) bei der Verteidigung, jede US-Streitmacht, die irgendwo auf der Welt im Einsatz ist, muß sich so früh wie möglich die Initiative sichern und sie aggressiv ausbauen." (FM 100-5, Kap. 7) Nicht von ungefähr haben sich die Verfasser neben anderen Offensivoperationen der Geschichte auch vom „successful blitzkrieg of world war II" der Hitlerarmeen inspirieren lassen. Im FM 100-5 wird ausgeführt, dem Feind dürfe „niemals gestattet werden, sich vom Schock des ersten Angriffs zu erholen" und ihm „niemals die Möglichkeit gewährt werden, seine Streitkräfte gegen unsere Hauptstoßrichtung zu massieren". Die US-Streitkräfte müssten einen „Vorteil daraus ziehen, daß der Feind unvorbereitet ist." Diese wenigen Zitate machen schon deutlich, in welch starkem Maße die AirLand-Battle-Doktrin eine moderne Blitzkrieg-Strategie ist.
- Der Angriff soll „tief ins feindliche Hinterland" getragen werden („erweitertes Schlachtfeld"). „Die Schlacht in der Tiefe sollte die Truppen des Feindes, die nicht in den Kampf eingebunden sind, verzögern, auseinanderreißen, oder zerstören und seine in den Kampf eingebundenen Kräfte isolieren, so daß sie zerstört werden können."[18] Das AirLand-Battle-Konzept bedeutet eine Abkehr von der bisher offiziell gültigen Strategie der Grenzverteidigung. Offensive Aktionen sind jetzt nicht mehr auf die Front und den Grenzbereich beschränkt, sondern es ist jetzt sehr wichtig, mit nuklearen, chemischen und konventionellen Waffen so weit wie möglich im Hinterland des Gegners anzugreifen, dort die Kommunikationszentralen, Raketenstellungen, Truppennachschubplätze des Gegners sofort zu Beginn des Krieges zu attackieren. Da die Masse der Warschauer-Pakt-Streitkräfte und z.B. auch alle Flugplätze nicht im grenznahen Bereich, sondern im Hinterland liegen, ist der „Angriff in die Tiefe kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit, um zu gewinnen".[19] Ziel des Angriffs in die Tiefe der Ostblockstaaten ist, die erste Staffel von deren Streitkräfte von ihrer Verstärkung abzuschneiden und dann zu schlagen. Über die Tiefe dieser Angriffe sind sich die Schreibtischtäter noch nicht ganz einig. Einige Studien nennen 30-300 km, NATO-Oberbefehlshaber Rogers hält Schläge „bis in so rückwärtige Gebiete wie die drei westlichen Militärbezirke der Sowjetunion für wünschenswert"; gewiß werde man jedoch in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR militärisch zum Zuge kommen.
- Auf dem „integrierten Schlachtfeld" sollen konventionelle, atomare und chemische Waffen miteinander verbunden und allein an militärischen Gesichtspunkten orientiert eingesetzt werden. Politische „Atomschwellen" gibt es nicht mehr. „Nukleare und chemische Waffen vergrößern die Möglichkeit für plötzliche Änderungen auf dem Schlachtfeld dramatisch, die dann für den Angriff ausgenutzt werden können. . . Auch wenn die Risiken größer sein werden, der Angreifer wird doch auch beträchtlichen Schutz durch Nuklearexplosionen erreichen. . . Nukleares und chemisches Unterstützungsfeuer dürfte es kleineren Einheiten erlauben, Aufträge auszuführen, die in einer konventionellen Schlacht massierte Kräfte erfordern würden."[20]
  Im Unterschied zur bislang gültigen (formell weiterhin gültigen) US- und NATO-Strategie der flexible response (s.o.), bei der es zumindest theoretisch noch gesonderte Einsatzschwellen für konventionelle und taktisch-atomare Waffen gibt, ist im ALB-Konzept von einem Übergang von der konventionellen zur „integrierten" Gefechtsführung nicht mehr die Rede. Taktische Atomwaffen sind jetzt gewöhnliche Bestandteile der Kriegsführung, keine politischen Waffen mehr.



MARS-Raketenwerfer

„AirLand Battle 2000" – Das Schlachtfeld der Zukunft

Die AirLand Battle-Doktrin des Field Manual 100-5 wurde im Dokument „AirLand Battle 2000" von TRADOC bereits in die Zukunft (für die Zeit ab 1991) fortgeschrieben. Dabei wurden NATO-Partner, insbesondere führende Stellen der Bundeswehr, miteinbezogen. Heeres-Generalinspekteur Glanz unterschrieb auch Teile des ALB-2000 Dokuments. Charakteristisch ist die starke Betonung auf politische Aspekte, die die Rolle der NATO-Militärs in Zukunft neu bestimmen werden. Der Möglichkeit des Aufstiegs anderer möglicher Großmächte, die heute noch unbedeutende Dritte-Welt-Staaten sind, wird dabei eine größere Bedeutung beigemessen als der der sowjetischen Bedrohung in Mitteleuropa. Für die NATO-Länder könne es sehr gefährlich werden, wenn solche Dritte-Welt-Länder künftig nicht mehr von westlichen Waffenlieferungen abhängig sind.
ALB-2000 ist demnach der Versuch, die technologische Überlegenheit des Westens weltweit zu nutzen. Insbesondere die Bedeutung der beweglichen Gefechtsführung, die „ausgewogene" konventionell-chemisch-nukleare Kriegführungsfähigkeit und der hohe Stellenwert elektronischer Kriegführung werden gegenüber der ALB-Doktrin noch stärker betont. Auf dem Gefechtsfeld der Zukunft werden elektronische Befehls-, Überwachungs-, Kommunikations- und Aufklärungssysteme in einem bisher unbekannten Ausmaß dominieren. Sensortechnik, Videotechnik, Robotereinsatz, Echtzeit-Datenübertragung, ferngelenkte Waffensysteme und Strahlenwaffen werden ein weitgehend automatisiertes Gefechtsfeld entstehen lassen, das völlig neue Anforderungen an den Soldaten/die Soldatin der Zukunft stellt.

Spätestens hier müßte man sich eigentlich fragen, ob so etwas nicht massiv gegen die Interessenlage der Europäer verstößt und deshalb die westeuropäischen NATO-Staaten dieses Konzept ablehnen müßten:
Bei einem Konflikt mit der Sowjetunion in der Dritten Welt soll mit offensiven militärischen Operationen z.B. in Europa gedroht werden. Die derzeitige amerikanische Globalstrategie ist bereit, notfalls in Europa Krieg zu führen – was im Ernstfall unsere atomare Vernichtung bedeuten würde. Mit dieser „horizontalen Eskalation" wird Westeuropa zu einem Wegwerfverbündeten, zur bloßen Manövriermasse degradiert. Für die USA korrespondiert hier eine sinkende politische Bedeutung Europas mit einer steigenden militärischen Bedeutung. Die US-Administration plant in ihre Kalkulationen die Zerstörung Europas mit ein und schafft in schamloser Offenheit auch die militärischen Voraussetzungen für eine solche Strategie. Man sollte meinen, eine Bundesregierung mußte sich aus eigenem Überlebensinteresse heraus energisch gegen eine

solche Degradierung zum Wegwerfverbündeten und Kanonenfutter wehren. Dem ist nicht so. Das hat verschiedene Ursachen.
Einerseits verspricht das neue US-Konzept die Rohstoffinteressen der gesamten „Ersten Welt" zu sichern, also auch die der besonders weltmarktabhängigen BRD. Zwar ist für Europa ein erheblich größeres Risiko eingeplant, aber dies zeigt eben die realen Machtverhältnisse in der NATO – und das Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung teilen USA und Westeuropa. Auch der „Geist der Offensive", das heißt im Bedarfsfall die Sowjetunion politisch auszuschalten, indem man sie militärisch erpreßt, ist der Geist führender BRD-Politiker vom Schlage eines Wörner, Dregger oder Todenhöfer. Und schließlich haben die USA auch einige Bonbons für die westeuropäischen Regierungen bereit: AirLand-Battle verspricht den Kriegsschauplatz von der BRD („Vorneverteidigung") weg nach Osteuropa zu verlegen.

Der Rogers-Plan

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Rolle des „Rogers-Plans" näher eingegangen werden. Dieser Plan des NATO-Oberbefehlshabers Bernard W. Rogers läßt sich wie folgt zusammenfassen:
Die wachsende konventionelle Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten werde in naher Zukunft dazu führen, daß die NATO-Strategie der flexible response keinerlei Flexibilität mehr zulasse. Ein konventioneller Angriff des Warschauer Pakts würde die NATO innerhalb kürzester Zeit vor die Alternative stellen, entweder mit Atomwaffen zu eskalieren oder aber zu kapitulieren. Beide Alternativen seien jedoch nicht wünschenswert. Es komme deshalb darauf an, die konventionelle Verteidigungskraft der NATO wieder soweit aufzurüsten, daß ein konventioneller Angriff des Warschauer Pakts auch konventionell zurückgeschlagen werden könne, also die Atomschwelle zu erhöhen und die Abhängigkeit der NATO von Atomwaffen zu verringern. Die Verstärkung der nichtatomaren Bewaffnung mache die NATO wieder so flexibel antwortfähig, wie der Name ihrer Strategie verspreche.
Auf den ersten Blick scheint dies in diametralem Widerspruch zu AirLand-Battle zu stehen, in dem das Wort „Atomschwelle" gar nicht mehr vorkommt. Aber nur auf den ersten Blick. In der NATO-Amtssprache heißt der Rogers-Plan anders, nämlich FOFA („Follow-on Forces Attack"/Angriff auf die nachfolgenden Kräfte) und ist als solcher inzwischen Teil der gültigen NATO-Strategie.[21] Dies erinnert schon stark an das „erweiterte Schlachtfeld" des Field Manual 100-5. Rogers selbst führt dies deutlich genug aus, wenn er ausführt, wozu er die neuen konventionellen Systeme einsetzen möchte:
„Operativ gesehen brauchen wir die Fähigkeit, die Divisionen der ersten Staffel eines großen konventionellen Angriffs des Warschauer Paktes

zum Stehen zu bringen und zugleich eine wirksame Störungs- und Vernichtungsoperation mit konventionellen Mitteln gegen seine nachfolgenden Kräfte zu führen, um sie außer Gefecht zu setzen, bevor ihr Gewicht an der Front zum Tragen gebracht werden kann. Eine solche Fähigkeit wird uns auch die Möglichkeit geben, durch Gegenangriffe die Tendenz der Schlacht zu wenden... Das Konzept der follow-on forces attack schlägt Kapital aus unserer Kenntnis der Schwächen des Warschauer Pakts. Das Konzept fügt dem Gefechtsfeld den Aspekt der Tiefe hinzu, indem es das Gebiet der NATO-Operationen in das Hinterland des Feindes hinein ausweitet."[22]

Keine Spur also von verstärkter Defensiv-Orientierung. Trotz mancherlei Unterschieden im Detail ist der Rogers-Plan nichts weiter als eine Variante des Angriffs in die Tiefe im Rahmen von AirLand- Battle. Wenn Rogers also behauptet, er wolle mit seinem Plan letztlich dasselbe wie die Atomwaffengegner, nämlich die Schwelle für den Atomwaffeneinsatz zu erhöhen, handelt es sich um Roßtäuscherei. Der Rogers-Plan ist nichts weiter als ein Mittel, der europäischen Öffentlichkeit die konventionelle Aufrüstung für den „Angriff in die Tiefe" und damit für AirLand-Battle schmackhaft zu machen. Denn dafür muß einiges an Waffensystemen erst noch angeschafft werden, und billig wird das nicht.

„AirLand Battle" und die Bundesregierung

Von der Bundesregierung wird eine solche Funktion des Rogers-Plans natürlich dementiert. Allein: eine andere Funktion wäre nicht mit der seit 20.8.1982 gültigen Doktrin der USA zu vereinbaren, und NATO-Oberbefehlshaber Rogers, zugleich US-Oberbefehlshaber für Europa, ist für die Umsetzung von FM 100-5 zuständig. Die Bundesregierung, um Ausreden nie verlegen, behauptet jedoch bis heute daß

„sich das FM 100-5 nicht ausdrücklich auf den Einsatz des US-Heeres im Rahmen der NATO bezieht. Hingegen hat die NATO klargestellt, daß bestimmte Elemente dieser Doktrin für Mitteleuropa nicht gelten. Den Vereinigten Staaten von Amerika ist bekannt, daß die Bundesrepublik Bedenken gegen bestimmte Aspekte des FM 100-5 hat. Sie hat an der Entstehung nicht mitgewirkt."[24]

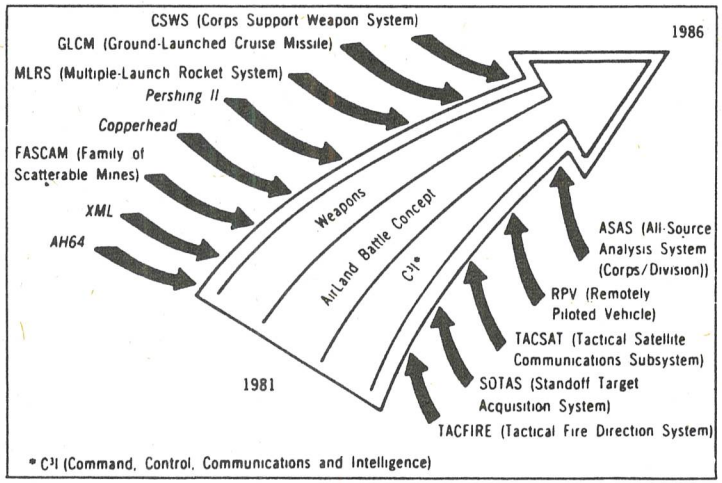
Am 7.9.1983 hat Wörner nochmals bekräftigt, FM 100-5 gelte nicht für die NATO, auch nicht für die amerikanischen Einheiten im NATO-Bereich Europa.[25]

Die inhaltlichen Bedenken des Verteidigungsministeriums an AirLand Battle beschränken sich jedoch lediglich auf einen Aspekt von AirLand Battle, nämlich das „integrierte Schlachtfeld", das keine gesonderte atomare Einsatzschwelle mehr kennt, wie Wörner auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag erklärte. Die Behauptung der Bundesregierung, AirLand-Battle sei aufgrund solcher Bedenken der NATO-Verbündeten bislang eine „nationale Konzeption" der USA und habe in der NATO

deshalb nur eingeschränkte Gültigkeit, hält jedoch einer genaueren Betrachtung nicht stand.

So unterscheidet FM 100-5 nicht zwischen den 300 000 US-Truppen in Europa und den übrigen US-Truppen, sondern sagt klipp und klar: FM 100-5 „ist die grundlegende Dienstvorschrift der U.S. Army zur Kampfführung".[27] Das FM behauptet weiterhin von sich selbst, es stehe „im Einklang mit der Strategie und Doktrin der NATO"[28] – was soll also dagegen sprechen, es in Europa anzuwenden? Außerdem werden alle

„AirLand Battle 1986"
Ein bedeutender Schritt hin zu künftigen Fähigkeiten



C^3I	Führungs-, Fernmelde- und Aufklärungswesen
CSWS	Korpsunterstützungswaffen
GLCM	Landgestützte Marschflugkörper
MLRS	Mehrfachraketenwerfer
Pershing II	Pershing II (Mittelstreckenrakete)
Copperhead	Copperhead (Lasergelenktes 155mm Artilleriegeschoß)
FASCAM	Familie der Streuminen
XM 1	M 1 (Kampfpanzer)
AH 64	AH 64 (Kampfhubschrauber)
ASAS	Analysesysteme aller Art auf Korps- und Divisionsebene
RPV	Ferngesteuerte Aufklärungsdrohne
TACSAT	Taktische Satelliten
SOTAS	Abstandszielerfassungssysteme
TACFIRE	Taktische Feuerleitung

amerikanischen Soldaten nach FM 100-5 („How to fight") ausgebildet – wie anders sollen sie dann kämpfen? An anderer Stelle im FM 100-5[29] heißt es eindeutig: „Ein Kampf in bebauten Gebieten wird, insbesondere in Europa, unvermeidlich sein." Während Wörner noch erklärt, im Rahmen von Manövern sei überprüfbar, daß sich die USA an seine „eingeschränkte Gültigkeit im Rahmen der NATO" halten,[30] erklärt sein US-Kollege Weinberger in schonungsloser Offenheit vor dem Streitkräfteausschuß des amerikanischen Senats: „Die AirLand-Battle-Doktrin wurde eingeführt während des Reforger-Manöver 1982 in Europa und während anderer Manöver in Korea und den Vereinigten Staaten." Weinberger stellt dann noch fest, die Doktrin werde von der Army „im Rahmen ihrer Möglichkeiten" praktiziert, die aber durch Waffenmodernisierungsprogramme ständig vergrößert würden.[31] Nirgendwo deutet er auch nur an, daß ALB in Europa nur eingeschränkt angewandt werde. Auch in verschiedenen Militärfachzeitschriften kann man nachlesen, welch gute Fortschritte die Einführung von AirLand-Battle mache. So erklärten ein Oberstleutnant Lynch und ein Hauptmann Bloxham von der 8th U.S.Infantry Division in der Military Review (9/83): „Die Soldaten und Einheiten der Division werden bereit sein, AirLand-Battle zu kämpfen und zu gewinnen. Unsere erste und Top Priorität ist das Training." Sitz der 8th Infantry Division ist Bad Kreuznach, West Germany. In Manöverschiedsrichter-Handbüchern finden sich Sätze wie „Alle Aspekte von Operationen mit nuklearen, chemischen und biologischen Waffen werden in dieses Manöver integriert sein. . ."[32] Selbst Bundeswehrsoldaten haben mit AirLand-Battle schon Bekanntschaft gemacht: Im Herbst 1983 nahm am „Confident-Enterprise"-Manöver der U.S.Army, bei dem AirLand-Battle geübt wurde, die 15. Panzerbrigade der Bundeswehr teil und übte mit.[33]
Währenddessen wird die militärische Infrastruktur für das neue Offensivkonzept längst geschaffen.

Wörners Milliardenpläne

Im Weißbuch 1983 über ihre „Verteidigungspolitik" verkündet die Bundesregierung unter anderem: „Frieden in Freiheit hat seinen Preis... Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits Beispielhaftes geleistet, um die konventionelle Kampfkraft der NATO zu stärken ... sie gibt im Bündnis zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich das meiste Geld für Verteidigung aus." (S. 126/127) Wieviel Geld das aber künftig sein wird, wird nicht mitgeteilt. Mit gutem Grund: es ist nämlich für die nächsten 12 Jahre ein Rüstungsschub ohne Beispiel in der Geschichte der BRD geplant. Es geht um die Planung, Entwicklung und Beschaffung der „Dritten Waffengeneration" der Bundeswehr, für die im „Bundeswehrplan 85" eine Summe von rund 240 Milliarden DM (!) – im Zeitraum von 1985 bis 1997 – vorgesehen ist. Dagegen ist der Skandal-

Milliarden für die Bundeswehr

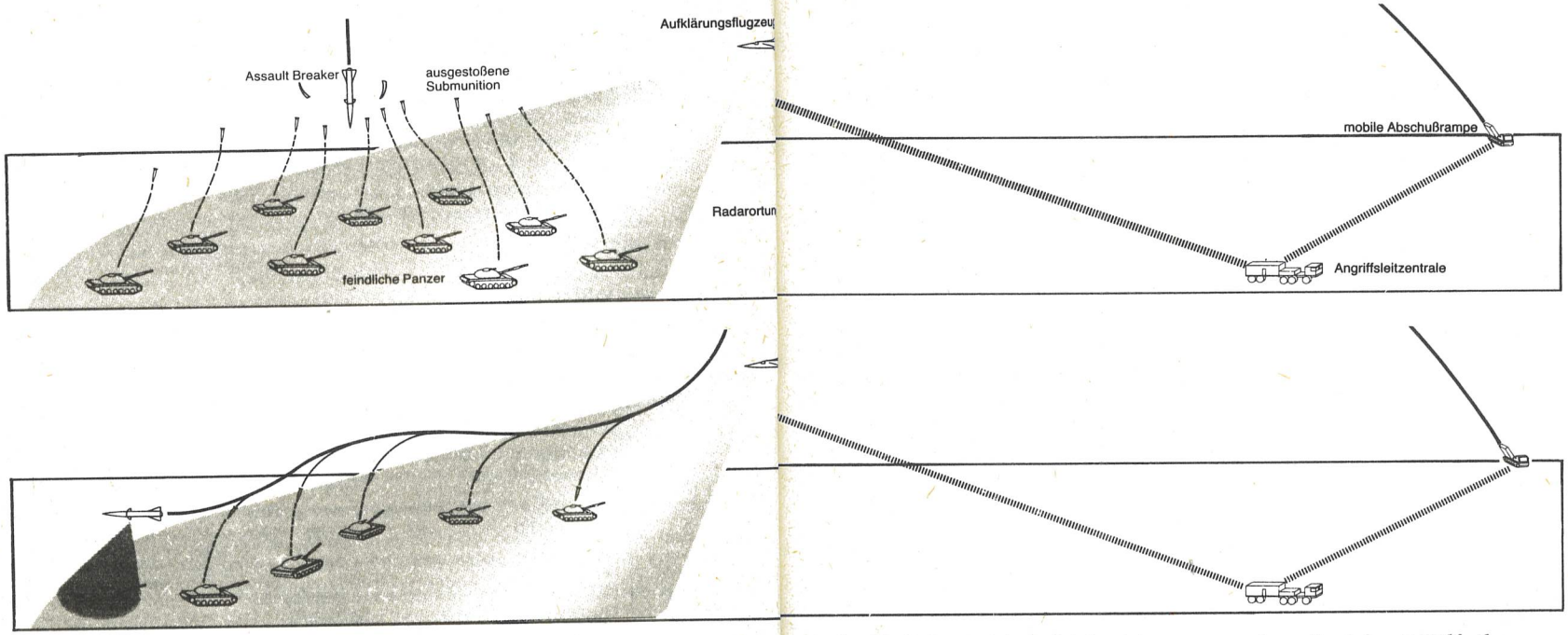
Die wichtigsten Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen für die 90er Jahre im Überblick (Stand: 1.8.1984)

	Stück	in Mio. DM
1. Fahrzeuge, Panzer, Feldzeugmaterial (im wesentlichen Einzelplan 14 15 des Bundeshaushalts)		
neues Fernmeldeverbindungssystem darunter 50.100 Funkgeräte		4,868
LKWs 2 und 5 Tonnen	49 980	3,700 (bis 1990)
Kfz-Folgebedarf ab 1990		9,014 (ab 1990)
Neuentwicklung für Kampfwagen der 90er Jahre (z.B. Panzerhaubitze 155-1, Roland, Gepard usw.)		9,776 (bis 1990)
Gep. Kampfwagen 90	4 467	12,118 (ab 1990)
Leopard 3 (Entwicklungsbeginn ungewiß)	1 800	10,250
Panzerabwehrhubschrauber 2 (ohne jede Munition)	212	2,300
Munition für 155 mm und 203 mm Artillerie (u.a. SADARM)	153 000	2,040
MARS-Raketenwerfer	200	1,058
Luftflugkörper für MARS (M 77 und AT 2)	85 000	2,522 (ab 1987)
LFK MARS, TGW	20 000	5,300 (ab 1995)
2. Raketen und Flugzeuge (Einzelpläne 14 15 und 14 18)		
System Patriot	28	4,373
LFK für Patriot	1 680	1,900
Pershing 1b 1. Los	65	1,125
Jäger 90 nebst Takt. Aufkl. System	250	20,300 (ab 1995)
MPA 90 (ASW)	18	2,165
FlaRakSystem MFS mit LFK	43	6,300 (ab 1996)
Mehrzweckwaffe 1 (für Tornado)	1 250	3,100 (ab 1985)
LFK PARS bis 4 000 m	60 850	5,050 (ab 1993)
LRSOM Raketen	500	1,500
ASRAAM	4 663	1,100
AMRAAM	3 300	2,500
LFK 90 (ANS) (weitreichende Schiffsrak)	?	2,780 (gesch.)
Drohnen (für Aufklärung, Luftkampf, Kleinzielorientierung)	ca. 50	2,420
3. Marine (Einzelplan 14 19)		
Fregatte 90	6	4,380
U-Boot 211	24	7,200
Schnellboot 143 (A + Umbau)	je 10	1,822
Schnelles Minenkampfboot	10	1,094
Marinehubschrauber 90	60	2,400

Quelle: Die konventionelle Aufrüstung der 90er Jahre. Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums hg. von A. Borgmann u.a., Kassel 1984.

Vogel Tornado, dessen Systempreis für 322 Maschinen ursprünglich auf 3 Mrd. DM veranschlagt worden war und jetzt bei 30 Mrd. DM angekommen ist, ein Klacks. Die 240 Mrd. DM sind in Preisen von 1984 kalkuliert. Erfahrungsgemäß muß bei Rüstungsgroßprojekten schließlich ein Vielfaches solcher Kostenvoranschläge bezahlt werden, durchschnittlich beläuft sich z.B. in den USA der Endpreis auf 350-450 % der ersten Preisangaben.[34]
Dabei sind das lediglich reine Beschaffungsvorhaben; Personal, Sachkosten etc. kommen noch hinzu. Diese Riesensummen müssen natürlich aus anderen Bereichen des Haushaltes geholt werden.
Mit diesen Mitteln sollen die neuartigen, technologisch hochentwickelten Waffensysteme für das „erweiterte Schlachtfeld" angeschafft werden.

Die Entwicklung dieser neuen konventionellen präzisionsgesteuerten Munition (precision-guided munition, PGM) ist möglich geworden durch einen technologischen Innovationsschub im Bereich der Sensorenentwicklung (Infrarot) und der elektronischen Verarbeitung und Umsetzung der Daten, die diese Sensoren ermitteln. Die in Geilenkirchen bei Aachen stationierten AWACS-Flugzeuge sind nicht nur fliegende Frühwarnstationen, sondern übernehmen zusätzlich noch die Zielerfassung für den PGM-Einsatz und sind somit eine Art Vorläufer des in der Entwicklung befindlichen luftgestützten Radar-Systems (JSTARS = Joint Surveillance and Target Acquisition System), das Ziele – bis zu einem einzigen Panzer – über eine Distanz von mehreren 100 Kilometern orten und verfolgen sowie die Information gleichzeitig an eine Raketenstellung weitergeben kann.



Einsatzmöglichkeiten des »Assault Breaker« gegen weit entfernte Ziele im feindlichen Hinterland. Sobald ein Flugzeug, Hubschrauber oder ferngelenkter Flugkörper Ziele geortet hat, werden die Positionskoordinaten an eine mobile Angriffsleitzentrale übermittelt, die eine Rakete in die ungefähre Zielrichtung abschießen läßt. Erreicht die Rakete ihr Ziel, wird die Submunition ausgestoßen. Über einer weit aufgefächerten Panzereinheit (oberes Bild) würde alle Submunition gleichzeitig ausgeworfen, die sich mit Hilfe ihrer von Infrarot- oder Millimeterwellensensoren gesteuerten Ziellenksysteme auf die einzelnen Panzer ausrichtet. An einer Panzerkolonne (unten) würde die Rakete mit Hilfe ihres die Umrisse übermittelnden Radarsystems entlangfliegen und die Submunition in passender Folge abwerfen. Quelle: Rüstung und Abrüstung, Spektrum der Wissenschaft, Heidelberg

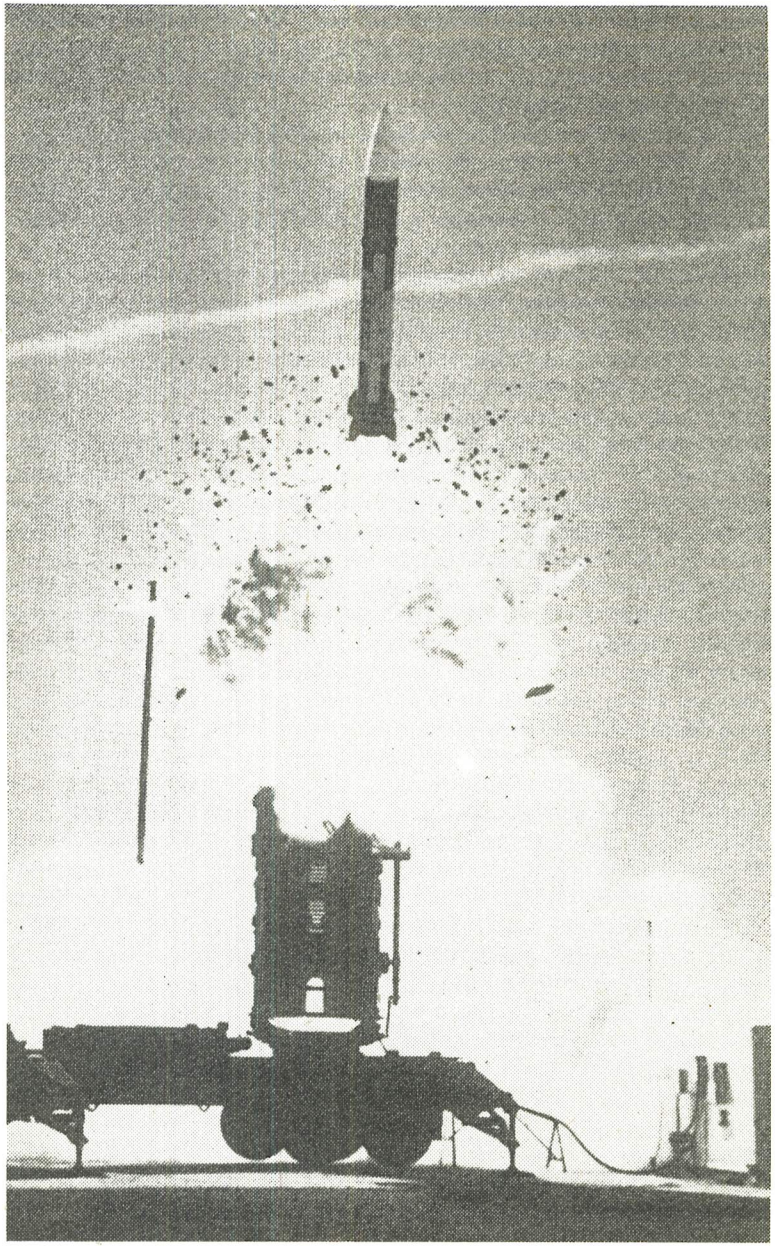
Das erste der neuen PGM-Systeme ist das MARS (Mittleres Artillerie Raketenwerfer System), das ab 1986/1987 eingeführt werden soll. Von einem dieser Kettenfahrzeuge können 12 Raketen abgeschossen werden, die sog. Submunition (insg. knapp 8000 Minen und Kleinbomben) in vorgesehene Zielgebiete verstreuen. Fährt ein Panzer über die Mine, wird über Sensoren die Zündung ausgelöst. Sie schweißt sich durch den Boden des Panzers und detoniert dann im Innern. Später soll für MARS (US-Version: MLRS) auch eine weiterentwickelte Mine benutzt werden, die mit ihren Sensoren einen Umkreis von 50 Meter erfassen kann. Begibt sich ein Panzer in diesen Umkreis, springt die Mine auf ihn zu und explodiert. Wenn diese Systeme im Einsatz tatsächlich so funktionieren wie geplant, dann kommen sie in ihrer militärischen Wirkung den taktischen Atomwaffen oder Neutronenwaffen sehr nahe. Die Bezeichnung „konventionell" für diese Waffen ist also eine Verharmlosung.

Auch das Kampfflugzeug Tornado spielt eine wichtige Rolle für den Angriff in die Tiefe. Zunächst soll auch es mit Submunition ausgerüstet werden. Submunition soll auch z.B. in einer konventionellen Variante der Pershing II („CAM 40") oder in 45 nicht-nuklear ausgestatteten Cruise missiles der USA zum Einsatz kommen.[35]

Weitere Waffen für den Angriff in die Tiefe sind die weitreichenden Raketenvorhaben LRSOM (1,5 Mrd. DM) und ANS-90 (2,7 Mrd. DM), für deren Entwicklung gemeinsam mit Großbritannien bzw. Frankreich eigens die bislang gültigen WEU-Rüstungsbeschränkungen für die BRD für Raketen mit größerer Reichweite am 27.6.84, unter Umgehung des Bundestages, aufgehoben wurden.[36]

Mit diesen Planungen eröffnen sich die Militärs genau die Möglichkeiten, die sie sich in AirLand-Battle wünschen. So sollen mit Marschflugkörpern ewa 30 Startbomben transportiert werden, welche sich dann mit einem Hochladungssprengkopf in die Betondecke der Start- und Landebahnen im Hinterland des Warschauer Pakts bohren und mit einer zweiten Sprengladung Krater in die Bahnen reißen. Die „Assault Breaker"-Raketen, die sich in der Entwicklung befinden, sollen dies noch perfektionieren. Sobald ein Flugzeug, Hubschrauber oder ferngelenkter Flugkörper Ziele geortet hat, werden die Positionskoordinaten an eine mobile Angriffsleitzentrale übermittelt, die eine Rakete in die ungefähre Zielrichtung abschießen läßt. Über einer weit aufgefächerten Panzereinheit (s. Bild) würde alle Submunition gleichzeitig ausgeworfen, die sich mit Hilfe ihrer von Infrarot- oder Millimeterwellensensoren gesteuerten Ziellenksysteme auf die einzelnen Panzer ausrichtet. An einer Panzerkolonne würde die Rakete mit Hilfe ihres die Umrisse übermittelnden Radarsystems entlangfliegen und die Submunition in passender Folge abwerfen.

MLRS und andere Raketensysteme mit Reichweiten zwischen 80 und 1000 km wie z.B. die Assault Breaker, Lance, Pershing II und Cruise mis-

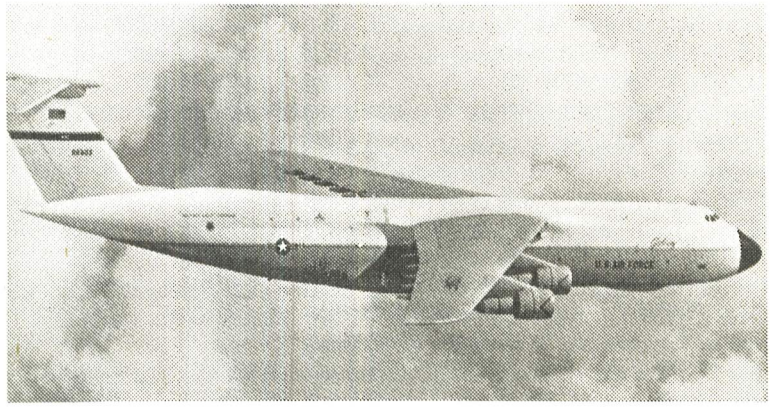


„Patriot"-Rakete

siles sollen auch chemisch beladen werden.[37] C-Einsätze kurz hinter der Front werden mit leicht flüchtigen Giftgasen gemacht (um später durchmarschieren zu können), tief im feindlichen Hinterland werden schwerflüchtige Gase eingesetzt.
Es liegt auf der Hand, daß ein Defensivbündnis, das sich nur verteidigen will, wenn es angegriffen wird, solche weitreichenden Optionen nicht braucht, sich diese massiven Rüstungsschübe sparen kann – für Weinbergers „horizontale Eskalation" sind solche Pläne allerdings eine militärische Notwendigkeit.
Auch die 72 Pershing 1a der Bundeswehr sollen modernisiert werden. Ab etwa 1986 sollen sie durch Pershing 1b ersetzt werden, welche wiederum nichts anderes sind als eine Pershing II mit einer Raketenstufe weniger, d.h. die Reichweite bleibt gegenüber der Pershing Ia gleich, aber die Zielgenauigkeit wird erheblich verbessert. Die Stationierungsorte für diese Raketen sind Landsberg/Lech und Geilenkirchen/NRW.
Damit der Angriff in die Tiefe ungestört vor sich gehen kann, unternimmt die NATO derzeit bedeutende Anstrengungen, die Flugabwehrsysteme in Europa auszubauen. Die alten Nike-Hercules-Flugabwehrraketen, die hochfliegende Flugzeuge noch atomar abschießen sollten, werden ausgemustert; die 30 Jahre alten Hawk-Flugabwehrraketen, von denen entlang der Blockgrenze insgesamt 81 Batterien mit je 8 Abschußgeräten placiert sind und die für tiefe und mittlere Höhen gedacht sind, werden nochmal bis 1990 modernisiert. Danach sollen sie durch ein neues System ersetzt werden. Neu eingeführt werden soll jetzt u.a. das Patriot-System, das noch an vielen Kinderkrankheiten leidet. Es wird auch daran gearbeitet, die Patriot zu einer Abwehrwaffe gegen SS-20 bis SS-23 zu machen. Weiterhin soll das deutsch-französische Flugabwehrsystem „Roland" angeschafft werden. 14 Patriot-Einheiten mit jeweils 64 Raketen will die Bundeswehr von den USA kaufen, weitere 14 leihweise übernehmen und als Gegenleistung dafür 12 Patriot-Einheiten der USA 10 Jahre lang mit Bundeswehrsoldaten zu bemannen. Vom Roland-System sollen 95 Batterien beschafft werden. Allein für diese beiden Systeme belaufen sich die Kosten auf mindestens 6-7 Mrd. DM. Durch diese Modernisierung der Luftabwehr werden gleichzeitig viele Tornadostaffeln für den Angriff in die Tiefe frei, für den sie ursprünglich auch eher als zur Luftverteidigung konzipiert wurden.
Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den massiven „konventionellen" Aufrüstungsplänen der NATO der nächsten Jahre. Für die Bundesrepublik bedeutet das nicht nur die konkrete militärische Gefährdung, sondern es werden auch Fakten geschaffen, die wir alle zu bezahlen haben werden.
Die Folgen werden unvermeidlich massive Kürzungen in anderen, gesellschaftlich notwendigen Bereichen sein müssen.

Master Restationing Plan: NATO-Plan Ostwall

Unter dem Kürzel MRP laufen seit einigen Jahren Maßnahmen der NATO an, um die Voraussetzungen für die offensiven Fähigkeiten, die von AirLand-Battle gefordert werden, zu verbessern. MRP bedeutet Master Restationing Plan, Haupt-Neustationierungsplan, und beinhaltet die Vorverlegung von Kampftruppen an die Grenze zur DDR und ČSSR. Die Stationierung der US-Truppen erfolgte nach dem 2. Weltkrieg vielfach in vorhandenen Einrichtungen der Wehrmacht; diese aber sind oftmals relativ weit weg von der Ostgrenze und damit für ein rasches Ergreifen der Initiative, für die Blitzkriegsstrategien der AirLand-Battle-Doktrin nicht geeignet. Im Rahmen des MRP sollen von 1985 bis 1994 drei Brigaden der 8. Infanteriedivision mit rund 20000 Mann nach Hohenfels, Wildflecken und Grafenwöhr/Vilseck und evtl. Gießen/Fulda vorverlegt werden. Dort befinden sich schon heute die größten Truppenübungsplätze in der BRD unter US-Kontrolle. In einer zweiten Phase sollen weitere 14 Verbände in Brigadegröße an die Ostgrenze vorverlegt werden.
Strittig ist allerdings noch die Finanzierung. Während die Bundesregierung am liebsten alles die USA bezahlen lassen möchte, wollen diese wiederum möglichst viele Kosten der BRD aufhalsen. 2,18 Milliarden DM wollen die USA für den MRP – neben 11 Mrd. DM für weitere Stationierungskosten wie z.B. erforderliche neue Wohnungen für US-Soldaten.[38]



Das Militärtransportflugzeug C 5 A „Galaxy" ist das wichtigste Mittel zur schnellen Beförderung schwerer Bewaffnung zu überseeischen Kriegsschauplätzen.

Die westeuropäischen NATO-Staaten beteiligen sich also in erheblichem Umfang daran, die Gegenoffensiv-Ideen der US-Globalstrategie in möglichst glaubwürdige Drohpotentiale umzusetzen. Die massive konventionelle Aufrüstung ist nur in diesem Kontext zu verstehen. Weder die Fähigkeit zu tiefen Schlägen noch die Elektronisierung des Gefechtsfelds wird der NATO vom Warschauer Pakt aufgezwungen. Wären Frieden und Sicherheit oberstes Ziel der westlichen Politik, müsste jeder neue Rüstungsschritt peinlich genau daraufhin geprüft werden, ob er unter finanziellen, entspannungs- oder abrüstungspolitischen Gesichtspunkten nicht kontraproduktiv sein könnte.
Aber auch für die direkte Unterstützung der Eingreiftruppen rüstet Europa mit.

Verteidigungsminsister Weinberger und Wörner

Auch Europa und die Bundesrepublik „greifen ein"

Nach Reagans Amtsübernahme im Januar 1981 wurde den europäischen Verbündeten bereits frühzeitig klargemacht, daß sie sich künftig an Militäraktionen „außerhalb des NATO-Vertragsgebiets", will heißen am Persischen Golf zu beteiligen hätten, schließlich profitierten sie ja auch am meisten davon: die Abhängigkeit Westeuropas (und Japans) vom Golf-Öl und überhaupt vom Weltmarkt ist bekanntlich erheblich größer als die der USA. Die USA importieren 13 % ihres Ölverbrauchs aus der Golfregion, Westeuropa 45 %, Japan 70 % (1980).
Der Druck auf die Verbündeten verstärkte sich seit der Aufstellung der RDF immer mehr. Schon ein halbes Jahr nach Einrichtung der Rapid Deployment Joint Task Force im September 1980 gab Präsident Carter bekannt, am Rande der UNO-Vollversammlung hätten sich die USA mit

anderen Staaten über konkrete Schritte, nämlich einer internationalen Einsatz-Streitmacht zur Offenhaltung der Straße von Hormuz verständigt. Durch diese Meerenge wird das gesamte Öl aus dem Persischen Golf transportiert. Am 25.2.1981 wurde in New York eine gemeinsame Studie von 4 offiziösen außenpolitischen Instituten (Council on Foreign Relations/Washington; Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik/Bonn; Royal Institute of International Affairs/London; Institut Français des Relations Internationales/Paris) mit dem Titel „Westliche Sicherheit: Was hat sich geändert? Was sollte getan werden?" veröffentlicht. Breiten Raum nahmen dabei wieder Ereignisse außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ein. Gefordert wurde ein „größerer europäischer Beitrag, ausgerichtet nicht auf die Beschwichtigung Washingtons, sondern auf die Verfolgung der gemeinsamen Ziele des Westens". Für die Golfregion heißt dies demnach, daß die 4 Institute die USA aufforderten, mit Britannien, der BRD und Japan eine gemeinsame Streitmacht zu bilden, die bereit stehen soll, um „jeden sowjetischen Zugriff" auf das Öl im Persischen Golf abzuwehren.[39] Bemerkenswert, daß der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, eine solche für die BRD glatt verfassungswidrige Forderung unterschreibt. Schlimmer noch: die SPD-FDP-Bundesregierung begrüßte die Studie offiziell. Zur Erinnerung: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." (Grundgesetz, Art. 26.1)
„Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt." (GG Art. 87a.2)
Quintessenz der Studie: „Es dürfte das Beste sein, eine arbetisteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Falle Frankreichs und Großbritanniens) und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden. Eine europäische Präsenz in dieser Region wäre politisch und symbolisch wichtig. Sie würde der europäischen Öffentlichkeit verdeutlichen, was auch für Europa in dieser Region auf dem Spiel steht; sie würde entscheidend dazu beitragen, daß in den Vereinigten Staaten Kongreß und Öffentlichkeit für die Unterstützung des amerikanischen Engagements in dieser Region gewonnen werden; und sie würde dadurch die europäisch-amerikanischen Beziehungen verbessern."

Zugleich wird als Stärkung der westlichen Postition in der Region eine Ausweitung der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei, Pakistan und Ägypten sowie eine „vernünfitge Handhabung der Rüstungsexporte" vorgeschlagen. Dieses Konzept entsprach in seiner Grundstruktur sowohl den Forderungen Washingtons als auch der schon bei der Schmidt-Genscher-Koalition unverkennbaren Neigung, die bis dahin geübte machtpolitische Abstinenz nach und nach aufzugeben.
In den Tagen nach der Veröffentlichung der Studie empfing US-Präsident Reagan nacheiander den französischen Außenminster Jean-François Poncet, die britische Premierminsterin Margaret Thatcher und Bundesaußenminister Genscher. Thatcher gab gleich bekannt, daß London zu einem Beitrag für die RDF bereit sei. Im kurz darauf (im April) veröffentlichten neuen britischen Verteidigungsweißbuch wurde noch einmal die „Entschlossenheit" betont, befreundeten Ländern auch außerhalb des NATO-Vertragsgebiets „durch Unterstützung, Militärentfaltung und Intervention" zu Hilfe zu kommen.[40]
Zur selben Zeit häuften sich Kraftsprüche der damaligen CDU/CSU-Opposition. „Unsere westlichen Partner USA, Großbritannien und Frankreich sehen dort (Nahost) lebenswichtige Interessen für uns, stationieren Schiffe und Soldaten in dieser Region, nur die Bundesregierung leistet sich den Luxus, gar nichts zu tun. Hinter einem Schutzzaun pseudomoralischer Phrasen drückt sich die Bundesregierung vor ihrer Verantwortung für unsere Zukunftssicherung." – so Friedrich Zimmermann am 2.4.1981 im Bayernkurier. Der heutige Bundeskanzler Kohl verlangte im Bundestag als Oppositionssprecher, daß die BRD „zur Sicherung des Friedens in der Golfregion ... über das gegenwärtige Maß hinaus internationale Verantwortung übernehmen muß."[41] Zur selben Zeit bereitete sich die sozialliberale Koalition etwas weniger lautstark auf die Umsetzung solcher Vorstellungen vor.
Fakten wurden dann erstmals auf der NATO-Ratstagung im Mai 1981 geschaffen. Erstmals erkannten die europäischen NATO-Partner in einem offiziellen Dokument an, daß sie militärische Operationen der Amerikaner im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten zu unterstützen haben, wenn „lebenswichtige Interessen des Westens" bedroht sind. Wie die Hilfe der Europäer aussehen soll, wurde von US-Verteidigungsminister Weinberger folgendermaßen beschrieben: sie sollen Überflugrechte für US-Maschinen mit Kampftruppen gewähren, Flugplätze und Häfen für den Umschlag von Nachschubgütern zur Verfügung stellen, ihre Waffen- und Treibstoffdepots öffnen und schließlich Reservisten einberufen, wenn die U.S.Army aus Europa Truppen abzieht.
Für die BRD war dies ein eklatanter Bruch mit ihrer bisherigen Politik. Noch im Yom-Kippur-Krieg 1973 hatte Bonn protestiert, als die USA von Basen in der Bundesrepublik aus die Israelis mit Nachschub versorgten. Die Bundesregierung wollte nicht in die Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Heraushalten können sich die Europäer jetzt nicht mehr – sie scheinen es auch nicht zu wollen.

Wartime Host Nation Support: Sprungbrett Europa

Am 15.4.1982 wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen USA und BRD das Wartime Host Nation Support-Abkommen (WHNS) über „Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg" abgeschlossen. Es regelt die Verstärkung der US-Truppen in der BRD im Falle von „Krise oder Krieg". Die BRD erklärt sich zur Gewährung militärischer und ziviler Unterstützung für diese Verstärkungstruppen bereit. 93 000 Reservisten sollen einberufen werden und Aufgaben übernehmen wie u.a. Unterstützung von US-AirForce-Teilen auf gemeinsamen Einsatzflugplätzen, Transport, Umschlag und Nachschubleistungen, des weiteren ist zivile Unterstützung vorgesehen wie z.B. Mitwirkung bei der Deckung des Bedarfs an zivilen Arbeitskräften, materielle Mobilmachungsergänzung (Kraftfahrzeuge, Bau- und Depotgerät).
Ein ähnliches Abkommen Bonns wurde im Dezember 1983 mit Großbritannien unterzeichnet, die USA wollen ähnliche Abkommen mit weiteren NATO-Staaten anschließen. Die Bundesregierung streitet zwar hartnäckig ab, daß WHNS etwas mit den Schnellen Eingreiftruppen zu tun hat. Doch ihre amerikanischen Freunde sehen das offensichtlich anders – irgendwo muß die versprochene Unterstützung ja zutage treten. Auf jeden Fall wurden die US-Truppen, die für jene Unterstützungsaufgaben in der BRD hätten bereitgestellt werden müssen, die nach WHNS jetzt von der BRD übernommen werden, jetzt für Einsätze im Mittleren Osten vorgemerkt.[42] Darüberhinaus heißt es von US-Seite, daß man sich mit den europäischen Verbündeten bezüglich host nation support für Verantwortlichkeiten in der Golfregion „im Gesprächsstadium" befinde und daß die Alliierten schon „hilfreich bei der Unterstützung von RDF-Übungs-Aufmärschen gewesen sind".[43] Caspar Weinberger erklärte in seinem Bericht an den Kongreß zum Haushaltsjahr 1983: „Wenn wir eine überlebensfähige konventionelle Verteidigungsfähigkeit in Europa und Südwestasien aufrechterhalten wollen, müssen wir deshalb auch zweiseitige Abkommen über host nation wartime support von US-Truppen erlangen."[44]
Wegen der enormen Entfernungen brauchen die USA nicht nur „zusätzliche Transportflugzeuge und Frachtschiffe", sondern auch eine höhere strategische Beweglichkeit", wie die Bundesregierung im „Verteidigungsweißbuch 1983" zutreffend feststellt.[45] Das heißt: Für militärische Eingreifaktionen in der Dritten Welt sind logistische Basen – gerade in Europa – besonders wichtig. Zum Beispiel die Rhein-Main Air Base, zu der im Kriegsfall der gesamte Zivilflughafen zugeschlagen würde, sowie der militärisch wichtige Hafen Bremerhaven. Um die Schnellen Ein-

greiftruppen rasch in die entfernten Gebiete verlegen zu können, verlangt Weinberger in seinem Jahresbericht 1983 die „Lokalisierung, Genehmigung und den Ausbau landgestützter Verlagerungsstandorte" sowie die „Erlangung von Überflug- und Zwischenlandungsrechten" und den „Abschluß von Unterstützungsabkommen mit Gastgeberländern (host nations) auf dem Wege nach und in Südwestasien". „Dieser host nation support reduziert die Transporterfordernisse für eine NATO-Verstärkung weitgehend und macht US-Unterstützungseinheiten für eine Verlegung der Schnellen Eingreiftruppen nach Südwestasien verfügbar." Wesentlich für die Eingreiftruppen ist die „Notwendigkeit des Zugangs zu Einrichtungen auf Zwischenstationen der Transportroute und zu regionalen Einrichtungen im Frieden und in Krisen."[46]
Auf der Wehrkundetagung in München im Februar 1983 betonte Verteidigungsminister Wörner, seit Jahren einer der eifrigsten Verfechter einer Beteiligung der BRD an den Öl- und Rohstoffsicherungsaufgaben der NATO, daß sich die BRD „aus den bekannten Gründen" nicht direkt an „notwendigen" Interventionen in der Ölregion beteiligen könne. „Sie hat aber viel getan, um die Lücken im Aufkommen der Verstärkungskräfte für Europa zu schließen. Wir haben kürzlich 6 zusätzliche Brigaden des Territorialheeres der NATO unterstellt und planen den Aufbau von 6 weiteren Brigaden als regionale Reserveverbände. Wir haben einer Erweiterung des Operationsgebietes der Bundesmarine an der Nordflanke zugestimmt und damit dem alliierten Befehlshaber größere Flexibilität in der Einsatz-Planung und -Führung ermöglicht. Wir haben vor allem durch das WHNS-Abkommen 93 000 Soldaten von logistischen Aufgaben in Europa entlastet."[47]
Schließlich sei noch aus dem Protokoll der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) vom November 1983 zitiert, in dem sich die Versammlung davon überzeugt zeigt,
„daß die Verteidigungspläne und Verpflichtungen der Verbündeten, die im Brüsseler Vertrag Eingang gefunden haben, die möglichen Konsequenzen von Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebietes in Betracht ziehen müssen und im Falle von Entwicklungen, die von den Verbündeten gemeinsam als direkte Bedrohung der lebenswichtigen Interessen des Bündnisses angesehen werden, die bereitwillige Unterstützung aller Verbündeten innerhalb des Vertragsgebietes vorhanden sein muß, um amerikanische Verlegung nach außerhalb des Vertragsgebietes zu ermöglichen."[48]
Alle diese bundesdeutschen Beiträge gehen auf Entscheidungen der sozialliberalen Koalition zurück, und bereits damals hatte das Verteidigungsministerium in einer internen Notiz vom Juni 1981 erkannt, es sei „problematisch . . ., daß gegenwärtig noch nicht mit ausreichender Genauigkeit zwischen den amerikanischen Forderungen unterschieden werden kann, die sich auf die Unterstützung des Verstärkungsprogramms für Europa (RRP) beziehen und denen, die für die Unterstützung des Schnellen Eingreifverbands gefordert werden."[49]
Weitere derartige Äußerungen finden sich im Verteidigungsweißbuch 1983. Die BRD ist also auf dem besten Wege, zum mittelbar beteiligten Aufmarschgebiet für Interventionen im Mittleren Osten zu werden.
Politisch-parlamentarisch kontrollierbar wären derartige Aktivitäten kaum. In diesem Zusammenhang ist die Begriffswahl im WHNS-Abkommen interessant, um nicht zu sagen verräterisch. Da wird nämlich mit zwei zentralen Begriffen operiert, die im Grundgesetz so nicht vorkommen: „Krieg" und „Krise". Im Grundgesetz ist vom Spannungs- und Verteidigungsfall die Rede, deren Feststellung einem ausgeklügelten Verfahren unterworfen wird, an dem der Bundestag wesentlich beteiligt ist. In Art. 1 des WHNS-Abkommens steht nun, daß die Vertragsparteien – Bundesregierung und US-Regierung gemeinsam feststellen, *„wann eine Krise oder ein Krieg besteht"*. Damit verschafft sich die Bundesregierung – am Parlament vorbei! – die Möglichkeit, zusammen mit der US-Führung einen Krisen- oder Kriegszustand auszurufen.
Auf dem gleichen Wege befinden sich die anderen europäischen NATO-Verbündeten. Einer allerdings meint wie so oft, selbst Großmacht spielen zu müssen und baut seine ganz eigene, nationale Eingreiftruppe auf. Teile von Frankreichs FAR („Force d'action rapide") wurden im Tschad bereits einem Praxistest unterworfen.[50] Sie soll 50 000 Mann umfassen.

Die Wegwerfverbündeten

Fazit also: Um zu verhindern, daß die Nationen der „Dritten Welt" einen gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen erhalten und um die gegenwärtigen ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Erster und Dritter Welt gegen politische Veränderungen in der Dritten Welt abzusichern, greifen USA und NATO in verstärktem Maß zu militärischen Mitteln. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich die Vietnam-Pleite wiederholt. Unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß solcher Operationen u.a. am Persischen Golf ist jedoch, daß die Sowjetunion sich aus solchen Konflikten heraushält.
Mit anderen Worten: die ungehinderte Ausbeutung von Rohstoffquellen in der Dritten Welt fällt um so leichter, je mehr es gelingt, die Sowjetunion zu „neutralisieren". Und um sie zu neutralisieren, müssen der Sowjetunion woanders Gegenoffensiven angedroht werden können, wo der Westen stärker ist. Und das ist er nicht am Nordpolarmeer oder vor Sachalin, sondern in Europa. Hier sind die „Verbündeten" der Sowjetunion, von denen im Ernstfall nicht genau gesagt werden kann, wieviele ihrer Truppen in eine ganz andere Richtung schießen werden – vielmehr könnte „die Bevölkerung im westlichen Vorfeld der Sowjetunion Hoffnung auf Befreiung von unliebsamen Systemen schöpfen."[51] Hier kommt man auch am ehesten an die militärischen, politischen und indu-

striellen Zentren der Sowjetunion heran. Nur so macht eine Eingreiftruppe Sinn. Die Westeuropäer profitieren von dieser Rohstoffsicherung am meisten und haben sich deshalb schon 1981 zu einer Unterstützung solcher Operationen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets verpflichtet, schließlich wollen die USA nicht allein die Drecksarbeit machen.
Allerdings bedeutet das für das Pulverfaß Europa, bereits heute die Region mit der größten Militärkonzentration der Erde, eine noch brenzligere Situation als sie ohnehin schon besteht. Die „Abschreckungsdominanz", mit der die Sowjets zu weltweitem Wohlverhalten gezwungen werden sollen, knüpft das Schicksal Europas an den seidenen Faden der Stabilität der Golfregion. Die traditionelle Trennung zwischen dem „Süden", wo Krieg auch nach 1945 ein Mittel der Politik war, das auch ausgiebig angewandt wurde, und dem „Norden", wo atomare Abschreckung den Krieg undenkbar machen sollte, ist damit aufgehoben. Westeuropa wird also gleichzeitig zu einer reinen Aufmarschbasis degradiert. Nicht mehr Westeuropa, sondern bestimmte Regionen der Dritten Welt stehen nunmehr im Zentrum der globalstrategischen Interessen der USA.
Damit eine solche Konzeption glaubwürdig ist, muß sie mit kalkulierbaren (= kalkuliert tragbaren) Risiken für die eigene Seite durchführbar sein. Konkret heißt das: Kriegführung in Europa muß für die USA machbar sein, ohne daß ein solcher Krieg auch auf US-Territorium übergreift, d.h. in einen nuklearstrategischen Krieg eskaliert, der das Ende wäre.
Dies ist auch einer der Gründe, warum die NATO unbedingt die Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik stationieren wollte. Es ist kein Zufall, daß die Pershing II (ebenso wie übrigens die landstationierten Cruise missiles des „Nachrüstungsbeschlusses" auch) schon 1981 in Vorstudien zum AirLand-Battle-Konzept aufgeführt wurden.[52] Die Pershing II zählt ausdrücklich nicht zum nuklearstrategischen Arsenal der USA, kann aber dennoch Ziele in der Sowjetunion punktgenau treffen.
Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, eignet sich die Pershing II kaum als Zweitschlags- oder Vergeltungswaffe, sondern eigentlich nur als Ersteinsatzwaffe. Welche Rolle die Pershing II in den Gegenoffensivkonzeptionen der US-Administration spielen könnte, führten schon 1980[53] Colin S. Gray und Keith Payne, damals Mitarbeiter des Hudson Institute von Herman Kahn, heute einflußreiche Berater Ronald Reagans, in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Victory is possible" – „Sieg ist möglich" aus. OriginaltonGray/Payne:
„Die erschreckendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder schwere Schädigung ihres politischen Systems. Deshalb sollten die USA imstande sein, wesentliche Führungskader, deren Kommunikationsmittel und einige ihrer Kontrollinstrumente zu vernichten. Die UdSSR mit ihrem überzentralisierten Machtgefüge und ihrer riesigen Bürokratie in Moskau wäre für einen solchen Angriff höchst verwundbar. Die Sowjetunion könnte aufhören zu funktionieren, wenn ihr Sicherheitsdienst, der KGB, lahmgelegt würde. Wenn die Moskauer Bürokratie eliminiert, beschädigt oder isoliert würde, könnte die UdSSR in Anarchie auseinanderbrechen; deshalb die extensiven Luftschutzmaßnahmen, die das Überleben der Sowjet-Führung sichern sollen. Wohlüberlegte Zielplanung durch die USA und die Beschaffung entsprechender Waffen könnte der UdSSR die Gewißheit ihres politischen Überlebens streitig machen."
So „chirurgisch" könnte man den Kreml aus dem Antlitz der Erde herausoperieren (oder es wenigsten androhen) daß sich der collateral damage, der Nebenschaden, selbst in Moskau in Grenzen hält. Dann noch das KGB-Hauptquartier, und wer weiß? Vielleicht rennt das Volk jubelnd auf Straßen und Plätze, um das Befreiungswerk zu vollenden – Happy end (meinen Gray & Payne). Denn dann könne man „die Heraufkunft einer Weltordnung ins Auge fassen, die mit den westlichen Werten vereinbar ist."
Im Kreml-Bunker pulverisiert zu werden, ohne die Chance einer Gegenreaktion: Diese Furcht soll die Sowjet-Führer in letzter Instanz zu weltweitem Wohlverhalten zwingen.
Auch in diesem Zusammenhang ist die „Nachrüstung" in Europa zu sehen. Von Europa her globalstrategischen Flankenschutz für kriegerische Operationen in der Ölregion zu geben, dazu war bisher weder die Bundeswehr fähig noch die in Westeuropa stationierten Atomwaffen. Diese hatten überwiegend kurze Reichweiten, keine konnte die UdSSR erreichen: auch die bislang am weitesten tragenden Pershing 1a fliegen maximal bis Warschau. Auch der Gegner konnte erkennen, daß diese Waffen ihn nur dann bedrohen, wenn er NATO-Gebiet mit erdrückender konventioneller Übermacht angreift. Die neuen Mittelstreckenraketen sind dagegen als flankierendes Drohpotential gegen Moskau wie geschaffen. Anders als die bisherigen strategischen Atomraketen Washingtons (und Moskaus) benötigen sie nämlich eine so kurze Flugzeit bis zu ihrem Ziel auf dem Territorium der gegnerischen Supermacht, in diesem Fall der UdSSR, daß diese kaum noch oder keine Zeit mehr hat, mit einem Zweitschlag zu reagieren. Statt einer halben Stunde, die die bisherigen strategischen Raketen (Interkontinentalraketen, die von Kontinent zu Kontinent fliegen), benötigen, ist die Pershing II schon in 5-7 Minuten in Moskau. Moskau muß sich in wenigen Minuten überlegen, ob man das für einen Fehlalarm halten soll bzw. wie man reagieren soll.
Daß die Sowjets mit solchen Drohungen mit „chirurgischen" Pershing-Schlägen à la Gray/Payne in eine schwere Zwangslage kämen, liegt auf der Hand. Ihre Gegendrohung, jede Verletzung sowjetischen Territoriums mit einem Angriff auf das Gebiet der USA zu ahnden, ist unglaubwürdig. Sie haben nicht die Waffen für entsprechend präzise Gegenschläge. Sie müßten, selbst wenn sie nur ein paar Projektile abfeuern, ungleich schlimmer wüten und mit einem wiederum schlimmeren Drittschlag der

Amerikaner rechnen, mithin den totalen Krieg riskieren. Selbst eine SS-20, vom äußersten Ostzipfel der Sowjetunion nach Kalifornien gestartet, würde mit ihrem 200-kt-Sprengkopf gegenüber der maximal 10-kt-Explosion der Pershing eine hochgradige Eskalation bedeuten.
Angesichts dieses Horrortrips wären die Sowjets gut beraten, bei der Ausgangs-Konfrontation gleich stillzuhalten oder nachzugeben – bevor auch nur die erste Pershing II ihr Ziel gefunden hat, sagt die Lehre der „Abschreckungsdominanz".
Quintessenz also: das „Kriegstheater" bleibt von vornherein auf Europa begrenzt; das ist die Logik des „begrenzten Atomkriegs". Auf diese Logik hat sich mittlerweile auch die Sowjetunion eingelassen.

Nachrüstung à la UdSSR

Schon vor der Stationierung der Pershing II und der Cruise missiles Ende 1983 hatte die Sowjetunion angekündigt, sie werde auf diese qualitativ neue Bedrohung mit der Aufstellung von Kurzstreckenraketen vom Typ SS-21, 22 und 23 in der DDR und ČSSR reagieren. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London und ein ungenannter hoher Beamter des Pentagon erklärten Anfang Juni 1983, mit der Aufstellung dieser Raketen sei bereits begonnen worden.[54] Am 24.10.1983 erklärte das sowjetisce Verteidigungsministerium, mit der Aufstellung werde begonnen, wenn die NATO Pershing II und Cruise missiles in Westeuropa stationierte. „Diese Schritte sind von der Natur der angekündigten Gegenmaßnahmen für den Fall, daß die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden. Sie sind darauf gerichtet, das Gleichgewicht der Nuklearsysteme zwischen Warschauer Pakt und NATO in Europa aufrechtzuerhalten" so TASS.[55]
Diese Raketen haben eine Reichweite von 900 km (SS-22), 500 km (SS-23) bzw. 120 km (SS-21). Ihre Sprengkraft ist nicht genau bekannt; das IISS gibt 500 kt für die SS-22 an. Im Gegensatz zu den SS-20-Daten hält die Bundesregierung Daten über die neuen sowjetischen Kurzstreckenraketen geheim. Überhaupt mutet es befremdlich an, wie diejenigen Leute auf diese Raketen reagieren, die sonst auf die leisesten Gerüchte einer sowjetischen Aufrüstung in lautes Wehgeschrei ausbrechen. Hatte noch das IISS im Juni 1983 die neuen Raketen als „wesentlich gefährlicher" als das bisherige eurostrategische Raketenarsenal Moskaus bezeichnet, so spielte kurz darauf Wörner diese Raketen als „eine seit Jahren laufende Modernisierung" herunter[56] – eine Behauptung, die allein schon durch die Äußerung seines Parteifreunds Jürgen Todenhöfer unglaubwürdig wirkt, die Sowjetunion werde exakt 108 SS-22-Raketen in der DDR und ČSSR stationieren, was der Anzahl der Pershing-2-Raketen entspräche.[57]

Auf die Frage der Grünen im Bundestag, welche militärischen Wirkungen die SS-22 erbringt, die andere sowjetische Atomwaffen nicht erbringen, erklärte die Bundesregierung lapidar, die Sowjetunion gewänne dadurch „zusätzliche Möglichkeiten".[58] Auch der westdeutsche Blätterwald und die „öffentlich-rechtlichen" Medien wollten plötzlich nichts mehr von kippenden Gleichgewichten mehr wissen, es gab keine Schlagzeilen und Horrormeldungen über neue Russenraketen und „erpresserische Absichten" der Sowjetunion mehr. Herunterspielen, abwiegeln, verharmlosen, verschweigen – das ist jetzt das Motto der Nachrüster in Politik und Presse. Zu offensichtlich ist der Zusammenhang zur westlichen Vorrüstung, zu offensichtlich der Kohl-Spruch „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" als verlogene Propaganda entlarvt.
Dabei gewinnt die Sowjetunion mit den neuen Raketen tatsächlich auch neue militärische Optionen, und darauf kommt es bei der ganzen Aufrüsterei schließlich an. Es stimmt eben nicht, wenn Günther Gillessen, Militärschreiber der FAZ, beschwichtigt, die SS-21-23 seien bloß eine „Modernisierung" veralteter Waffen, für die es keine Ziele in Westeuropa gebe, die nicht ebenso gut oder besser auch von der SS-20 bedroht werden können. Wollte die Sowjetunion diese Raketen nur vergeltungshalber, in Zweitschlägen einsetzen, träfe dies zu. Die Reichweite der neuen Raketen wurde gegenüber ihren Vorgängern (SS-12 „Scaleboard", SS-1 „Scud" und FROG-7 vergrößert, entscheidend aber ist: im Gegensatz zu diesen altertümlichen Waffen werden SS-21, 22, 23 samt Atomsprengkopf erstmals auch außerhalb der Sowjetunion, gleich hinter der Blockgrenze stationiert. Auf diese Weise will die Sowjetunion der Pershing-II-Bedrohung begegnen.
Wie schon ausgeführt, ist die Pershing II extrem destabilisierend, weil sie praktisch ohne Vorwarnzeit einschlägt und die alte Logik des „wer als erster schießt, stirbt als zweiter" in ein „wer als erster schießt, gewinnt" verkehrt. Wenn die Sowjets davon überzeugt sind, daß ein Pershing-Einsatz à la Nachrüstung bevorsteht, stehen sie in militärischer Logik allemal besser da, wenn sie diese Pershings rechtzeitig „ausschalten". Für diese Zwecke sind nun die SS-22/23 erheblich besser geeignet als die SS-20, weil sie nämlich eine noch geringere Vorwarnzeit (praktisch keine mehr) haben.
Dieselbe Logik gilt umgekehrt natürlich auch für die USA: Wenn das Pentagon glaubt, im Kreml werde überlegt, ob man die Pershings präventiv ausschalten soll, bevor sie eingesetzt werden (ob das die USA tatsächlich vorhaben oder nicht, spielt keine Rolle), stehen die USA natürlich besser da, wenn sie die Pershings vor einem solchen Präventivschlag rechtzeitig abschießen usw. Unterm Strich haben bei einem solchen „showdown" natürlich die USA die besseren Karten – die betroffenen und möglicherweise „auszuschaltenden" Raketen stehen alle in Europa, sog. „zivile Nebenschäden" entstehen auch nur dort. Auf eine solche

„Regionalisierung“ und „Begrenzung“ des Atomkriegs und die Logik des „wer als erster schießt, gewinnt“ hat sich die Sowjetunion mit der Stationierung dieser neuen Kurzstreckenraketen eingelassen – entgegen allen offiziellen Verlautbarungen.

Die einzige Funktion dieser Raketen ist die rechtzeitige Ausschaltung der Pershing-II-Stellungen in Baden-Württemberg und ggf. der Cruise-missiles-Stellungen. Dafür sind sie sehr viel besser geeignet als das bisherige sowjetische Raketenarsenal. Ein anderer militärischer Zweck für diese Raketen ergibt sich nicht. Faktisch heißt das: die Sowjetunion läßt sich auf den begrenzten Atomkrieg ein und stellt ihren selbsterklärten Ersteinsatzverzicht stark in Frage. Dies trägt zu einer weiteren Destabilisierung der Lage bei. Sind schon die Pershings typische Erstschlagsraketen (nach einem sowjetischen Erstschlag bleibt von ihnen nichts mehr übrig, für einen Zweitschlag sind sie also nicht geeignet), stehen solche Raketen jetzt auch auf der Gegenseite.

Ein Nebeneffekt ist, daß der Einsatz der Pershing II zunächst einmal primär gegen diese Kurzstreckenraketen und vom sowjetischen Territorium wegggelenkt werden soll (in der Tat: 70 % der geplanten Pershing-Zielorte sollen in den osteuropäischen Staaten liegen, z.B. in Form der SS-22/23-Stellungen.[59]) Selbst die beliebten apokalyptischen Zitate gibt es bereits:

Wenn Sie ein Waffensystem als Erstschlagswaffe qualifizieren, dann bedeutet das: Sie können nicht zulassen, daß diese Waffe eingesetzt wird, denn der Preis ist zu hoch. Bei der Pershing II haben wir es aber nicht nur mit einem Erstschlagssystem zu tun, es geht um Enthauptung. . . Nehmen Sie einmal für einen Moment an, man stellt fest, daß die Pershing II in eine gefährliche Position gebracht werden. Es gibt eine Menge Anzeichen, an denen man erkennen kann, daß sie gestartet werden sollen. . . Ein Punkt ist absolut klar: Die Reaktion muß augenblicklich erfolgen. Ich würde sagen, sie muß präemptiv erfolgen. Denn die Frage einer Enthauptung ist eine Frage von Leben und Tod! (Prof. Radomir Bogdanow, Direktor des USA-Institutes in Moskau, Blätter für dt. und internat. Politik 6/83 S. 782)

Die Sowjetunion spielt dieses Spiel also mit, in der Hoffnung, Amerikas „begrenzten Krieg“ selber noch einmal begrenzen zu können und Warschauer-Pakt-Territorium nur in Form der „Verbündeten“ miteinzubeziehen. Mit dem Pathos einer „Friedensmacht“, mit dem sich die Sowjetunion propagandistisch so gerne umgibt, ist das nicht vereinbar. Die Sowjetunion hätte keinerlei defensive militärische Abschreckungsoptionen eingebüßt, wenn sie auf die US-Strategien nicht militärisch reagiert hätte, sondern mit einer friedenspolitischen Offensive.

Im Kreml haben sich angesichts des militärischen Drucks durch die US-Mittelstreckenraketen die „Falken“ durchgesetzt, die ebenfalls auf eine Politik der Stärke setzen. Hätte die Sowjetunion die Bedrohung durch

die neuen US-Strategien ernstgenommen, hätte sie beispielsweise die SS-20 oder Teile davon einseitig abbauen können. In den Denkkategorien der Abschreckungs- und Machtpolitik wäre das eine schwere Niederlage gewesen, doch die NATO-„Nachrüstung“ wäre nicht mehr durchsetzbar gewesen. Militärisch hätte sie das nichts gekostet, allenfalls hätten ein paar Interkontinentalraketen auf Ziele in Westeuropa umprogrammiert werden müssen. Wenn man, wie die Sowjetunion öffentlich erklärt hat, Atomwaffen nur als Zweiter einsetzen will, dann reichen 8 880 strategische Sprengköpfe (Ende 1983) völlig aus, den ganzen Erdball einschließlich Europa mehr als nur vollständig in die Luft zu jagen. Stattdessen ist man auch im Kreml der Meinung, es sei eine machtpolitische Niederlage, als erster mit der Abrüstung anzufangen. Lieber vollzieht man abermals Entwicklungen in den USA nach, ohne dabei wirklich die globalstrategischen Ambitionen der USA durchkreuzen zu können.

Atomkrieg aus Versehen?

Im April 1982 kündigten die Sowjets an, nach der Stationierung der Pershing II könnten sie das sog. „launch on warning" (Abschuß nach Warnung) einführen.[60]
Die sowjetischen Interkontinentalraketen würden demnach so programmiert, daß sie sofort abgeschossen würden, wenn die sowjetischen Frühwarnsysteme „eine unmittelbar bevorstehende Bedrohung der Sowjetunion" registrierten, d.h. einen US-Atomangriff. Angesichts der extrem kurzen Flugzeit der Pershing II und der US-Strategievorstellungen von „chirurgischen Nadelstichen" auf die Sowjetunion erscheint das auch nicht unvorstellbar. Die Sowjetunion würde sich demnach in der Frage eines Raketenabschusses völlig von der Technik abhängig machen müssen, das menschliche Element würde wegfallen. Moskau würde also gar nicht mehr in den 5 Minuten Vorwarnzeit überlegen, ob das nun ein Fehlalarm ist oder nicht – es wird auf jeden Fall gestartet, die Raketen sind so programmiert. Wenn man sich überlegt, daß allein vom 1.1.79-30.6.80 in den US-Frühwarnsystemen 147 Fehlalarme auftraten, eine Reihe davon sogar beinahe zum Krieg geführt hätten,[61] und man sich überlegt, daß sowjetische Computer vermutlich mehr Fehler machen als amerikanische, kann man sich überlegen, wie lange wir noch leben. Der nächste Moskauer Computerfehler wäre dann lebensgefährlich. Mehrfach wiederholt wurden diese Ankündigungen im November 1982. Die amtliche Nachrichtenagentur Novosti erklärte, die Tatsache, daß die Pershing II die Sowjetunion binnen weniger Minuten erreichen kann, schließe die Möglichkeit aus, einen militärischen Konflikt abzuwenden, wenn er erst einmal, auch als Resultat menschlichen oder technischen Versagens, begonnen worden sei. „Es bleibt dann nur der atomare Antwortschlag. Eine andere Alternative gibt es nicht." (7.12.82) Dass sich der Kreml allerdings tatsächlich in eine solch lebensgefährliche Abhängigkeit von Computersystemen begibt, mag bezweifelt angenommen werden.

Schlachtfeld Europa

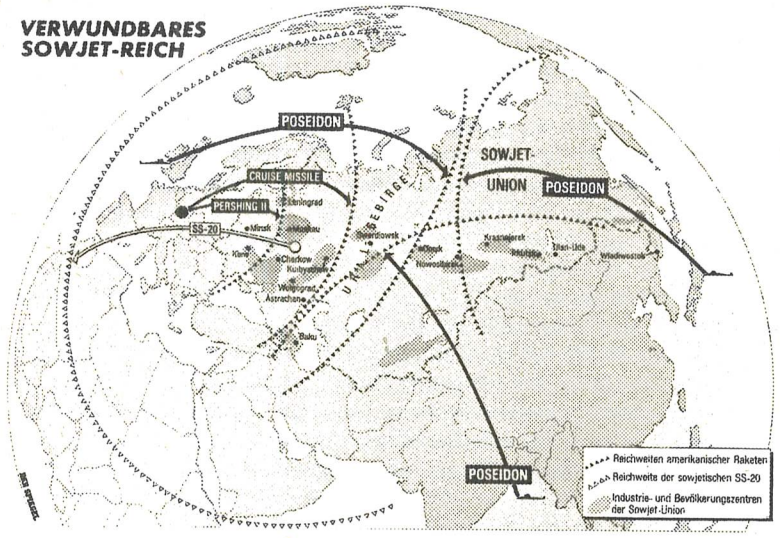
Um die Tragweite dessen zu erkennen, muß man sich noch einmal die alte Abschreckungstheorie vor Augen halten: Bisher brauchte keine Supermacht einen nuklearen Angriff (Erstschlag) ernstlich zu befürchten, da sie ja eine gesicherte Zweitschlagskapazität hatte. Ein Atomkrieg wäre bestenfalls als ungewollte Eskalation oder aber durch technische Pannen (faktischer Erstschlag als hypothetischer Zweitschlag) denkbar gewesen. Kalkulierte Erstschlagsdrohungen à la Gray/Payne wären unmöglich gewesen.
Mit dem Wegfall der Vorwarnzeit ändert sich das jetzt grundlegend. Die amerikanischen Präzisionswaffen und die sowjetischen Kurzstreckenraketen schaffen völlig andere Voraussetzungen, mit denen die alte Abschreckungstheorie praktisch auf den Kopf gestellt wird. Atomwaffen haben jetzt nicht mehr die (im Grunde paradoxe) Funktion, von ihrem Gebrauch abzuschrecken. Als Waffen, die frühzeitig eingesetzt werden müssen, damit sie nicht selbst zerstört werden („to use or to lose") führen sie nicht zur Krisenstabilisierung, sondern zur Kriseneskalation bzw. erhöhen das Risiko dazu. Der Druck, diese Waffen einzusetzen, verstärkt sich fortdauernd selbst, weil stets befürchtet werden muß, daß dem jeweils anderen die Krise zu riskant wird – und er einen Erstschlag auf sich selbst nicht mehr nur befürchtet, sondern schon mit ihm rechnet – und infolgedessen selbst den Erstschlag auf diese ihn bedrohenden Raketen auslöst, um sich selbst zu retten, bzw. es zu versuchen. Die eigentliche Abschreckung wird auf die schon vorhandenen, seegestützten „unverwundbaren" strategischen Raketen reduziert.
Seit der Pershing II und der dahinterstehenden Strategien haben Atomwaffen erstmals nicht mehr nur oder fast nur politische Bedeutung, sondern jetzt auch militärische – ein Schritt zur Remilitarisierung von Atomwaffen (und damit zur Führbarmachung des Atomkriegs).
Allerdings ist es nicht gesagt, daß der Kreml dieses Spiel von Gegenoffensiv-Drohungen, horizontaler Eskalation und als Folge dann weltpolitische Neutralisierung der Sowjetunion so ohne weiteres mitmacht, – denn einmal einer solchen Drohung nachgegeben, würde das ein unabsehbarer Verlust an politischem Einfluß im globalstrategischen Mächtegleichgewicht nach sich ziehen.
Der frühere US-Admiral Gene LaRocque hat nicht so unrecht, wenn er sagt: Unglücklicherweise werden alle diese Kriegsstrategien im Ernstfall nach wenigen Stunden nutzlos sein, weil die gesamte Kriegsplanung so spekulativ ist." Niemand wisse, wie ein künftiger Krieg und seine unmittelbare Vorgeschichte ablaufen werden, weil dann unter den herrschenden Bedingungen Streß, Angst, Fehlannahmen, Zeitdruck, Risikobereitschaft, Lageverkennungen, Realitätsverlust und andere irrationale Faktoren das Handeln bestimmen, siehe Erster Weltkrieg.
Angenommen, Moskau hat also nicht die Absicht, sich weiterhin einschüchtern zu lassen. Was liegt dann näher, als das Risiko einer weiteren Eskalation einzugehen (in der Hoffnung, dann immer noch besser wegzukommen als mit Klein-Beigeben), will heißen: die angedrohten Pershing-Nadelstiche vorher auszuschalten – mit einem SS-21/22/23-Präventivschlag auf die Bundesrepublik, dem alleinigen Stationierungsort? So irreal ist das nicht (besonders die westlichen „Falken" müßten bei der abgrundtiefen diabolischen Bosheit der Sowjets dies eigentlich am meisten befürchten). Jedesmal, wenn die beiden Großen mit gezogenem Atomcolt aufeinander losgehen (ob es dann zur natürlich nicht öffentlich ausposaunten Pershing-Nadelstich-Drohung kommt oder nicht) wird Europa, allen voran die BRD, ohnmächtig in der Schußlinie stehen. Oder wie das „Bulletin of the Atomic Scientists" in einer Untersuchung über

die Pershing II schrieb: *„Die Europäer werden in eine tödliche Konkurrenz verwickelt, über die sie keinerlei Kontrolle haben und aus der es für sie keinerlei Fluchtwege gibt."*[62]
Horst Afheldt hat diese Sicherheitspolitik „Ziegen-Theorie" genannt, weil sie einer Strategie ähnele, die indische Dorfbewohner anwenden, wenn sie von einem Tiger bedroht werden: Sie binden eine Ziege an einen Baum, wenn der Tiger kommt und sie reißt, hat man ihn. Nur spielt in diesem Vergleich Europa die Rolle der Ziege.
Einen solchen Zustand als „Sicherheitspolitik" zu bezeichnen, verlangt große Kühnheit und noch mehr Selbstäuschung. *„Wenn ich ein Holländer oder ein Deutscher wäre"*, sagt der Amerikaner und frühere Pentagon-Insider Earl Ravenal, *„dann würde ich mich heute nicht fragen, ob mir der nukleare Schutz durch Amerika weiterhin erhalten bleibt. Ich würde mich fragen, ob ich mir diesen Schutz zu den neuen Bedingungen überhaupt noch leisten kann."*[63]
Das pathetische Gerede der Bundesregierung von der „atlantischen Schutzgemeinschaft" entlarvt sich hier endgültig als reine Ideologie – die sich letztlich auch gegen die westeuropäischen „Partner" der USA richtet. Für sie wächst die Gefahr, in einen bewaffneten Supermacht-Konflikt via horizontale Eskalation mit hineingezogen zu werden – gleichzeitig werden sie damit zunehmend für die USA erpressbar. Die USA entziehen damit der NATO-Mitgliedschaft der BRD die Geschäftsgrundlage. Also eine weltweite Arbeitsteilung besonderer Art: Der Nahe und Mittlere Osten ist der wahrscheinliche Zündfunke für einen neuen Krieg, Europa ist das Pulverfaß. Die verbindende Lunte ist Weinbergers „horizontale Eskalation". Die Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt hängen mit unserem Bemühen um die Verhinderung eines begrenzten Atomkriegs in Europa also enger zusammen als uns dies oft bewußt ist – spätestens die neuen Globalstrategien der USA machen dies klar.

. . . SS-20?

In diesem Kontext ist die „Nachrüstung" zu sehen, die in den vergangenen Jahren den „außen- und sicherheitspolitischen Konsens" der staatlich geprüften Parteien in der Bundesrepublik erschüttert hat. Die offiziellen Begründungen der jeweiligen Bundesregierungen, die Vorrüstung der Sowjetunion mit ganz neuen und extrem gefährlichen SS-20-Raketen und die Notwendigkeit, endlich wieder ein Gleichgewicht herzustellen, um nicht der Sowjetunion gegenüber erpressbar zu werden (wie soll das eigentlich aussehen?), haben mit den tatsächlichen Gründen wenig zu tun. Weil damit aber eine so grandiose Roßtäuscherei betrieben wurde, seien sie nochmal kurz widerlegt.
Die Begründung, die „Nachrüstung" sei wegen der sowjetischen SS-20 notwendig geworden (allein schon der Terminus „Nachrüstung", eine

unstreitig clevere Erfindung Genschers, hat mit ihren eigentlichen Ursachen nicht das geringste zu tun), ist nicht stichhaltig. Denn seit 1970 schwimmen im Mittelmeer und im Atlantik mehrere Poseidon-U-Boote (s.o.), die dem NATO-Oberbefehlshaber Europa (SACEUR – Supreme Allied Command Europe) unterstellt sind (also eindeutig „eurostrategische" Waffen). Jedes dieser U-Boote hat 16 Raketen an Bord, von denen wiederum jede 10 Sprengköpfe trägt – mit einer Reichweite von 5.200 km, mithin das eigentliche Gegenstück zur SS-20. (Carter betonte einmal, allein ein einziges Poseidon-U-Boot könne jede Stadt über 100 000 Einwohner in der UdSSR auslöschen). Nur diese Raketen können auch die SS-20 Stellungen bis hinter den Ural erreichen – die Nachrüstungs-Präzisionswaffen aber nicht, auch die Cruise missiles nicht.[64]
Und noch ein Jahr vor dem „Nachrüstungsbeschluß" (vom 12.12.1979) stellte der damalige Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Bülow vom Bonner Verteidigungsministerium im Bundestag fest, die SS-20 sei zwar eine ernsthafte Bedrohung für die NATO, stelle aber deren Abschreckungseffekt nicht in Frage:
„Selbst ein Einsatz aller sowjetischen Nukleargefechtsköpfe würde das westliche Verteidigungspotential nicht völlig ausschalten (. . .) Mit Sicherheit würden die französischen, englischen und der NATO unterstellten amerikanischen U-Boote mit ballistischen Flugkörpern überleben und allein schon zu einem für die Sowjetunion nicht tragbaren Gegenschlag führen."[65]



Die Industrie- und Bevölkerungszentren der Sowjet-Union in der Reichweite amerikanischer U-Boot-Raketen vom Typ „Poseidon"

Die Atom-U-Boote der NATO sind auch heute noch für sowjetische Raketen unverwundbar und waren ohne weiteres in der Lage, einen „für die Sowjetunion nicht tragbaren Gegenschlag" zu führen. Woher kommt es also, daß die NATO plötzlich unbedingt zusätzlich noch landgestützte Mittelstreckenraketen wollte?
Für die Abschreckung hätte ja schon ein „nicht tragbarer Gegenschlag" völlig ausgereicht, und den hätte die NATO ja laut Bundesregierung per Poseidon führen können. Sie kann das im übrigen auch heute noch, denn die U-Boote wurden bislang nicht abgezogen. Außerdem wären bei einem sowjetischen Erstschlag landgestützte Raketen ohnehin wertlos, weil sie einen solchen Schlag nicht überleben würden. Spätestens hier verfängt sich die offizielle Argumentation in unauflösbare Widersprüche. Der Rüstungs-Analytiker Milton Leitenberg vom „Institut für auswärtige Politik" in Stockholm schrieb darüber im Frühjahr 1980 in einem Aufsatz über „Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO (Warschauer-Vertrags-Organisation):
„Tatsächlich sind es die mit Mehrfach-Sprengköpfen bestückten, amerikanischen Poseidon-U-Boot-Raketen, die das Gegenstück der NATO zur SS-20 darstellen. Sie waren auch die ersten mit Mehrfach-Sprengköpfen ausgerüsteten Mittelstreckenraketen in Europa (1970) und nicht die SS-20 (1977)."
Leitenberg weiter: „Früher hielt es die NATO für einen Vorzug, die bodengestützten Quick-reaction-alert-Flugzeuge (QRA, gleich „Alarmstart"), die zu den euronuklearen Potentialen großer Reichweite beitrugen, durch zusätzliche Poseidon-Gefechtsköpfe zu ersetzen! Der Grund dafür war, daß letztere absolut sicher waren und „stabilisierend" wirkten, da sie weder durch konventionelle noch durch nukleare Angriffe der UdSSR zerstört werden konnten und damit keine nuklearen Präventivschläge der UdSSR herausforderten. . .
Es war die eigene Entscheidung des Bündnisses, Poseidon-Gefechtsköpfe zu entwickeln und nicht ein landgestütztes System, und dies wurde als wünschenswert angesehen. Ein zusätzlicher Aspekt war, daß die Verlegung der nuklearen Mittelstreckenkapazitäten der NATO weg von land- auf seegestützte Basen die Zahl der Ziele auf westeuropäischem Territorium für die sowjetischen Raketen verringerte.
Auch passen die Poseidon-Gefechtsköpfe hervorragend zum Wunsch der Bundesrepublik, die taktischen Nuklearwaffen der NATO und die amerikanisch-strategische Abschreckung eng zu koppeln. Doch plötzlich verschwanden sie völlig aus der öffentlichen Diskussion."
„Die westliche Strategie schien auf einmal kopfzustehen. Da gab es schon eine Gegenwaffe gegen das neue sowjetische System – die aber aus der Diskussion und aus dem NATO-Konzept verschwand, just in dem Moment, in dem sie wirklich gebraucht wurde.
Denn sehr im Gegensatz zu dem, was die Nachrüstungs-Verfechter heu-

te über die Unzuverlässigkeit und Zielungenauigkeit von seegestützten Raketen verbreiten, entsprechen die Merkmale der Poseidon-Raketen neuesten Typs ungefähr denen der SS-20 – wo sie sie nicht deutlich übertreffen: durch ihre Unverwundbarkeit zum Beispiel, aber auch in ihrer Treffgenauigkeit."[66]
Gleichwohl werden die Poseidon-Raketen in der offiziellen Argumentation, z.B. der Bundesregierung, nie zu den eurostrategischen Mittelstrekkenpotentialen der NATO gerechnet (wofür sie angeschafft wurden und weshalb sie nicht direktem US-Befehl, sondern dem – freilich stets von den USA gestellten – NATO-Oberbefehlshaber unterstehen) – so mußte natürlich eine „Raketenlücke" im Westen entstehen.
Eine Raketenlücke, die im übrigen durch den „Nachrüstungsbeschluß" gravierender wurde. Noch in der ersten Jahreshälfte 1979 sprachen westliche Militärexperten von lediglich ca. 1 Dutzend SS-20-Raketen[67], die in der Sowjetunion disloziert worden seien. Im März 79 bezifferte Paul C. Warnke, der US-Chefunterhändler bei SALT-2 und frühere ACDA-Direktor, die Gesamtzahl der stationierten SS-20 mit 70. Im November 1979 nannte Außenminister Genscher eine Zahl von 100 SS-20 mit 300 Sprengköpfen.[68] Diese Zahl nannte auch das Pentagon im Dezember 1979 in einem Bericht an den Auswärtigen Ausschuß des Senats. 60 davon seien auf Westeuropa gerichtet, der Rest auf China. Der damalige sowjetische Parteichef Breschnew bot im November 1979, als sich der „Nachrüstungsbeschluß" bereits abzeichnete, der NATO ein beiderseitiges Mittelstreckenraketenmoratorium an, um den „Nachrüstungsbeschluß" zu verhindern. Die NATO lehnte ab, beschloß am 12.12.1979 die „Nachrüstung", lehnte auch weiterhin ein Moratorium als „Festschreibung der sowjetischen Vorrüstung" ab, während sich die Zahl der SS-20 immer mehr erhöhte. Ende 1983, als die NATO schließlich die Cruise missiles in Greenham Common (Britannien) und die Pershing II in Mutlangen und Heilbronn zu stationieren begann, waren bereits 378 SS-20 stationiert, mit 1134 Sprengköpfen. Im Oktober 1984 behauptete Caspar Weinberger, die Sowjetunion habe seit dem Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen „substantielle Zahlen" von weiteren SS-20 aufgebaut. Detaillierter befragt, gab er allerdings zu, die offizielle NATO-Zahl sei nach wie vor 378, er habe jedoch „persönlich das Gefühl, die Sowjetunion stationiere weiter SS-20 und werde damit auch künftig nicht aufhören."[69] Vermutlich hat er das Gefühl nur, weil die Niederlande nur dann ihre 48 „Nachrüstungs"-Cruise missiles stationieren wollen, wenn die Sowjetunion weiter SS-20 stationiert. Selbst in der NATO-Gleichgewichtsrechnerei macht der „Nachrüstungsbeschluß" keinen Sinn: 1134 Sprengköpfen SS-20, die nach Weinberger mehr werden, stehen dann 572 Pershing II und Cruise missiles-Sprengköpfe gegenüber. Ohne „Nachrüstung" und mit Mittelstreckenraketenmoratorium wäre die NATO also besser dagestanden – wenn es ihr um solche „eurostrategischen

Gleichgewichte“ ginge. Aber auch die Sowjets wären letztlich besser dagestanden, hätten sie einseitig keine SS-20 mehr stationiert.
Ähnliche Doppelbödigkeit legt die NATO bei den Poseidon-Raketen an den Tag.
Angesprochen auf die Poseidon heißt es stets ausweichend, diese seien in SALT-2 zur Sprache gekommen, also nicht eurostrategisch, sondern strategisch (strategic arms limitation talks), könnten also nicht mitgerechnet werden – auch so kann man Raketenlücken schaffen.
Früher galt die von den NATO-U-Booten bewirkte direkte „Ankoppelung“ Europas an die strategische Vergeltungsstreitmacht der USA stets als besonders abschreckend für die Sowjets und als wirksamer Schutz Europas. Dann aber fanden die U.S.Army und die US Air Force bei ihrer rastlosen Suche nach Frieden, Sicherheit und neuen Waffensystemen, daß es besser wäre, wenn der Präsident in seiner atomaren Eskalationsleiter noch weitere Stufen zur Verfügung hätte: Stufen zwischen den taktischen Atomwaffen (von der Atomartillerie bis zur 750 km weit reichenden Pershing 1a) einerseits und den strategischen Waffen andererseits.
Das Risiko dieser direkten Ankoppelung erschien den Pentagon-Strategen nämlich nunmehr als zu groß; sie entdeckten die Kehrseite ihrer unüberwindlichen U-Boot-Flotte im Hinblick auf Europa. Sie fürchten (oder geben es vor), ihre U-Boot-Raketen, würden sie für die Verteidigung Europas eingesetzt, könnten ihnen den Holocaust auf kürzestem Weg direkt ins eigene Haus bringen – wie in Szenarios beschrieben, in denen Raketenangriffe roter U-Boote auf Amerika gealpträumt werden.
„Das zu verhindern, ist nach dieser Doktrin nur durch neue landstationierte Waffen in Europa möglich. Nur sie sind geeignet, den Eskalationsgefahren für Amerika einen Riegel vorzuschieben, das Risiko abzublocken und zu verlagern: auf Europa.“[70]
Die Lösung also: neue landgestützte Mittelstreckenraketen mit einer drastisch verlängerten Reichweite bis tief in die westliche Sowjetunion hinein.

Der Doppelbeschluß

Mithin entpuppt sich die eurostrategische Raketenlücke der NATO als Vertrauenslücke der europäischen NATO-Partner in die USA – diese aber kann durch keinerlei Rüstungsmaßnahmen beschränkt werden. Letztlich wird so auch verständlich, warum die alte und neue Bundesregierung z.B. diesen für die BRD so gefährlichen Beschluß so vehement mitträgt.
„Am 28. Oktober 1977 hielt Schmidt vor dem Londoner 'International Institute for Strategic Studies' einen Vortrag, bei dem er auch auf die 'neuen Probleme' zu sprechen kam, die durch die 'veränderten strategischen Bedingungen' für Westeuropa entstanden seien. Er sagte: 'SALT schreibt das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und

den USA vertraglich fest. Man kann es auch anders ausdrücken: Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotientale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten (Ungleichheiten) auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West.'
Inhaltsschwere Worte: Denn mit zwei spröden Sätzen erklärte der deutsche Kanzler die bis dahin gültige Abschreckungstheorie und den amerikanischen Atom-Schutzschirm für Europa für null und nichtig. Was sonst konnte seine Aussage bedeuten?
Wenn die strategischen Waffen der beiden Supermächte einander 'neutralisieren', dann sind diese von den SALT-Abkommen erfaßten strategischen Waffen nur noch dazu gut, einen Angriff der einen Supermacht auf die andere abzuschrecken. Dann stehen die interkontinentalen Fernwaffen der USA für den Schutz der westeuropäischen NATO-Nationen vor einem sowjetischen Angriff nicht mehr glaubhaft zur Verfügung.
Dann kann Westeuropa nicht einmal mehr darauf zählen, daß wenigstens die der NATO zugeteilten amerikanischen Raketen-U-Boote weiterhin tun, wozu sie ursprünglich abkommmandiert wurden: die gegen Westeuropa gerichteten Mittelstrecken-Raketen der Sowjets auszugleichen.
Kurz, dann könnte eine Atom-Attacke gegen Westeuropa nur mit in Westeuropa stationierten Waffen abgeschreckt und abgewehrt werden. Dann bliebe ein Atomkrieg von vorneherein auf Europa beschränkt.
Die Bemerkung des Kanzlers rief in der 'defense community' beträchtliches Mißbehagen hervor. Die amerikanische Nukleargarantie für Europa ist schließlich die Basis der NATO. Was sollte werden, wenn ein so wichtiger Verbündeter wie Helmut Schmidt anfing, diese Garantie in Zweifel zu ziehen und, wenngleich verschlüsselt, als Bluff hinzustellen?
Leslie Gelb, damals Direktor für strategische Fragen im US-Außenministerium, erinnerte sich, Schmidts Rede habe deshalb 'wie ein Schock gewirkt'. Der deutsche Kanzler habe 'wie einst de Gaulle geklungen'.
Doch Schmidts isolierte Betrachtung der 'Grauzone' produzierte erst eine 'Abschreckungslücke' und eine ost-westliche Gleichgewichtsstörung, wo es vorher keine gab. Glaubte der Kanzler im Ernst, die SALT-Verträge bedeuten, daß die Supermächte ihre SALT-erfaßten Waffen nur noch zum totalen Endkampf verwenden dürfen?
Die Regierung Carter war da zunächst ganz anderer Ansicht. Sie fand, daß SALT II die Vereinigten Staaten keineswegs daran hindert, von ihren U-Booten in europäischen Gewässern aus sowjetische Mittelstreckenraketen anzuvisieren, die ihrerseits auf US-Stützpunkte in Europa gerichtet sind.
Nach dieser Einschätzung änderte die mit SALT angepeilte Parität zwischen den Supermächten weder etwas am Abschreckungseffekt der

US-Kernwaffen in und um Europa, noch berührte sie den amerikanischen Willen, einen sowjetischen Atomangriff auf Westeuropa auch mit 'strategischen' U-Boot-Raketen zu vergelten. Gerade darauf beruhte ja die Wirksamkeit der Abschreckung.

Die Gegner eines amerikanisch-sowjetischen Waffen-Gleichgewichts aber verfochten schon während des Wahlkampfs 1976 in den USA mit wachsender Vehemenz eine völlig konträre Auffassung. Ihre orwellianisch paradoxe Formel lautet: 'Parity means inferiority' – Gleichstand bedeutet Unterlegenheit. Edwin Meese, der Chefberater Ronald Reagans, drückte es später so aus: 'SALT führt zu permanenter Unterlegenheit der USA und zum Zerfall der westlichen Allianz.'

Will sagen: Nur wenn Amerika der UdSSR in jeder Beziehung überlegen sei (erst recht bei den strategischen Waffen), nur dann könne Amerika, das weit entfernte, dem Osten so nahe Westeuropa 'glaubhaft' beschützen. Nur aus einer übermächtigen Power-Position heraus könne der kontinentweite Inselstaat USA seine überseeischen Protektionsverpflichtungen von Japan bis Nahost erfüllen.

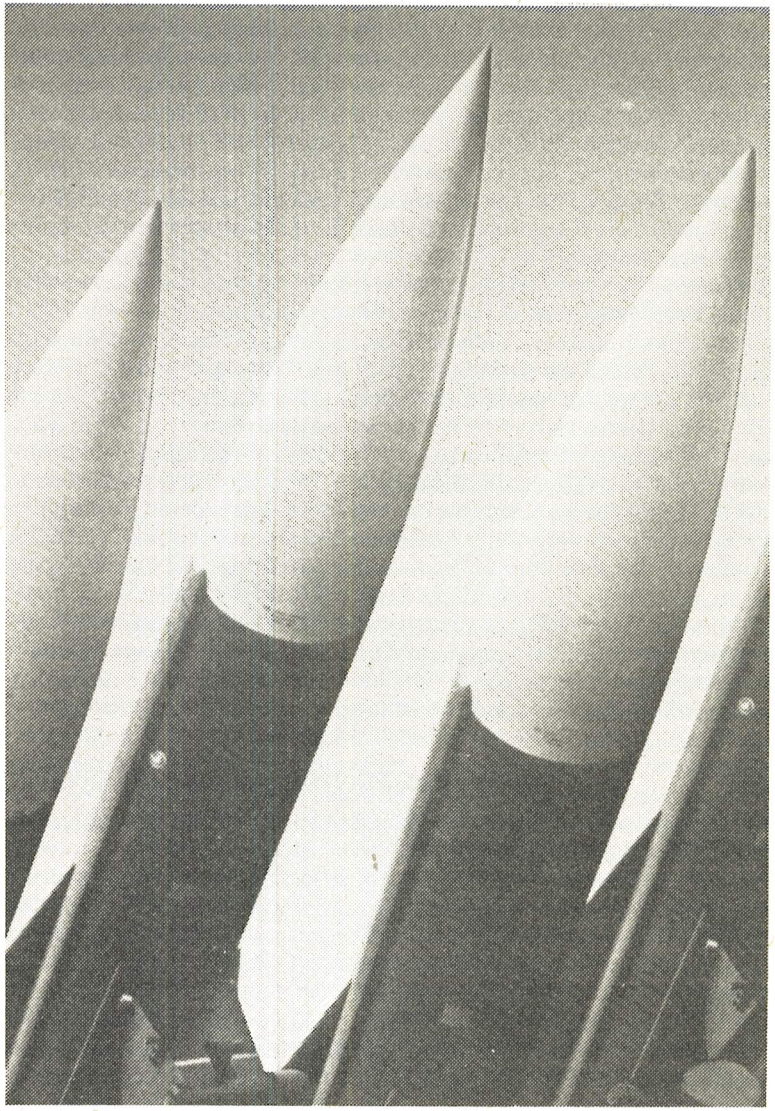
Oder in das Helmut Schmidt bevorzugte Gleichgewichtsdenken übersetzt: nur bei strategischer Überlegenheit der USA herrscht in Europa Gleichgewicht. Bei strategischem Gleichstand zwischen den USA und der Sowjetunion dagegen entsteht in Europa ein Ungleichgewicht zugunsten der Sowjets.

So neigte der Kanzler eher den Vorstellungen der amerikanischen SALT-Gegner zu, sei es aus Bedenken gegen eine Schwächung der US-Schutzgarantie, sei es schlicht aus Antipathie gegen Jimmy Carter. Eindeutig war zunächst nur die Rüstungslücke, die 'Disparität', die Helmut Schmidt konstatiert hatte.

Doch der Kanzler mußte wissen, daß er eine einmal konstatierte Rüstungslücke nie mehr loswerden würde. Ihm mußte klar sein, daß Rüstungslücken, echt oder vermeintlich, in der Rüstungsbürokratie eine ähnliche Wirkung hervorrufen, wie ein roher Brocken Fleisch in einem Haifisch-Bassin."

Und prompt bissen die Falken in Washington – allen voran Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski – an, und die „Nachrüstung" nahm ihren Lauf. Wie Schmidt laut Spiegel (46/81) sagte, habe ihm Carter dann im Januar 1979 die US-Absicht eröffnet, landgestützte Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Im Dezember 1979 wurde dies dann förmlich beschlossen. Man hatte erkannt, wie gut dies zu der geplanten neuen Strategie paßte (und hätte dies wohl auch ohne Schmidt erkannt). Ob Schmidt mit den von ihm geforderten eurostrategischen Raketen aber solche wie die Pershing II meinte (samt zugehöriger Strategie), sei dahingestellt. Auf jeden Fall geht es bei dem Brüsseler NATO-Beschluß vom 12.12.1979, genannt „Nachrüstungsbeschluß", auch für Schmidt längst nicht mehr um eurostrategische Gleichgewichte, SS-20

und ähnliches, sondern um politische Sturheit – der Beschluß ist gefaßt, daran wird nicht gerüttelt, und das Volk hat da sowieso nicht mitzureden. Abgesehen davon steht die Bundesregierung natürlich auch unter gehörigem amerikanischen Druck, egal welcher Partei sie angehört.



Die Genfer Verhandlungen – mehr als nur ein Alibi?

Da es also bei der „Nachrüstung" letzten Endes nie um die SS-20, „Raketenlücken" usw. ging, sondern um die strategische Konzeption der USA und der NATO, wieder mit Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln drohen zu können, wurde allen Widerständen zum Trotz die „Nachrüstung" konsequent durchgesetzt. Sieht man den „Nachrüstungsbeschluß" denn auch als das, was er ist – nämlich Teil jahrelanger Strategieüberlegungen – und nicht etwa als „Nachrüstung" für irgendwelche eurostrategischen Raketenlücken, die plötzlich herbeigeredet werden, dann fällt es auch schwer zu glauben, daß die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) jemals Erfolgsaussichten hatten. So etwas läßt sich eine Supermacht doch nicht einfach wegverhandeln.[71] Auch die NATO-Regierungen glaubten nie ernstlich an einen Erfolg dieser Verhandlungen.

So war in einem internen Bericht für Verteidigungsminister Wörner klipp und klar zu lesen, was es mit den INF auf sich hatte:

„Verhandlungsansätze, Verhandlungsziele und Verhandlungssubstanz haben sich bisher als unvereinbar erwiesen. Überlegungen darüber, ob und wie es möglich ist, aus dieser Sackgasse herauszukommen, wurden im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium ... nicht erarbeitet." In Washington wohl auch nicht.[72] US-Staatssekretär Richard Burt, Vorsitzender der „Special Consultative Group", sprach im Anschluß an die 6. Tagung dieses eigens für die Genfer INF gebildeten Konsultativgremiums der NATO von „verhärteten Positionen" in Genf. Die USA unterbreiteten stets Vorschläge, von denen Washington schon im Voraus wisse, daß sie für die sowjetische Seite unakzeptabel seien.[73]

Die Sowjets hätten zwar ein etwas größeres Interesse an zumindest halbwegs erfolgreichen Verhandlungen (angesichts der für sie neuen Bedrohungslage durch die Pershing II), blieben jedoch im Prinzip auf der bisherigen Grundlage solcher Verhandlungen: „ich bin für Abrüstung, aber du fängst bitte an". Die Andropov-Vorschläge, Ende 1982 propagandistisch gut aufbereitet präsentiert, waren zwar ein richtiger und konstruktiver Ansatz, da die USA jedoch die Pershing II unbedingt haben wollten, mußte auch Andropov klar gewesen sein, daß diese Vorschläge keinen Durchbruch erzielen konnten.

Im Kern bestand Andropovs Angebot an die USA aus folgendem:

Die Sowjetunion baut die antiquierten SS-4 und SS-5 ab und reduziert die SS-20 auf etwa 150-160 Systeme. Dies entspricht dem Mittelstreckenbestand Frankreichs und Großbritanniens, die USA verzichten dafür auf Pershing II und landgestützte Cruise missiles. Moskau hätte also 170 SS-20-Raketen abgebaut (wobei unklar blieb, ob sie verschrottet oder verlegt werden sollten); die NATO hätte nichts abbauen müssen: neben den britischen und französischen Raketen hätte sie nach wie vor über die der NATO assignierten amerikanischen Poseidon-U-Boot-Raketen verfügt, welche die Sowjetunion hier außer Betracht ließ. Trotz dieses Angebots zu zögerlicher einseitiger Abrüstung lehnte der Westen ab – er wollte nicht die SS-20 loswerden, sondern die Pershing II stationieren. Die Ablehnungen der NATO-Regierungen kamen schnell und pauschal; „nach gründlicher Prüfung" wurde als Ablehnungsgrund angegeben:

- Die SS-20 sei zielgenauer als die britischen und französischen Raketen. (Zielgenauigkeit ist natürlich zum reinen „Abschrecken" völlig uninteressant, ganz im Gegensatz aber zu Erstschlagsplänen. Wenn die NATO also nur abschrecken will, ist das kein Grund. Außerdem sind die britischen und französischen Raketen fast alle seegestützt und damit – im Gegensatz zur landgestützten SS-20 für Erstschläge unverwundbar. Und: Auch die Nachrüstungsraketen sind zielgenauer als ihr angebliches Gegengewicht SS-20.)
- Die französischen und britischen Raketen stünden nicht unter NATO-Oberkommando, sondern unter nationalem, könnten also nicht mitgezählt werden, und falls diese Raketen die Abschreckung Europas gegen die Sowjetunion ohne die US-Raketen gewährleisten müßten, würde Europa von der Nukleargarantie der USA „abgekoppelt".

Die NATO setzt sich damit in vielfachen Widerspruch zu eigenen Bekundungen und Kommuniqués früherer Jahre, als es noch nicht opportun war, solche Trennungsstriche zwischen diesen und jenen Raketen des Bündnisses zu ziehen. Selbst die CDU hatte noch 1981 eine Broschüre herausgegeben, in der unter dem Titel „Das eurostrategische Kräfteverhältnis" die britischen Polaris, Vulcan B-2, die französischen S-2, M-20 und Mirage IV A einträchtig neben den SS-20, SS-4 und SS-5 der Sowjetunion aufgeführt werden.[74]

Für die CDU und die NATO änderten sich auch hier wieder die Kräfteverhältnisse wieder so, wie es augenblicklich opportun erscheint. Gegen wen sollen denn die Raketen der beiden NATO-Staaten Frankreich und Großbritannien sonst gerichtet sein wenn nicht auf die Sowjetunion?

Wieviel Pershings dürfen's denn sein?

Getäuscht wird die Öffentlichkeit möglicherweise auch in der Zahl der zu stationierenden Pershing II-Raketen. Im „Kommuniqué über eine Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedsstaaten des Nordatlantikpakts in Brüssel am 12.12.1979", wie der Nachrüstungsbeschluß offiziell heißt, wird dazu nur folgendes ausgeführt:

„7. Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen Pershing Ia ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflug-

körper (GLCM). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet."
Also 464 Marschflugkörper, aber 108 „Abschußvorrichtungen für Pershing II". Das sind aber nicht notwendigerweise 108 Raketen. Bereits Ende 1982 war bekanntgeworden, daß mindestens 385 Raketen vom Pentagon angefordert worden waren (die genaue Zahl ist geheim). Dies hat nicht nur Kostengründe - die Pershing II ist von erheblichen Kostensteigerungen geplagt, Serienfertigung senkt da den Stückpreis. Aus einem Gutachten für den Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses geht hervor, wie die U.S.Army auf diese Zahlen kommt:
„Zu einer kampffähigen Batterie gehören 9 Launcher, 13 Pershing II-Raketen und die entsprechende Boden- und Kontrollausrüstung." 4 Batterien mit je 13 Raketen werden zu einem Bataillon zusammengefaßt, und das braucht noch 10 Ersatzraketen. Drei Bataillone sollen in der Bundesrepublik stationiert werden (je 36 Abschußvorrichtungen, macht 30 zusätzliche Raketen. Für jede dieser Raketen soll dann „zum Nachladen" nochmal eine zweite mitgeliefert werden:
9 Launcher bekommen 13 Raketen = 12 Batterien à 13 mit insg. 156 Raketen. Je 4 Batterien = 1 Bataillon mit je 10 Ersatzraketen, bei 3 Bataillonen: 156 Raketen plus 30 Ersatzraketen sind 186 Raketen.
186 Raketen bekommen eine Ersatzrakete, 186 + 186 = 372. Fehlen noch 13 Raketen zu den 385 im Pentagon-Beschaffungsprogramm.
Verteidigungsminster Wörner erklärte daraufhin nach einer Washington-Reise, er habe in Washington „die Entschlossenheit der Bundesregierung, am NATO-Doppelbeschluß festzuhalten" zur Kenntnis gegeben, insbesondere was Zahl und Zeitablauf der Raketenstationierung betrifft. Washington habe ihm dies zugesagt.
Im „Nachrüstungsbeschluß" selbst steht aber nichts über die Zahl der zu stationierenden Pershing II - folglich besteht überhaupt kein Widerspruch darin, 385 Pershings zu bestellen und 108 Abschußvorrichtungen zu stationieren. 1984 wiederholten sich dann Aussagen und Artikel in US-Militärkreisen über die „Pershing-Reloads" (Nachlade-Pershings), und v.a.: die 385 Pershings wurden nicht abbestellt. Behauptungen der Bundesregierung, es bleibe bei 108 Pershing II, sind vor diesem Hintergrund wenig glaubwürdig.[75]
Ob es also bei 108 Pershing II-Raketen in den Stationierungsorten Mutlangen/Schwäbisch Gmünd, Heilbronn/Neckarsulm und Neu-Ulm bleiben wird, kann heftig bezweifelt werden.

Das Konzept der strategischen Überlegenheit im Atomkrieg

Wir haben nun ausführlich die Interventions- und Kriegführungsstrategien der USA in der Dritten Welt und Europa unter die Lupe genommen. Was aber, wenn dies nicht so funktioniert, wie es im Sinne der Erfinder liegt, und der Krieg weder auf die Golfregion noch auf Europa begrenzt bleibt, sondern auch auf Nordamerika übergreift, sprich: in einen strategischen Nuklearkrieg eskaliert? Was passiert, wenn die „Eskalationsdominanz" den Pentagon-Strategen aus den schön kalkulierten Bahnen entgleitet? Auch darüber finden in den USA angeregte Diskussionen statt, machen sich die Kriegsplaner Gedanken, wie die Strategien für diese letzte, entscheidende Schlacht weiter ausgefeilt werden könnten.
Bereits im Herbst 1981 hatte das Pentagon eine Überarbeitung und Präzisierung des Grobentwurfs von Jimmy Carters Directive 59 angekündigt. In Form des „Fiscal Year 1984-1988 Defense Guidance" (Verteidigungsleitlinien 1984-1988) wurde diese Präzisierung mittlerweile vorgelegt. Ursprünglich war dieses 125seitige Papier nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Dennoch gelangte im Mai 1982 die New York Times in den Besitz dieses „ersten kompletten Verteidigungs-Leitfadens dieser Administration" und publizierte große Teile in ihrer Ausgabe vom 30. Mai. Darin wurde die Vorstellung des begrenzten Atomkriegs dahingehend weiterentwickelt, daß die USA in der Lage sein müßten, Atomschläge auf die Sowjetunion über einen längeren Zeitraum hinweg zu führen (genannt werden 6 Monate). Es stellt eine Abkehr von der Annahme dar, ein Atomkrieg müsse notwendigerweise nur wenige Stunden dauern (totale Zerstörung), sondern es könnten „begrenzte Attaken" über längere Zeit „ausgetauscht" werden. (Hört sich an wie ein Schachproblem.) Als ein solcher Atomkrieg wird alles angesehen, was über einen „einzelnen Atomwaffenaustausch" hinausgeht (damit wärend dann wohl Pershing-Nadelstiche o.ä. gemeint).
Des weiteren werden in dem Dokument als Hauptproblem genannt:
- Atomkriegsstrategie würde auf der „Enthauptung" (decapitation) basieren, d.h. es würde auf die sowjetische politische und militärische Führung und deren Kommunikationslinien geschossen.
- In der konventionellen Strategie würde die Priorität der Verteidigung des „amerikanischen Heimatlandes" gegeben, dann käme Westeuropa (NATO-Doktrin offiziell: Einheit des Bündnisgebiets) und dann die Ölquellen des Persischen Golfs. Die Verteidigung Asiens käme später (Japan, Korea . . .)
- In gewissem Ausmaß würde China militärisch unterstützt, um die Sowjets entlang der chinesischen Grenzen in Schach zu halten.
- „Special operations", d.h. Guerillakrieg in Feindesland, Sabotage und

psychologische Kriegsführung müssen ausgebaut werden. Die Notwendigkeit, Krieg im Weltall gegen Sowjetsatelliten zu führen, wird betont (Schläge auf Kommunikationslinien!).

Besonders wird die Notwendigkeit betont, gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Welt Krieg führen zu können: „U.S. Streitkräfte könnten gleichzeitig an geographisch getrennten Schauplätzen (theaters) gebraucht werden", genannt werden Südwestasien/Persischer Golf, Europa, Korea.

Die Kommunikationssystem der USA müßten für 18 Milliarden $ für einen solchen längerdauernden Atomkrieg erheblich ausgebaut werden, um die „Fähigkeit, ad-hoc-Pläne in die Tat umzusetzen, auch nach mehreren Angriffen" der Sowjetunion zu gewährleisten. Besonders die Kommunikation mit den Atom-U-Booten wird dabei hervorgehoben.

Das von diesem Defense Guidance aufgestellte Ziel, „Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis zum Atomkrieg – zu besiegen", ist hierin schon recht konkret ausformuliert. Der neue strategische Generalplan behandelt das Thema „Atomare Kriegsführung" ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der praktischen Verwirklichung. Colin Gray's „Victory is possible" von 1980 ist damit von einem programmatischen Aufsatz in eine Regierungsleitlinie weiterentwickelt. Gray ist heute ein maßgeblicher Berater der Reagan-Administration.

Erst ein zweiter langer Artikel in der „Los Angeles Times" vom 15.8.82 brachte dann in Europa das angemessene öffentliche Aufsehen über diesen Generalplan. US-Verteidigungsminister Weinberger äußerte sich zu diesen Plänen in der Öffentlichkeit. Im Juni erklärte er z.B. in ein und demselben Fernsehinterview der ABC-Nachrichtensendung „This week", die Administration plane keinen Atomkrieg, auch keinen verlängerten, und glaube auch nicht, ein Atomkrieg sei gewinnbar. Aber man müsse dafür gerüstet sein, falls die Sowjetunion einen solchen Krieg vom Zaun brechen würde, und in einem solchen Fall müsse man auch die Sowjetunion besiegen. Sehr widersprüchlich: Einerseits plant er keinen Atomkrieg und glaubt nicht, er könne ihn gewinnen, aber dann will er die Sowjetunion ggf. in einem solchen Krieg doch besiegen. Weinberger will also nicht gewinnbare Kriege gewinnen. Solche Leute sind gefährlich.

Nach dem LAT-Artikel beschwerte er sich schließlich noch schriftlich bei 70 Zeitungen (davon 40 ausländische) über die angeblich falsche und verzerrende Darstellung der Pentagon-Politik bezüglich solcher Pläne.

Auch der bereits genannte Colin Gray hat sich 1982 wieder gemeldet. In der Märzausgabe des „Air Force Magazine" präsentierte er „Das Konzept der strategischen Überlegenheit". Lesen wir uns einige der markantesten Passagen einmal durch. Man muß sich dabei immer bewußt sein, daß der Verfasser einer der maßgeblichen Berater des US-Präsidenten ist.

Strategische Überlegenheit bedeutet die Fähigkeit

- die Sowjetunion von Herausforderungen auf dem Gebiet des Wettrüstens abzuschrecken
- zur Abschreckung der Sowjetunion von der Schürung von Krisendrohungen beizutragen
- entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von militärischen Herausforderungen im Falle einer Krise beizutragen
- entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von einem militärischen Ausbrechen aus einer akuten militärischen Krise beizutragen
- entscheidend zur Abschreckung der Sowjetunion von einem rationalen militärischen Verhalten nach der Krise beizutragen
- die Vereinigten Staaten dazu zu befähigen, aus einer „lokalen" politischen oder militärischen Krisensituation auszubrechen, und zwar dadurch, daß sie über eine den unmittelbaren politisch-militärischen Umständen angemessene Handlungsfreiheit verfügen.
- die Vereinigten Staaten zu befähigen, jeden strategisch-nuklearen Eskalationsprozeß zu dominieren, der aus einer lokalen akuten Krise entstehen könnte, und glaubhaft nach einem besseren politischen Ergebnis auf einer höheren Stufe des bewaffneten Konflikts zu suchen
- die Vereinigten Staaten zu befähigen, *im Extremfall einen allgemeinen Krieg zu führen und zu gewinnen* (Hervorhebung von C. Gray!). Unter Gewinnen verstehe ich, daß die Vereinigten Staaten ihre politischen Ziele erreichen, während die Sowjetunion ihre Ziele *nicht* erreicht.

Im Extremfall müssen die Vereinigten Staaten fähig sein, und zwar ohne dabei unglaubwürdig zu erscheinen, das sowjetische Kernland mit dem Einsatz strategischer Atomwaffen zu bedrohen: Eine solche Drohung erheben zu können, erfordert, daß die USA in der Lage sind, einen massiven Präemptivschlag der Sowjetunion gegen ihre militärische Macht und gegen C^3I (die zentalen strategischen Kommando-, Kommunikations- und Überwachunsstellen der US-Führung; J.M.) abzuschrecken, und daß sie fähig sind, in der Sowjetunion die innere Zone der militärischen Macht zu treffen, in hinreichend abgesichertem Vertrauen darauf, daß die sowjetische Vergeltung quantitativ und qualitativ abgefangen, absorbiert und ganz allgemein auf einem „annehmbaren" Niveau gehalten werden kann. Was ist ein „annehmbares" Niveau? Man sollte nicht zu sehr auf irgend ein einzelnes oder eine begrenzte Anzahl schadensbegrenzender Instrumente setzen. Eine ernsthafte Schadensbegrenzung wäre das Produkt vieler, zusammenwirkender Programme:

- einer counterforce-Fähigkeit gegen verbunkerte Ziele (gegen militärische Ziele und gegen C^3I [also gegen die politischen und militärischen Führungszentren.])
- strategischer Anti-U-Bootkriegführung
- mehrerer Staffeln ballistischer Raketenabwehr

- kontinentaler Luftverteidigung der Vereinigten Staaten
- von Zivilschutz und der Verbunkerung industrieller Einrichtungen
- und ganz allgemein einer robusten Vorbereitung der Gesellschaft auf Überleben und Wiedererholung.

Eine wirkliche funktionelle Parität oder essentielle Gleichwertigkeit auf strategischer Ebene im Hinblick auf die Zentralsysteme würde für die Vereinigten Staaten und ihre Freunde und Alliierten die Katastrophe heraufbeschwören. Wenn die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein würden, einen Prozeß der nuklearen Eskalation zu dominieren, um die UdSSR zu zwingen, wie könnten sowjetische Gewinne auf einem Kriegsschauplatz in ihr Gegenteil verkehrt werden? Und nicht weniger wichtig: Wie könnte ein amerikanischer Präsident, der verantwortlich handelt, unter diesen Umständen einen Eskalationsprozeß auch nur in Gang setzen? Sic transit NATO-„Strategie".

Es ist ganz klar, daß das Problem sich sowohl auf die politisch-strategische Meinungsbildung (bzw. „Aufklärung"), J.M.) als auch auf die technischen Einzelheiten bezieht. Erstens sollten die Vereinigten Staaten und die NATO kein Abkommen mit der UdSSR über ein wirkliches Gleichgewicht bei den strategischen oder eurostrategischen Nuklearpotentialen suchen, das die hier erörtete De facto-Überlegenheit ausschließen würde – das wäre der Weg zur politischen Lähmung und zur örtlichen Niederlage (oder einem allgemeinen Desaster).

Zweitens ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß die folgenden Fragen sehr direkt gestellt werden. „Ist der 'Job' zu schaffen?" und „Worin besteht der 'Job'?" Können die Vereinigten Staaten glaubhaft versprechen:

- die militärisch-politische Macht der Sowjetunion zu besiegen (und zwar so weitgehend, daß die Zukunft des sowjetischen Staates sehr ernstlich in Frage gestellt wird), während sie gleichzeitig
- die US-Verluste auf einem „annehmbaren" Niveau halten (und zwar physisch – *nicht* durch Hoffnungen auf Abschreckung nach einem Kriegsausbruch)?

Soweit Colin S. Gray. Die strategische Überlegenheit ist bislang noch das schwerwiegendste Problemfeld für US-Strategen, aber es wird bereits mit Hochdruck daran gearbeitet, dies zu ändern.

Star Wars – Krieg im Weltall

Am 23. März 1983 verkündete Ronald Reagan in seiner „Star Wars"-Rede, genannt auch „Strategic Defense Initiative", die USA beabsichtigten, immense Summen in die Erforschung und Entwicklung von Raketenabwehrsystemen zu stecken. Diese Systeme würden überwiegend im Weltraum stationiert und mit Laserstrahlen die aufsteigenden sowjetischen Raketen in den verschiedenen Phasen ihres Anflugs bekämpfen. An die

wissenschaftliche Intelligenz der USA appellierte er, eine „perfekte Abwehr" gegen sowjetische Atomraketen zu entwickeln. Gigantische,im Weltraum stationierte Laserkanonen sollten die USA im 21. Jahrhundert vor jedem Atomschlag der Sowjets wirkungsvoll schützen.[76]

Mittlerweile ist vieles geschehen, um aus dieser Idee, die zuvor nur von rüstungsindustriellen und rechtsradikalen Gruppen propagiert worden war, Waffen werden zu lassen. Eine Studiengruppe, die sogenannte Fletcher-Kommission, wurde eingesetzt, Raketenabschüsse unter Weltraumbedingungen in der Wüste von Nevada gezündet[77] und der Transport großer Lasten in den Weltraum mit Hilfe der Space Shuttle erfolgreich vorangetrieben. Die Fletcher-Kommission äußerte sich nicht abschließend über die Realisierbarkeit der Weltraumpläne, gab jedoch die Empfehlung, die Forschungsmittel für Raketenabwehrsysteme in den nächsten 5 Jahren um jeweils 25-50 % zu steigern und bis 1990 etwa 20 Milliarden Dollar dafür bereitzustellen. Der Kommissionsempfehlung zufolge ist der größte Teilbetrag für die Raketenaufklärung eingeplant. Angestrebt wird, etwa 1000 aufsteigende Sowjetraketen gleichzeitig aufzuspüren, ihre Flugbahnen zu bestimmen und Zieldaten für die amerikanischen Abwehrmaßnahmen vorzugeben. Dafür wird eine ganze Bandbreite möglicher Zerstörungstechnologien erforscht. Zu den Laser-und Teilchenstrahlwaffen gehören Kurzwellenlaser, chemische Infrarotstrahler oder Elektrolaser sowie Elektronenbeschleuniger und nuklear aufgeladene Röntgenlaser. Um die Laserwaffen in den Weltraum zu befördern, wird eine neue Generation schwerer Raketen erforderlich, außerdem werden mehr als 100 Satelliten zusätzlich gebraucht. Eine zweite Abfanglinie soll später dann jene Sowjetraketen zerstören, die den ersten Sperrgürtel durchbrochen haben. Neuartige kleine Abfangraketen sollen mit hoher Geschwindigkeit mit den gegnerischen Sprengköpfen kollidieren oder diese durch Schrapnellfeuer zerstören.[78]

Am 6. Januar 1984 unterzeichnete Reagan die Presidential Directive 119, die das weitere Vorgehen festlegt und zusätzlich ein konzentriertes Programm fordert, welches die Realisierbarkeit einer verstärkten Umstellung der US-Strategie auf Raketenabwehrsysteme, genannt Ballistic Missile Defense (BMD), untersuchen soll.[79]

Der ABM-Vertrag von 1972, mit der Anti-Ballistic Missiles (ABM) und Raketenabwehrsysteme praktisch verboten wurden, wird damit von der USA über Bord geworfen.

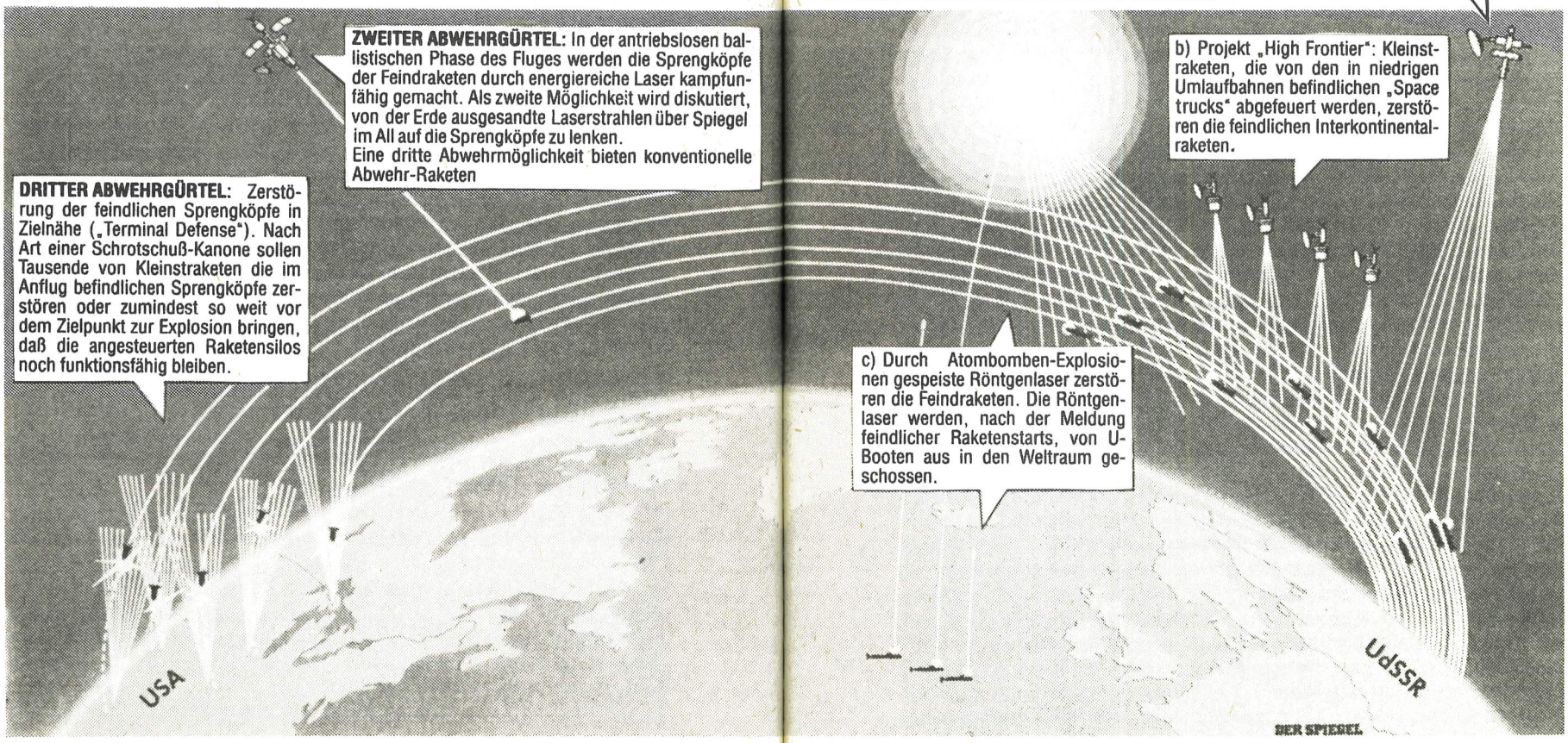
Mit dem Bericht des Präsidenten an den Kongreß vom 31. März 1984 zeigte sich, in welchem Umfang die US-Regierung eine Militarisierung des Weltraums anstrebt. Das Weiße Haus kündigte offiziell an, daß es die Entwicklung eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems forcieren werde. Gleichzeitig wurden Verhandlungen über neue Abkommen zur Begrenzung des Wettrüstens im Weltraum und damit auch über das von

Moskau am 23. März 1984 vorgeschlagene Verbot von Anti-Satellitenwaffen abgelehnt. Zuvor hatte dagegen der Kongreß die vom Pentagon für das laufende Haushaltsjahr geforderten Mittel für die Fortsetzung von Tests eines Satellitenabwehrsystems von der Zusicherung des Präsidenten abhängig gemacht, zu Verhandlungen mit Moskau über ein Verbot von Satellitenkillern bereit zu sein.

Die Ablehnung eines Weltraumabkommens mit der Sowjetunion begründete die Reagan-Administration nach dem bekannten Schema: Die andere Seite habe vorgerüstet – also müsse man auf diese Bedrohung mit Gegenmaßnahmen reagieren.

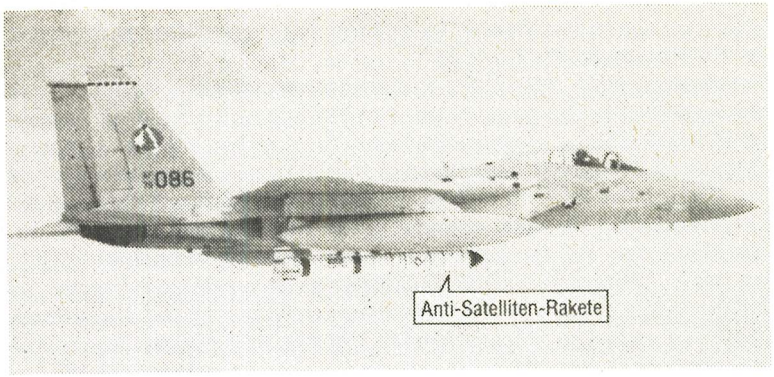
TRAUM VOM UNDURCHDRINGLICHEN SCHUTZSCHIRM

Stationierung und Funktionsweise der geplanten US-Raketenabwehrsysteme (schematische Darstellung)



Die Weltraumrüstung ist keineswegs eine Spielwiese für erwachsene kleine Jungen, deren es im Militärbereich ja so viele gibt und die unbedingt auch den letzten Science-Fiction-Film in Realität umsetzen müssen. Schon allein die immensen Kosten machen dies klar. Das Pentagon gibt den derzeitigen Preis eines in Serie gefertigten Anti-Raketen-Systems mit 500 Milliarden Dollar an, rechnet aber selbst bis zur Indienststellung mit einer Kostensteigerung von mindestens 100 %.[80] Die Reagan-Administration verfolgt damit durchaus konkrete Vorstellungen. Der Air Force-Staatssekretär im Pentagon, Edward C. Albridge, sieht es so: „Wir müssen unsere Phantasie nicht übermäßig anstrengen,

um zu begreifen, daß diejenige Nation, die den Weltraum kontrolliert, auch die Welt beherrschen könnte." Generalleutnant Henry, früherer stellvertretender Kommandeur des Space Command der Air Force sagt warum: „Das All wird künftig das entscheidende Schlachtfeld." Für den Fall, daß die Eskalationsdominanz schiefgehen sollte, will die US-Administration Nordamerika zu einer unverwundbaren Festung machen, indem etwa anfliegende sowjetische Atomraketen im Anflug zerstört werden. Diese Zielvorstellung unterscheidet sich grundlegend von der bisherigen militärischen Weltraumnutzung. Bis 1981 hatten die USA bereits mehr als 50 Mrd. $ für militärische Weltraumtechnik ausgegeben; vergleichbare Anstrengungen unternahm die Sowjetunion.[81] Drei Viertel aller seit dem Sputnik 1957 gestarteten Satelliten dient militärischen Zwekken, insgesamt über 2000. Aber all diese Nachrichten- und Aufklärungssatelliten erfüllten im Rahmen des bisherigen Abschrekkungssystems eine eher stablisierende Funktion – nur sie ermöglichen eine Überwachung und Kontrolle der gegnerischen Rüstung. Ohne die Satelliten gäbe es aber auch keine Zielplanung, und die militärische Kommunikation wäre zumindest stark erschwert. Bereits seit den 60er Jahren arbeiten die Supermächte daher auch an Anti-Satelliten-Waffen (ASAT). Wer die Himmelsaugen und -ohren seines Gegners lahmlegt, ihn quasi blendet, hätte erhebliche Vorteile in einem strategischen Atomkrieg, weil z.B. die Genauigkeit von Raketenflugbahnen von satellitengestützten Navigationssystemen abhängt. Die Sowjets unternahmen seit 1968 Testflüge mit sog. „Killersatelliten". Unter technischen Aspekten ist die sowjetische Satellitenabwehr allerdings nicht sehr eindrucksvoll:
Eine modifizierte Interkontinentalrakete wird gestartet und ihr Gefechtskopf verfolgt mit Hilfe eines Infrarotsuchers (oder radargeleitet) einen gegnerischen Satelliten. Für das gesamte Manöver werden bis zu drei Stunden benötigt. Außerdem können mit diesem Verfahren nur Satelliten in einer Höhe zwischen 300 km und 1800 km angegriffen werden. Die wichtigsten geostationären Satelliten, die von der Erdoberfläche aus gesehen ortsfest bleiben, befinden sich aber in 36000 km Höhe.[82]
Von den bis 1983 registrierten 21 Versuchen waren nur 9 „erfolgreich".[83] Es ist nicht bekannt, ob die Sowjetunion dieses Killersatellitensystem einsatzbereit hält. Die USA erproben seit einiger Zeit ein neueres System. Im November 1983 wurde erstmals eine zweistufige Rakete zur Satellitenbekämpfung erprobt. Während eines Tests am 21.1.1984 wurde sie von einem zwischen 10 und 15 km hoch fliegenden Kampfflugzeug F-15 abgeschossen. In einer Simulation zerstörte der nichtnukleare Gefechtskopf das Ziel. Mit diesem Killersystem könnte die U.S. Air Force vor allem die zahlreichen niedrig fliegenden sowjetischen Fotosatelliten zerstören. Das Flugzeug, die beiden Raketenstufen und das Zielsuchsystem sind bereits serienreif. Bis 1987 soll eine Staffel F-15 mit 28 dieser Anti-Satellitenraketen einsatzbereit sein; zwei Jahre später soll es schon zwei solcher Raumjagdstaffeln geben.



US-Abfänger „F-15" mit Anti-Satelliten-Waffe

Strategische Unverwundbarkeit, um die es der US-Administration geht, ist jedoch primär das Abfangen sowjetischer Interkontinentalraketen. Die anfliegenden Raketen und Sprengköpfe sollen mit sehr energiereichen Laserstrahlen zerstört werden (s. Schaubild). Für den Einsatz solcher Laserwaffen ergeben sich derzeit zwei Hauptprobleme. Zunächst einmal müssen die Laserkanonen extrem zielgenau sein. Im Gegensatz zu den Atomsprengköpfen reicht es nicht, die nähere Umgebung des Ziels zu treffen – es muß direkt getroffen werden, und das über eine Entfernung von bis zu 3000 km. Zweitens verlangen die großen Entfernungen eine extrem hohe Strahlungsintensität – schließlich soll das Ziel dadurch zerstört werden, daß es geschmolzen wird. In der industriellen Produktion mit Lasern erreicht man dies, indem man den Laserstrahl durch eine Linse kurz über dem Metall fokussiert. Mit den heute verfügbaren Hochenergielasern sind auf diese Weise Oberflächentemperaturen von einigen 1000 Grad Celsius zu erreichen, jedoch nur im Brennpunkt. Diese Fokussierung läßt sich mit den geplanten Laserwaffen nicht durchführen. Sie verlangen einen Laser, der über 1000mal stärker ist als die heutigen Metallbearbeitungs-Laser. Dafür wären gewaltige Treibstoffmengen zur Energieversorgung notwendig, denen die heutige Space Shuttle-Weltraumtechnologie keineswegs gewachsen ist: Allein zum Treibstofftransport wären mindestens 1000 Shuttleflüge notwendig, hinzu käme der Transport der tonnenschweren Bauteile solcher Laserfestungen. Dennoch: die Entwicklung dieser Waffen läuft auf Hochtouren, und das Pentagon schwärmt bereits von einem weitreichenden Laserkampf-System mit bis zu 50 Laser-Kampfstationen im All, jede von ihnen mit 25-Megawatt-Lasern (Durchmesser: 15 Meter) ausgerüstet. Ein solches Waffensystem könnte „annähernd 1200 Raketen, 200 Bomber, 50 Radarwarnflugzeuge, 200 Abfangjäger und 80 Satelliten in Schach halten",

heißt es in einem Bericht über Laserwaffen, der im Auftrag des Pentagon für den Kongreß verfaßt wurde.[84]
So schnell werden diese Träume glücklicherweise nicht Realität. Doch selbst wenn diese Systeme einsatzbereit wären, wäre es für die Sowjetunion viel leichter, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wie die „Union of Concerned Scientists", die „Vereinigung besorgter Wissenschaftler" in den USA, darlegte.[85] Mit U-Boot-gestützten Cruise missiles können die Sowjets das BMD-System unterlaufen. Die Antriebsstufen der Interkontinentalraketen, auf die die Infrarotsensoren der Lasersatelliten reagieren sollen, könnten mit stärkeren Triebwerken ausgestattet werden, so daß sie noch innerhalb der Erdatmosphäre ausbrennen, was die Lasersysteme zumindest in Schwierigkeiten brächte. Mit billigen Köder-Antriebsstufen könnten die Lasersysteme abgelenkt werden. Auch die Laserstationen sind gegen Killersatelliten anfällig. Weitere Maßnahmen, die diese Systeme ungeheuer verkomplizieren und verteuern würden, sind problemlos denkbar.
Selbst wenn es den USA gelänge, auf diese Weise strategisch unverwundbar zu werden, wäre dies extrem destabilisierend. Wenn die eine Seite unverwundbar ist, kann sie ungestraft einen Erstschlag führen. Zum Schwert käme noch das Schild, mit dem das Schwert nur noch besser geführt werden kann. Bevor diese Unverwundbarkeit erreicht ist, muß jedenfalls erst eine Phase extremer Instabilität durchschritten werden.
Sprengstoff birgt eine solche Unverwundbarkeitsbestrebung der USA natürlich auch für das „Atlantische Bündnis". Sie schafft nämlich zwei Klassen von NATO-Staaten: Nordamerika als unverwundbare Festung und Westeuropa, das außen vor bleibt – und natürlich verstärkter Kriegsgefahr ausgesetzt wäre, weil eine unverwundbare Supermacht natürlich eher einen Krieg riskiert als eine verwundbare. Diese Interessengegensätze zwischen den USA und Westeuropa sind so offensichtlich, daß sie selbst stramme US-Vasallen wie Wörner nicht mehr leugnen können.
Nach der NATO-Frühjahrstagung im türkischen Cesme, bei der Weinberger seine Kollegen über Amerikas Weltraumwaffenpläne unterrichtet hatte, hörte man von Wörner ungewohnte Töne. Er bezweifelte, ob damit mehr Sicherheit erreicht würde, weil damit ein neues Wettrüsten ausgelöst würde, und befürchtete, daß in der NATO Zonen ungleicher Sicherheit noch zunehmen würden.[86] Weinberger allerdings wußte nichts von den „tiefen Bedenken", die Wörner in Cesme geäußert haben will, und meinte zu den Erklärungen, die Wörner nach der Konferenz in Bonn abgab, es käme ihm vor „als ob wir vielleicht bei verschiedenen Zusammenkünften waren".[87] So oder so: Weinberger gab den Verbündeten vollendete Tatsachen bekannt, mitreden dürfen sie nicht. Als Trostpflaster sollen sie mit den Patriot-Raketensystemen (S. 40) eine amerikanische Anti-Raketen-Waffe unter US-Kontrolle bekommen, die die SS-

20-23 abfangen soll. Bislang war noch behauptet worden, daß das Pentagon eine solche Eigenschaft der Patriot noch nicht einmal erprobt.[88] An der globalstrategischen Situation ändert sich damit allerdings nichts.
Neben den Star-Wars-Plänen werden aber auch die herkömmlichen strategischen Waffensysteme ausgebaut: Interkontinentalraketen (ICBM), die zusätzlich noch durch Cruise missiles ergänzt werden, U-Boot-Raketen (SLBM), Bomber.

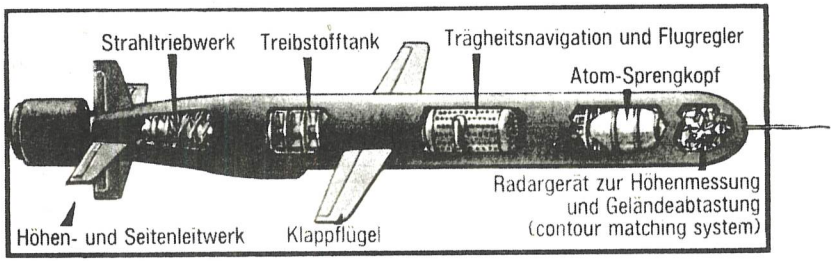
Interkontinentalraketen

Die 1000 Minuteman-ICBMs wurden seit ihrer Anschaffung Ende der 60er Jahre bereits mehrfach modernisiert. Derzeit bestehen sie aus 450 Minuteman II mit je einem Wasserstoffbombensprengkopf von 1,2 Megatonnen und aus 550 Minutemen III mit je 3 Sprengköpfen von je 170 Kilotonnen.
Seit Oktober 1979 wird daran gearbeitet, 300 der Minutemen III mit einem Wiedereintrittsflugkörper (Mark-12-A) und mit 350-kt-Sprengköpfen zu versehen, die erheblich zielgenauer sein sollen und in der Lage sein sollen, sowjetische ICBMs in ihren Silos zu zerstören.
Eine ganz neue ICBM der USA ist „Missile Experimental", abgekürzt MX, eine Interkontinentalrakete mit 10 Sprengköpfen.
Die MX soll mit dem weiterentwickelten Trägheits-Bezug-Horizontalsystem (advanced inertial reference system) einen Streukreisradius von 100 m erreichen; wenn zusätzlich ein spezielles Laser- oder Radarsystem angewandt wird, ist ein Streukreisradius von wenigen -zig Metern möglich.
Schon Carter plante, 200 MX-Raketen in 4600 Silos in den Wüsten von Utah und Nevada hin- und herfahren zu lassen. Von Zeit zu Zeit sollten alle Silos geöffnet werden, damit die russischen Aufklärungssatelliten feststellen können, daß sich nicht mehr als 200 Raketen darin befinden. Zunächst war dafür ein unterirdisches Straßennetz geplant, was sich aber rasch als zu teuer und zu langwierig erwies. Danach war ein oberirdisches Straßennetz von mehr als 1000 km Länge für diese Raketen geplant, auf dem sie von Silo zu Silo fahren sollten, wobei gleichzeitig eine Unmenge Attrappen hin- und herkutschiert werden sollten. So sollen die Raketen sicher vor einem sowjetischen Erstschlag sein, weil die Sowjets so nie wissen können, in welchem Silo sich Attrappen und in welchem sich echte Raketen befinden.
Dieses Stationierungskonzept erwies sich jedoch als zu teuer und innenpolitisch nicht durchsetzbar. Seitdem wurden eine Vielzahl anderer Stationierungsvorschläge gemacht. Reagan entschied sich zuletzt für das sogenannte „dense pack" (dichte Packung)-Konzept, nach dem alle 100 Raketensilos dicht nebeneinander placiert werden, so daß eine eventuell einschlagende sowjetische Rakete zwar einige MX in ihren verbunkerten Silos zerstören würde, aber gleichzeitig nachfolgende weitere sowjeti-

sche Raketen durch ihre Explosion zerstören oder vom Kurs abbringen soll. Damit scheiterte er allerdings am Widerstand des Kongresses. Danach ernannte er eine Kommission, die eine akzeptable Stationierungsweise ermitteln sollte.
Diese Kommission, nach ihrem Leiter, dem früheren Sicherheitsberater Brent Scowcroft „Scowcroft-Kommission" genannt, präsentierte im April 1983 schließlich einen sorgfältig ausgearbeiteten „Kompromiß", der folgendermaßen aussieht: Es solle eine kleine, mobile ICBM mit einem Sprengkopf entwickelt werden, die „Midgetman" (s.u.); gleichzeitig solle die Administration einen energischen Vorstoß in den START-Verhandlungen mit den Sowjets unternehmen, die Anzahl von Sprengköpfen pro Rakete zu begrenzen; und gleichzeitig sollten 100 MX-Raketen mit je 10 Sprengköpfen in bestehenden Minuteman-Silos stationiert werden. Dieser letzte Punkt steht zwar in direktem Widerspruch zu den Zielen der ersten beiden, erfüllte so aber das eigentliche Ziel der Kommission, nämlich die MX zu retten. Der zweite Punkt ermöglichte es vielen Kongreßabgeordneten, dem gesamten Programm zuzustimmen. Vor allem vor Wahlen gibt es nichts, was der Mehrzahl amerikanischer Kongreßabgeordneter besser ins Konzept paßt als den Wählern zeigen zu können, selektiv mal für, mal gegen eine Sache gestimmt zu haben und folglich für alle wählbar zu sein. Der Eiertanz um die MX setzt sich also fort: in den Kongreß wurde der Scowcroft-„Kompromiß" später als „Aspin-Amendment" vom Kongreßabgeordneten Les Aspin eingebracht und (gegen ein Amendment zum Stop des MX-Programms) angenommen. Denmnach werden erstmal 15 MX-Raketen produziert (statt 40, die die Administration wollte), allerdings erst, wenn nach dem 1.4.1985 beide Häuser des Kongresses nochmal zustimmen. Besonders die Demokraten machen also allerlei verbale Kompromisse an die amerikanische Friedensbewegung, die sich auf die MX konzentriert, aber sehr ernsthaft kann die Opposition der Demokraten nicht genannt werden, zumal im Juli 1983 bereits erhebliche Mittel für Entwicklung und Flugtests bewilligt worden waren.
Die im „Scowcroft-Kompromiß" genannten „Midgetman" sind sog. kleine ICBMs (Small ICBMs, SICBMs), die bislang wenig beachtet wurden. Bereits 1981 wurde bekannt, daß der Bau solcher SICBMs ernsthaft geprüft werde. 11 Tage, nachdem die Scowcroft-Kommission ihre Empfehlungen im April 1983 abgegeben hatte, wurde das „Small ICBM Program Office" gebildet. General Dynamics und Boeing Aerospace hatten bereits 1982 Vorausträge erhalten; seitdem wurden mehr als 15 Entwicklungsaufträge abgeschlossen, an denen etwa 30 Firmen beteiligt sind. Die Rakete soll eine Reichweite von 11 000 km haben, eine Leichtversion des MX-Navigationssystems erhalten, einen Mk-21 Sprengkopf mit 500 kt tragen und eine Zielgenauigkeit (CEP, circular error probable; der Radius, in dem 50 % einschlagen) von 100 m haben. Die Entwicklungen sollen 1987 voll anlaufen, 1988 sollen die Flugtests beginnen, 1992 soll Stationierungsbeginn sein, 1997 soll das Programm abgeschlossen sein. 1 000 Raketen soll es insgesamt umfassen, wovon ca. 500 mobil auf Fahrzeugen in militärischen Sperrgebieten stationiert sein sollen.[89] Ein Teil wird möglicherweise auch 760-1 060 m unter dem Erdboden stationiert. Die U.S. Air Force erwägt nämlich, eine Untergrund-Raketenbasis im amerikanischen Westen zu bauen, die einen Atomschlag überleben könnte. Im Oktober 1984 wurde bekannt,[90] die Air Force arbeite an solchen Plänen bereits seit 2 Jahren (Kosten: bis zu 50 Mrd. $). Die Basis soll neben MX und Midgetman-Raketen (als „Secure Reserve Force") auch Satelliten beherbergen, die im Bedarfsfall abgeschossene ersetzen sollen. Nach Ansicht der Air Force ist die Basis zur Erlangung der Fähigkeit, einen längerdauernden Atomkrieg (S. 67) zu führen und zu überleben, notwendig. Je 10 Mio. $ wurden für Planungen für eine solche Basis für 1984 und 1985 bereits bewilligt, für 1986 beantragt das Pentagon 20 Mio. $. Analog wird eine ähnliche deep-under-ground-Kommandozentrale für den Präsidenten erwogen.

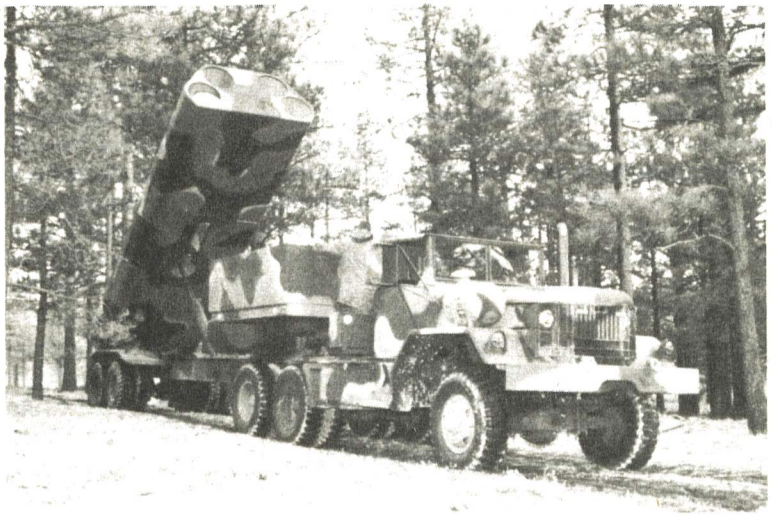
Cruise missiles

Billigere Raketen sind demgegenüber die sogenannten Cruise missiles. Für die heutigen Versionen dieser Raketen laufen Entwicklungsaufträge der U.S. Air Force schon seit 1970 bei General Dynamics, dem größten US-Rüstungskonzern, und bei Boeing.
Cruise missiles (wörtl. „kreuzende Rakete") sind, wie der Name schon sagt, keine ballistischen Raketen, sondern quasi Düsenflugzeuge ohne Pilot. Sechs Meter lang und einen halben Meter dick mit einer Flughöhe von 30-60 Metern sind sie für das sowjetische Radar kaum auszumachen. Cruise missiles suchen sich, ähnlich wie das terminal guidance system der Pershing II ihr Ziel selbst durch Vergleich des überflogenen Gebiets mit eingespeicherten Karten. Dieses System, genannt TERCOM, (terrain contour matching), versetzt die Rakete sogar in die Lage, unterwegs Haken zu schlagen und den Gegner über das angepeilte Ziel im unklaren zu lassen.

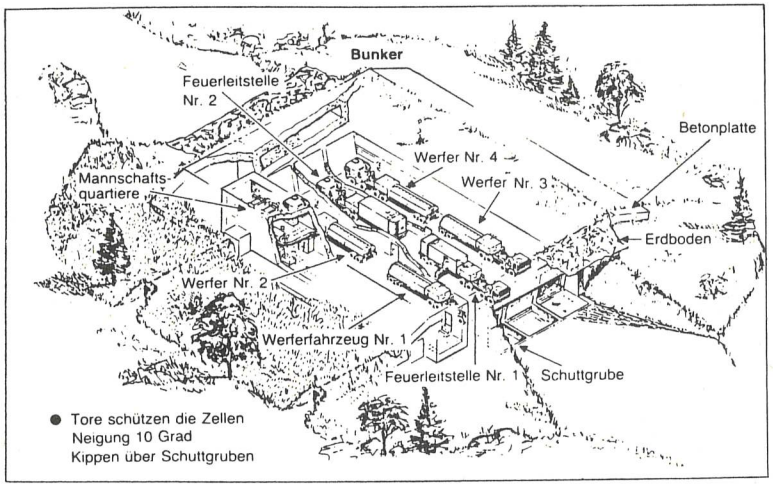


Aufbau und Funktionsweise amerikanischer „Cruise Missiles"

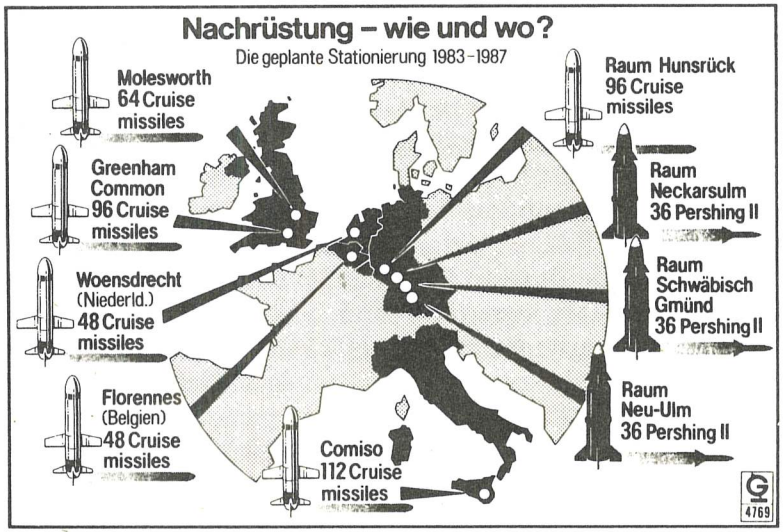
Die Reichweite kann 3 000 km überschreiten.
Drei Versionen von Cruise missiles, auch „Tomahawk" genannt, werden gebaut:
- ground launched cruise missiles (GLCM), landstationiert
- air launched cruise missiles (ALCM), luftstationiert (in Flugzeugen) sowie
- sea launched cruise missiles, seestationiert.



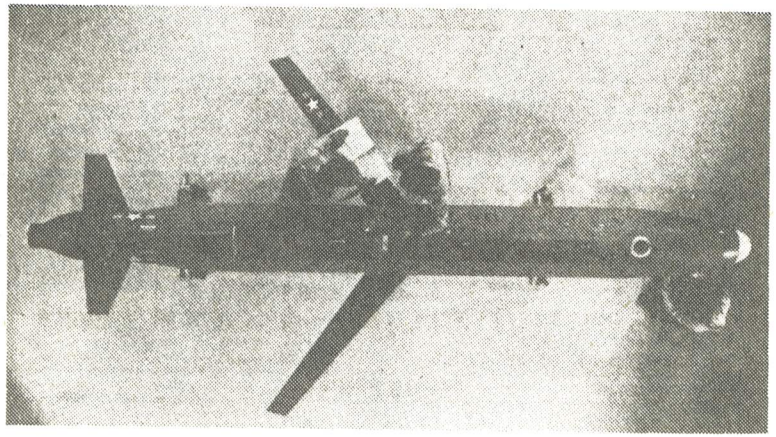
Fahrbare Abschußrampe für Cruise Missiles



Von den GLCMs werden im Rahmen des „Nachrüstungsbeschlusses" der NATO seit 1983 insgesamt 464 Stück in Westeuropa stationiert – 160 in Großbritannien, 112 in Italien, 96 in der BRD und je 48 in Belgien und den Niederlanden. Die Niederlande und Belgien haben die endgültige Zustimmung oder Ablehnung zur Stationierung in ihrem Land bislang immer wieder vertagt.
Jeweils 4 Raketen werden auf einem Tieflader als Startrampe in dessen runden Schächten stationiert. Die Standorte sind daher nur als „Garagen" zu verstehen, die Tieflader sind natürlich mobil.
Bundesdeutscher GLCM-Stationierungsort ist Hasselbach im Hunsrück, wo eine alte Nike-Hercules-Stellung dafür umgebaut wird. Die Bundesregierung hält zwar als einzige NATO-Regierung aus unerfindlichen Gründen den Stationierungsort offiziell „geheim", aber nicht nur in amerikanischen Kongreßprotokollen kann man den Ort nachlesen, sondern auch in Bauplänen aus dem Staatsbauamt Koblenz-Nord („VS-NATO restricted VS-Nur für den Dienstgebrauch"), die im Oktober 1984 an die „tageszeitung" gelangten. Anfang 1986 sollen die ersten GLCMs nach Hasselbach kommen.[91]
In Wiersdorf bei Bitburg/Eifel soll etwa 1987/1988 die zentrale Reparatur- und Testbasis für alle GLCM der U.S. Air Force in Europa entstehen.[92]
ALCMs werden für die strategische Bomberflotte der USA, bestehend aus 151 B-52-Bombern, angeschafft. Sie sollen abgefeuert werden, wenn ein Bomber die sowjetische Luftabwehr nicht zu durchdringen vermag, aber auch über sowjetischem Territorium ist ein Abschuß möglich. Mit



der Einführung der ALCM wurde Ende 1982 bei den B-52-Bombern der Griffiss Air Force Base in Rome im Staat New York begonnen. Ursprünglich sollten 3 400 ALCMs angeschafft werden, mit denen bis 1990 alle 151 Bomber beladen werden sollten, und zwar mit je 12 ALCMs unter den Tragflächen und 8 in den Bombenschächten. Allerdings hat die Technologie raschere Fortschritte gemacht als die U.S. Air Force erwartet hatte. Die Möglichkeit, daß die Sowjets die Cruise missiles doch radarmäßig erfassen könnten, nämlich mit AWACS-ähnlichen „look-down"-Flugzeugen, ließ Amerikas Forscher nicht ruhen und führte zur Entwicklung einer Cruise missile-Version, die in der Lage sein soll, einer solchen Entdeckung zu entgehen. Dafür wird die „Stealth"-Technologie von Lockheed (S. 83) angewandt. Die Air Force hat daher ihren ersten ALCM-Auftrag auf 1499 Stück zurückgestuft, welche bis Ende 1985 geliefert sein sollen, danach soll dann die Stealth-Version geliefert werden, welche gleichzeitig auch eine erhöhte Reichweite erhalten soll.[93]
Von den SLCMs will die U.S. Navy besonders viele anschaffen. In den frühen 90er Jahren sollen über 140 Schiffe und U-Boote mehr als 2 500 Abschußgeräte für SLCMs tragen. Insgesamt ist die Produktion von 3 994 SLCMs geplant, 758 davon sollen mit Atomsprengköpfen ausgerüstet werden. 2 729 sollen auf Schiffen, 1 255 auf U-Booten untergebracht werden.[94] Die SLCMs stellen „eine neue Dimension in der Seekriegsführung" dar, wie Admiral Stephen Hostettler, Projektleiter des SLCM-Programms ausführt. Sie werden die Offensivbasen der Navy von 14 Flugzeugträgern auf mehr als 140 Schiffe und U-Boote erweitern. SLCMs werden, so Hostettler vor dem Kongreß 1983, „praktisch allen Navy-Teilen, nicht nur den Flugzeugträgerkampfgruppen, erlauben, in die Offensive zu gehen, wann immer und aus welcher Ecke des Globus es notwendig wird." Die Reichweite von 2 600 km ermöglicht es, „große Landgebiete, die derzeit nicht von Seestreitkräften oder schauplatzgebundenen Kräften erreicht werden, zu bedrohen." Die Präsenz von SLCMs, auch im Nordpolarmeer,[95] wird der Sowjetunion „klarmachen, daß ihr Territorium kein Heiligtum (sanctuary) ist", so Hostettler. SLCMs können sowohl taktische, regionalstrategische als auch strategische Funktionen übernehmen, wobei die ersteren eine größere Rolle spielen dürften: von ihren Stationierungsräumen hpts. im Indischen und Pazifischen Ozean können sie Aufgaben übernehmen wie z.B. in Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, an Land wie auf See, und sind Bestandteil der horizontalen Eskalation, zumal die Sowjets nicht wissen, ob es sich bei anfliegenden Cruise missiles um konventionelle oder atomare handelt.



Herstellung einer Cruise missiles bei Boeing in Seattle

Auch die Sowjetunion rüstet bei cruise missiles nach. Der damalige Parteichef Andropov erklärte bereits im Dezember 1982, die Sowjetunion teste bereits eigene Langstrecken-Cruise missiles, die als Gegengewicht zu den amerikanischen Cruise missiles stationiert würden. Ein Zusatzprotokoll zu SALT-2, das am 31.12.1981 auslief, hatte die Reichweite von Marschflugkörpern auf 600 km begrenzt. Ein sowjetischer Vorschlag, bei den START-Verhandlungen in Genf diese Begrenzung wieder in Kraft zu setzen, wurde von den USA abgelehnt. Die Sowjetunion entwickelt derzeit verschiedene Marschflugkörper, unklar ist allerdings, wann sie einsatzbereit sein werden. In der westlichen Presse[96] wurden erwähnt: ALCMs der Typen AS-X-15, Reichweite 2 700 km, und BL-10; SLCMs vom Typ SS-NX-21 und die GLCM-Version SSC-X-4, Reichweite bis zu 3 100 km.
Am 13.10.1984 kündigte das sowjetische Verteidigungsministerium an, die Sowjetunion habe mit der Aufstellung von Langstrecken-Cruise missiles auf U-Booten und strategischen Flugzeugen begonnen, die auf die USA gerichtet seien; GLCMs wurden in dieser Erklärung nicht erwähnt.[97]

Langstreckenbomber und U-Boot-Raketen

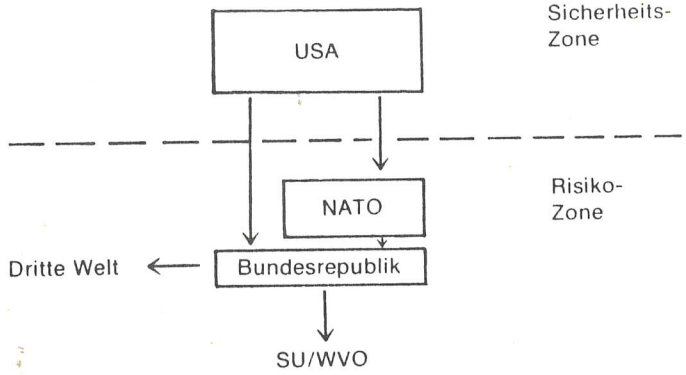
Die restlichen Komponenten der amerikanischen „nuklearstrategischen Triade", die Bomberflugzeuge und die strategischen U-Boote werden schließlich ebenfalls noch mit kostspieligen Milliardenprojekten den Erfordernissen amerikanischer Außenpolitik der 90er Jahre angepaßt. Obwohl es immer zweifelhafter erscheint, ob Flugzeuge noch die sowjetische Luftabwehr überwinden können, werden die fast 30 Jahre alten B-52-Bomber weiter modernisiert und mit ALCM ausgestattet. Des weiteren werden 100 der umstrittenen und superteuren B-1 Langstreckenbomber gebaut; in den 90er Jahren soll die „Stealth"-Technik (radar-unsichtbare Beschichtung) soweit sein, daß ein neuer Bombertyp gebaut werden kann.
Die amerikanischen strategischen U-Boote, bislang hpts. aus der Klasse

„Polaris“ und „Poseidon“ werden ebenfalls durch ein neues System ergänzt bzw. ersetzt, den Trident-U-Booten. Sie werden mit einer neuen SLBM (sea launched ballistic missile, seegestützte ballistische Rakete), der Trident-1 ausgerüstet. Eine Trident-2 wird bereits entwickelt. Die ersten von 11 geplanten U-Booten sind bereits in Dienst gestellt (Stückpreis 2 Mrd. $), das ganze Programm kostet mindestens 30 Mrd. $.
Das Trident-U-Boot ist mit Abstand das größte auf der Welt („supersub“) – mit 18 700 BRT ist es doppelt so groß wie die Poseidon und kann dementsprechend 24 SLBMs mit je 8 Sprengköpfen aufnehmen. Die Sprengköpfe haben derzeit einen Streukreisradius (CEP, der Radius, in dem 50 % der Sprengköpfe einschlagen) um 500 Meter (Poseidon: 550 m; Polaris: 900 m). Die Entwicklung und Einführung von Flugbahnkorrekturtechnologien und genauere Navigation werden die Zielgenauigkeit fortlaufend verbessern. Diese SLBM-Sprengköpfe können später vielleicht mit einer Endphasenzielsteuerung ausgerüstet werden, die Radar, Laser oder eine andere Technik benützen, um sie nach dem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre in ihre Ziele zu führen. Dies könnte einen Streukreisradius von einigen -zig Metern ergeben.
Die SLBMs werden dann so zielgenau sein, daß sie nicht länger nur gegen Städte gerichtete Waffen wären, sondern sie würden auch gegen militärische Ziele eingesetzt werden können. Falls sie beschafft wird, wird Trident-II die gegen militärische Ziele gegebenen Einsatzmöglichkeiten der US-SLBMs erheblich verbessern.
Trident-I ist auf eine maximale Reichweite von 4 000 Seemeilen – 7 400 km ausgelegt, wenn es 8 Mehrfachsprengköpfe á 100 kt mitführt. Noch größere Reichweiten können erreicht werden, wenn die Rakete mit einer kleineren Sprengladung bestückt ist. Mit dieser weitreichenden Rakete werden die Trident-U-Boote in einem mehrfach größeren Meeresraum operieren können und dennoch in Reichweite ihrer Ziele bleiben, als beispielsweise Poseidon (maximale Reichweite 4 600 km; maximale Last 14 Sprengköpfe à 40 kt). Die weitreichenden Raketen gestatten es den Trident-U-Booten, näher an den amerikanischen Küsten zu operieren und dennoch in Reichweite ihrer Ziele zu bleiben.
Vor allem aber arbeiten die Trident trotz ihrer Größe wesentlich leiser und sind daher sehr schwer aufzuspüren. Zusammen mit einer verbesserten U-Boot-Abwehr sind die Amerikaner bereits heute so weit, daß sie die Standorte der sowjetischen U-Boote ständig kennen, während die Sowjets nur selten amerikanische U-Boote aufspüren.[98]
Außerdem soll es möglich sein, zwei Drittel der Trident-Flotte ständig einsatzbereit auf See zu haben – zum Vergleich: Poseidon und Polaris sind nur zur Hälfte einsatzbereit; nach US-Quellen hat die Sowjetunion normalerweise nur ein Siebtel ihrer strategischen U-Boote auf See.
Die strategische U-Boot-Flotte der U.S. Navy stellt damit eine unverwundbare Streitmacht dar, der die Sowjetunion „nichts Gleichwertiges

entgegenzusetzen hat“, wie das im Gleichgewichtsjargon so schön heißt. Zudem haben die USA 32 % ihrer strategischen Trägersysteme mit 54 % der strategischen Sprengköpfe in dieser Flotte unerreichbar für jeden sowjetischen Erstschlag stationiert, fast 5 000 Sprengköpfe insgesamt (und damit mehr als genug, um sämtliche anderen strategischen Systeme unverzüglich zu verschrotten, ohne an Abschreckungsfähigkeit zu verlieren). Zum Vergleich: Die UdSSR hat 21% ihrer strategischen Sprengköpfe auf 40 % ihrer strategischen Trägersysteme seestationiert – insgesamt 1 500 Sprengköpfe.

Konsequenzen

Das alte Abschreckungssystem des „wer als erster schießt, stirbt als zweiter“ befindet sich auf dem Weg in die Geschichtsbücher. Die Behauptungen der CDU/CSU, es habe 35 Jahre den Frieden in Mitteleuropa gesichert, weshalb die Politik der NATO und der Bundesregierung auch weiterhin „aktive Friedenssicherung“ sei, geht daher an den Tatsachen vorbei. Die Situation in den 80er Jahren ist von ganz anderen Bedingungen gekennzeichnet: Künftig wird für die NATO Krieg gegen Länder der Dritten Welt notwendig, weil diese einen „gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen“ wollen. Diese Kriege sind nur dann erfolgversprechend, wenn die Sowjetunion dazu gezwungen werden kann, stillzuhalten. Dies erfolgt durch ein offensiv nutzbares militärisches Drohpotential in Westeuropa. Selbstverständlich wollen die USA keinen Krieg. Sie wollen ihn natürlich möglichst vermeiden, vorausgesetzt, ihre Ziele lassen sich anders (nämlich mit der Androhung von Krieg) verwirklichen. Die dominierende NATO-Macht USA unternimmt gleichzeitig enorme Anstrengungen, sich von dieser Aufmarschbasis Europa militärisch „abzukoppeln“ und das Risiko für diese Drohpolitik auf die Europäer abzuwälzen und für alle Fälle selbst „unverwundbar“ zu werden. Das „sanctuary America“ wird sozusagen zu einer Sicherheitszone, während Europa und die Dritte Welt zu Risiko-Zonen werden.



Die Sowjetunion wiederum unternimmt Anstrengungen, sich selbst aus dieser Risikozone herauszuhalten und die Bedrohung durch diese US-Strategien auf ihre eigenen Verbündeten abzuwälzen. USA und Sowjetunion degradieren ihre Verbündeten sozusagen zu Wegwerfverbündeten. Die Risikozone Westeuropa, und hier wiederum v.a. die BRD mit ihrer weltweit einmaligen Militärkonzentration, übernimmt gleichzeitig eine wichtige Stützpunkt- und Sprungbrett-Funktion für diese globale Politik der „Stärke". Die NATO ist heute primär ein Herrschaftsinstrument der USA, in dem die USA bestimmen, in welchem Ausmaß Interessen der westeuropäischen Regierungen berücksichtigt werden. Von allen westeuropäischen Staaten ist die BRD derjenige, der für diese Strategien am wichtigsten ist, sich am stärksten daran beteiligt und dessen Regierungen (egal ob Schmidt oder Kohl) der unkritischste US-Vasall ist. Die Bereitwilligkeit der herrschenden Kreise „dieses unseres Landes", sich fremdem politischem Willen so vorbehaltlos unterzuordnen, ist die Folge einer ganz spezifischen NATO-Staatsräson, die wohl einmalig ist. Für die Bundesregierung ist „das Bündnis Kern deutscher Staatsräson", so Helmut Kohl bei seinem Amtsantritt. Diese „Staatsräson" äußert sich in einer Selbstverleugnung, Selbsttäuschung und Beweihräucherung einer nicht existierenden transatlantischen Interessengemeinschaft, die mit realistischer und unvoreingenommener Wahrnehmung weltpolitischer Vorgänge nichts zu tun hat. Sie erinnert fatal an das „Zwiedenken" in Orwells „1984". Außerhalb dieses verbogenen Weltbilds haben die meisten Politiker der BRD keine politische Identität. Dies ist nur erklärbar aus der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland: die Souveränität erlangte sie von den 3 westlichen Siegermächten 1955 nur unter der Voraussetzung des NATO-Beitritts, und diese „Souveränität" erhielt sie nur in einer eingeschränkten NATO-konformen Variante. Im „Deutschlandvertrag" der 3 Siegermächte mit der BRD ist unabhängig von der NATO ein Truppenstationierungsrecht der USA, Großbritanniens und Frankreichs geregelt, das sich diese einseitig vorbehalten. Diese Besatzungsrechte müssen verschwinden, z.B. durch einen Friedensvertrag, mit dem der 2. Weltkrieg auch formal endlich beendet wird. Ein Staat, von dessen Territorium andere Staaten militärpolitisch nach eigenem Gutdünken schalten und walten können, kann schwerlich als „souverän" bezeichnet werden. Die BRD muß sich die Souveränität für eine eigenständige Friedenspolitik nehmen. Die NATO ist heute eine Kriegsallianz, die gegen elementare Lebensinteressen der Menschen nicht nur in den NATO-Ländern, sondern v.a. auch der Dritten Welt und der Zweiten Welt (Osteuropa) gerichtet ist. Ihre kriegsträchtigen Strategien stellen eine Gefahr dar, die größer ist als jede denkbare sowjetische Bedrohung. Die BRD muß sich aus dieser Allianz lösen, wenn sie nicht für die „vitalen Interessen" der USA versaftet werden will. In Ländern wie den Beneluxländern, Dänemark, Norwegen und Griechenland gehen auch die Regierungen zögerlich auf Distanz zur Politik dieser Allianz. In Großbritannien und noch mehr der BRD stehen Regierungspolitik und kritische Öffentlichkeit in krassem Gegensatz. Wenn sich die BRD aus dieser unheilvollen Gewaltpolitik lösen soll, muß sich der Druck von unten noch weiter verstärken und diese Bundesregierung abgelöst werden. CDU/CSU oder SPD mit der Abrüstung zu beauftragen, gleicht dem Versuch, Rauschgifthändler mit der Eindämmung des Rauschgifthandels zu beauftragen. Niemand zwingt uns, diese US-Politik bereitwillig mitzumachen. Niemand zwingt uns, an einem Wirtschaftssystem und einer Lebensweise stur festzuhalten, für die die Ausbeutung der Dritten Welt geradezu Voraussetzung ist. Niemand könnte uns daran hindern, unsere Abhängigkeit vom Öl der Dritten Welt nicht auf friedliche Weise abzustellen. Niemand zwingt uns, Schnelle Eingreiftruppen, AirLand-Battle bereitwillig zu unterstützen und uns daran zu beteiligen. Aktive Friedenspolitik heißt heute, sich diesen Strategien zu entziehen. Auch die US-Truppenpräsenz in der BRD muß hier thematisiert werden. „Die amerikanischen Truppen sind doch nicht etwa aus Barmherzigkeit gegenüber den Europäern hier. Sie sind hier, weil an der innerdeutschen Grenze auch die vitalen Interessen der USA verteidigt werden."[99] Diese Aussage von Bernard W. Rogers, NATO-Oberbefehlshaber, entspricht zweifellos den Tatsachen, und unter „verteidigen" verstehen die USA inzwischen „angreifen". Wie diese vitalen Interessen aussehen, haben wir kennengelernt.

Die Bundeswehr könnte sich nur dann der neuen amerikanischen Kriegsführungskonzeption entziehen, wenn sie aus der militärischen NATO-Integration gelöst werden würde. Solange dies nicht geschieht, wird künftig die Bundeswehr im Rahmen eines Kriegsführungskonzeptes eingeplant werden, das

- die militärische Lage in Europa deutlich destabilisiert,
- Entspannungs- und Abrüstungspolitik rapide erschwert,
- die Wahrscheinlichkeit eines Krieges drastisch erhöht und
- die bisherige Abschreckungspolitik in Richtung atomarer Kriegsführungsoptionen verändert.

Vor allem die Ausstattung der Bundeswehr mit Trägersystemen für amerikanische Atomwaffen führt zu einem unvereinbaren Gegensatz von Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die den Angriffskrieg verbietet und Militär nur zur Verteidigung erlaubt und der neuen amerikanischen Kriegsführungsdoktrin, die für die Souveränität von Ländern, die zum Kriegsschauplatz gemacht werden, keinen Raum läßt.

Die USA entziehen damit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik die Grundlage (Defensivbündnis).

Aber auch die Sowjetunion dürfte kein Interesse an ernsthaften Versuchen der BRD haben, sich der NATO-Politik und den alten Besatzungsrechten zu entziehen. Militärbündnisse wie der Warschauer Pakt oder

die NATO brauchen die Konfrontation, sie können ihre eigenen inneren Widersprüche nur mit äußeren Feindbildern bewältigen. Solche Schritte der BRD blieben bei einem endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und „Wiedervereinigungs"-Optionen nicht ohne Rückwirkung auf andere NATO-Länder, ebenso würde die Funktion des Warschauer Pakts mit dem Wegfall des Feindbildes BRD-Revanchismus bedeutend geschwächt. Friedenspolitik kann nur gegen beide Supermächte durchgesetzt werden, nicht in einer „Sicherheitspartnerschaft" (was immer das auch sein mag) mit ihnen. In seinem eigenen Überlebensinteresse kann der Wegwerfverbündete Bundesrepublik Deutschland nicht länger auf die Supermächte warten. Die Zahl „wehrpsychologisch nicht hinreichend gefestigter Bürger", wie es die Rüstungslobby ausdrückt[100] wird deshalb auch weiterhin zunehmen...

Anmerkungen

(1) zit. nach Zeit-Magazin 15, 6.4.1984, S. 56 f.
(2) Wirtschaftswoche 5.3.1982
(3) Die Titan-II, die derzeit verschrottet wird, ist die letzte amerikanische Rakete, die mit dem technisch veralteten Flüssigkeitstreibstoff (meist flüssiger Wasserstoff/flüssiger Sauerstoff) angetrieben wird. Dieser hat den Nachteil, daß er sich laufend erwärmt (flüssiger Wasserstoff hat z.B. eine Temperatur von −252° C, flüssiger Sauerstoff eine von −183° C). Deshalb muß er in periodischen Zeitabständen abgepumpt und neu gekühlt werden, so daß stets nur ein Teil der flüssigkeitsangetriebenen Raketen einsatzbereit ist. Auch das Abpumpen und Auftanken ist ein relativ umständlicher und gefährlicher Prozeß. Die erste Feststoffrakete, die die Sowjetunion einführte, ist die SS-20 – bis heute die einzige in größerer Stückzahl gefertigte sowjetische feststoffangetriebene Atomrakete, was darauf hindeutet, daß die Sowjets mit dieser Technik noch erhebliche Probleme haben, während sie in den USA seit Mitte der 60er Jahre Standard ist.
(4) vgl. The Cuban Missile Crisis, Edited with Commentary by Robert A. Divine, Chicago, Quadrangle Books 1971, SBN 8129-6146-3, p. 46-56; Quellenindex zur Cubakrise 1962, Hrsg. Dr. Dietrich Steinicke, Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Alfred Metzner Verlag Frankfurt/Berlin 1969, Süddeutsche Zeitung 31.3.84
(5) In offiellen Dokumenten findet sich als höchste Eskalationsstufe sogar noch eine namens „Post-atomarer Krieg", definiert als „jegliche Kriegshandlungen nach einem strategischen Atomkrieg".
(6) „Strategische Atomstreitmacht" ist die Atomwaffenkapazität, die über mittlere und größere Entfernungen das Territorium der gegnerischen Supermacht erreichen kann – also Interkontinental- und ggf. Mittelstreckenraketen sowie Atom-U-Boote und Interkontinentalbomber.
(7) Im Unterschied zu „taktischen" Atomwaffen mit kurzer oder sehr kurzer Reichweite, die zum Einsatz unmittelbarer auf dem Gefechtsfeld bestimmt sind, z.B. die Neutronenbombe.
(8) Die zur Zerstörung eines verbunkeren Atomziels notwendige Sprengkraft wächst proportional zur dritten Potenz der Entfernung des Explosionsherdes vom Ziel, was deutlich macht, daß über die Zerstörung verbunkerter Ziele in erster Linie die Treffgenauigkeit entscheidet und nicht die Sprengkraft.
(9) Report of the Secretary of Defense Harold Brown to the Congress on the Fiscal Year 1981 Budget, January 28, 1980, Washington D.C.
(10) Reagan am 8.3.1983, zit. nach TIME magazine Jan. 2, 1984, p. 4
(11) Die übrigen Regionalkommandos sind: EUCOM, European Command (Europa incl. Nordafrika – ohne Ägypten – und Libanon, Israel, Syrien); LANTCOM, Atlantic Command; SOUTHCOM, Soutern Command, Lateinamerika; PACOM, Pacific Command.
(12) zit. nach M.T. Klare, Rapid Deployment by RDF, The Nation, Washington, March 8, 1980
(13) Spiegel 28-30/1981
(14) Report of the Secretary of Defense Caspar Weinberger to the Congress on the Fiscal Year 1983, Budget, FY 1984 authorization request and FY 1983 to 1987 defense program, Washington D.C., 8.2.1982

(15) U.S. Army Training and Doctrine Command (ed.): The AirLand Battle and Corps 86, TRADOC-Pamphlet 525-5, Ft Monroe, Va 25.3.1981, S. 5
(16) dt. Übers.: Militärpolitik Dokumentation 34/35: Die „AirLand Battle"-Doktrin, Frankfurt, ISSN 0171-9033, 1983
(17) Department of the Army (ed.): Field Manual 100-5, Operations, Washington D.C., 20.8.1982, S.8-1
(18) ebda. S. 2-2
(19) Donn A. Starry, Extending the battlefield, in: Military Review 3/81 S. 31
(20) FM 100-5 (Anm. 17) S. 8-6
(21) Bernard W. Rogers: Das atlantische Bündnis – Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt, in: Europa Archiv, 12. Folge 1982, S. 376
(22) Bernard W. Rogers: Greater flexibility for NATO's flexible response, in: Strategic Review, Spring 1983, S. 11-19
(23) Deutsche Übersetzung: in Militärpolitik Dokumentation Heft 34/35, Verlag Haag + Herchen GmbH, Frankfurt, 1983, ISSN 0171-9033
(24) Bundesministerium der Verteidigung, Material für die Presse, XI/23, 24.8.83; Stichworte zur Sicherheitspolitik 9/1983, S. 38-40
(25) wib 9/83 S. 25
(26) Bundestags-Drucksache 10/1750
(27) FM 100-5 (Anm. 17) Vorwort
(28) ebda.
(29) ebda. Kap. 1
(30) z.B. in der Verteidigungsausschuß-Sitzung vom 7.9.83
(31) Congress of the United States, Committee on Armed Services: „Department of Defense Authorization for FY 1984" 98th Congress, 1st Sess. Part 1, Feb. 1, 1983, Washington D.C. GPO 1983, p. 122
(32) Deparment of the Army, 3rd Infantry Division APO New York: Field Training Exercise REFORGER 1983 – CONFIDENT ENTERPRISE Umpire Handbook, 3ID-Circular 350-83-3, 1.8.1983, S. F-1
(33) tageszeitung 23.2.1984
(34) Status of Major Acquisitions as of September 20, 1982. Study by the Staff of the U.S. General Accounting Office, AO NSIAD-83-32, Washington, 7.9.1983, S. 17, 18, 19, 25, 98, 100.
(35) stern 22.3.1984
(36) Bundestags-Drucksache 10/1624 (neu), 10/1685; Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 77. Sitzung, 28.6.1984, S. 5705-5717
(37) vgl. E. Heckmann, Wirken in die Tiefe, in: Wehrtechnik 2/83, S. 15 ff. W. Schwarz, Binärwaffen – chemische Kampfstoffe im Konzept der USA für offensive Kriegsführung, IPW 3/84 S. 1 ff.
(38) FAZ 5.5.1984
(39) Die Sicherheit des Westens, Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn 1981; vgl. FR 26.2.1981, 14.3.1981
(40) Stuttgarter Nachrichten 16.4.1981
(41) Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll vom 26.5.1981
(42) Aggreement on the Master Restationing Plan, in: Military Construction Appropriations, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, U.S. GPO, Washington D.C. 1982, S. 259
(43) ebda. S. 259, 141
(44) Report usw. (Anm. 14), S. III-113
(45) Weißbuch 1983, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister der Verteidigung 1983

(46) Report usw. (Anm. 14) S. III-97, 110
(47) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 20/18.2.1983
(48) taz. 16.4.84
(49) Hajo Hoffmann (MdB): Westliche Militärintervention in Nahost? Über die mittelbare und unmittelbare Einbeziehung der Bundesrepublik in einen Militärkonflikt außerhalb des NATO-Vertragsgebiets, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 38, Nr. 228, 29.11.83, S.4
(50) Süddeutsche Zeitung 22.11.1983
(51) Dieter Farwick, Oberstleutnant im Planungsstab des Verteidigungsministeriums für Strategieplanung zuständig, in einem Aufsatz der Österreichischen Militärischen Zeitschrift
(52) U.S. Army Training and Doctrine Command: U.S. Army Operational Concepts: The AirLand Battle and Corps 86, TRADOC-Pamphlet 525-5, Ft. Monroe, Va 25.3.1981
(53) Colin S. Gray, Keith Payne, Victory is Possible, Foreign Policy 39, Summer 1980, p. 14-27
(54) dpa-Meldung 2.6.1983, ddp-Meldung 6.6.1983
(55) New York Times 25.10.83
(56) Frankfurter Rundschau 15.7.83, International Herald Tribune 16.6.83
(57) New York Times 30.9.1984
(58) Bundestagsdrucksache 10/1898
(59) Washington Post 16.10.1983
(60) Washington Post 11.4.1982
(61) New York Times 30.10.1980
(62) Bulletin of the Atomic Scientists Oct. 1980, S. 25
(63) Die Tatsache, daß die US-Administration bei Rüstungsentscheidungen die europäischen Verbündeten nicht um ihre Meinung fragt, sondern das als inneramerikanische Angelegenheiten betrachtet, wird nicht nur durch die Praxis laufend neu bestätigt, sondern auch durch ein Papier mit dem Titel „Strategische Führung" des sicherheitspolitischen Beraterstabs des US-Präsidenten, das kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der New York Times zugespielt wurde. Seine Echtheit wurde von Mitgliedern dieses Beraterstabes ausdrücklich bestätigt. Es gebe die Denkweise des Stabs und des Präsidenten wieder, auch wenn es nicht zu einem offiziellen Dokument erklärt werden würde. In dieser Studie wird also laut New York Times vom 13.11.1980 festgestellt, daß kein Teil der Erde künftig mehr außerhalb der amerikanischen Interessen liegen dürfe. Außerdem müßten die USA künftig auch zum militärischen Vorgehen ohne ihre Verbündeten bereit sein. Zwar sollte die US-Politik auch weiterhin darum bemüht sein, die Unterstützung der westlichen Verbündeten für die Verteidigung der „gemeinsamen Interessen" zu gewinnen. Das jeweilige Verhalten der Alliierten dürfe jedoch „nicht das Vorgehen der USA zur Verteidigung ihrer Interessen einengen". Außerdem finden sich noch die Punkte, die inzwischen Weinberger u.a. öfters von sich gegeben hat, nämlich daß die USA in der Lage sein müßten, jeder Art von militärischer Gewalt an jedem Punkt der Erde zu begegnen, und daß die atomstrategische Streitmacht unter allen Umständen in der Lage sein muß, jeden sowjetischen Atomangriff zu überstehen, um anschließend „das ganze Spektrum von militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zielen" des Gegners anzugreifen. Dabei sollten jedoch die Verluste bei der Zivilbevölkerung möglichst in Grenzen gehalten werden.

Aufschlußreich auch die Forderung, die künftige US-Verteidigungspolitik müsse darauf ausgerichtet sein, die US-Interessen schon dann zu schützen, „wenn der Angriff einer feindlichen Macht oder einer Koalition schon von Mächten nicht unwahrscheinlich ist". Ebenfalls aufschlußreich die namentlich aufgeführten Verfasser – neben dem pensionierten früheren US-Oberbefehlshaber in Südkorea General Richard Stilwell, Mitarbeiter des Hudson Institute, das schon die chirurgischen Erstschläge auf den Kreml entwarf (bzw. kurz danach entwarf).

(64) Massachusetts Institute of Technology – Professor Rathjens weist noch auf einen anderen Aspekt hin: „Diese Pershing-Babys sind doch nicht dazu da, einen „Entwaffnungsschlag" der Sowjets auf Westeuropa mit SS-20 abzuschrecken oder zu vergelten. So etwas macht man nicht mit solchen Präzisionswaffen. Man schlägt nicht mit Einzelsprengköpfen von nur 1 bis 10 Kilotonnen Ladung zurück, wenn man gerade 150-Kilotonnen-Brocken ins Genick bekommen hat."

(65) Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Stenographischer Bericht 113. Sitzung, 8. November 1978, S. 8877D.

(66) zit. nach W. Bittorf, Schießplatz der Supermächte, Spiegel 29/81 S. 114

(67) Die SS-20 wurde ab 1975/76 als erste funktionierende sowjetische Festtreibstoff-Rakete durch Umkonstruktion der durch SALT verbotenen Interkontinentalrakete SS-16 entwickelt und 1976 erstmals in der europäischen Sowjetunion gesichtet.

(68) vgl. Vorwärts 22.11.1979, New York Times 13.12.1979, Spiegel 51/79

(69) Washington Post 12.10.1984

(70) Bittorf (Anm. 66), S. 116

(71) Um noch einmal Colin Grays Aufsatz im „Air Force Magazine" zu zitieren: „Betrachten wir beispielsweise die sogenannte „Nulloption" des Präsidenten für die landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa. Bei dem NATO-Plan, 108 Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper zu stationieren, geht es nicht darum, ein Gleichgewicht oder ein Gegengewicht gegenüber der sowjetischen SS-20-Stationierung zu schaffen; es geht vielmehr darum, die Erwartung der Sowjets zu garantieren, daß ein großer Krieg, der in West-Mitteleuropa beginnt, ziemlich schnell in einen Konflikt eskalieren würde, welcher die eigenen Territorien der Supermächte unmittelbar einbezieht. Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Systeme (oder Entsprechendes), *gleichgültig* ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird *oder nicht.* (Hervorh. v. C. Gray).

(72) Neue Zürcher Zeitung 7.11.1982

(73) stern 49/82 v. 2.12.1982

(74) Zum Thema: Frieden und Freiheit, Die Argumente der CDU zur aktuellen Friedensdiskussion, 1981

(75) vgl. Washington Post 7.4.1982, stern 14.10.1982, FAZ 11.11.1982, die amerikanische Armeezeitschrift Field Artillery Journal vom Sept. 1984, taz 31.8.1984, 4.9.1984

(76) Auszüge aus der Reagan-Rede in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1983 S. 636 f.

(77) Süddeutsche Zeitung 23.9.1983. Nach Pentagon-Angaben ist es im Juni 1984 auch erstmals gelungen, mit einer Versuchsrakete einen Sprengkopf abzufangen, der von einer Minuteman-ICBM ins All getragen worden war. Der Versuch hatte zum Ziel, eine Waffe ohne Atomsprengkopf zu entwickeln, die sowjetische Raketen außerhalb der Erdatmosphäre (mind. 95 km Höhe) abfangen kann. (SZ 12.6.84).

(78) vgl. K. Tsipis, Laserwaffen-Alptraum oder Hirngespinst, in: Spektrum der Wissenschaft, Rüstung und Abrüstung, Herbst 1983, S. 80 ff.;
H.G. Brauch: Angriff aus dem All, Berlin/Bonn 1984

(79) FAZ 30.3.1984

(80) vgl. Ulrich Albrecht, Waffen im Weltraum, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 30.4.1984, S. 7

(81) Spiegel 14/81 S. 160

(82) U. Albrecht (Anm. 80), S. 6

(83) Sozialdemokratischer Pressedienst 17.4.1984

(84) Spiegel 14/81 S. 177

(85) Union of Concerned Scientists, Space-Based Missile Defense, 21.3.1984, S. 106; Deutsch: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1984, S. 635 ff.

(86) Neue Zürcher Zeitung 19.4.1984, Südd. Zeitung 5.4.1984

(87) Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 13.4.1982, S. 2

(88) taz 22.7.1983; loyal – das deutsche wehrmagazin 9/84 S. 6 ff.

(89) Stuttgarter Zeitung 15.5.1981; Bulletin of the Atomic Scientists 5/84

(90) New York Times 3.10.1984

(91) tageszeitung 18.10.84

(92) stern 49/82

(93) New York Times 16.2.1983

(94) Bulletin of the Atomic Scientists, Chicago, 10/84, S. 3 (William Arkin)

(95) FAZ 6.6.1981

(96) Aviation week & space technology, AP/afp 5.1.1983; vgl. Österreichische Militärische Zeitschrift 2/84, FAZ 28.4.1983

(97) Washington Post 14.10.1984

(98) TIME magazine 27.7.1981

(99) Interview von Rogers mit Bild am Sonntag 13.5.1984

(100) Europäische Wehrkunde 6/1982 S. 245

Literaturtips

Anton-Andreas Guha, Der Tod in der Grauzone – Ist Europa noch zu verteidigen? Frankfurt 1980, Fischer Informationen zur Zeit 4217

Alfred Mechtersheimer, Zeitbombe NATO, Auswirkungen der neuen Strategie, Diederichs Verlag Köln 1984, ISBN 3-424-00824-9

Alfred Mechtersheimer, Rüstung und Frieden – Argumente für eine neue Sicherheitspolitik, rororo, 1982, 980-ISBN-3499178214

SIPRI-Rüstungsjahrbücher, in der rororo-aktuell-Reihe

W. Perdelwitz, H. Bremer: Geisel Europa, Olle + Wolter Berlin 1981, ISBN 3-88395-429-2

Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa, rororo aktuell 4934, 1981, 1080-ISBN-349914934-6

William A. Williams, Der Welt Gesetz und Freiheit geben, Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik, Junius Verlag Hamburg 1984, ISBN 3-88506-1287

Die Grünen im Bundestag (Hrsg.): Angriff als Verteidigung, - AirLand Battle, AirLand Battle 2000, Rogers-Plan, erhältlich über die Büros der Grünen

Militärpolitik Dokumentation Heft 34/35: Die „AirLand Battle"-Doktrin, eine offensive Kriegsführungsdoktrin für das Schlachtfeld Europa, Verlag Haag + Herchen Frankfurt 1983, ISSN 0171-9033

Forschungsinstitut für Friedenspolitik (Hrsg.): Auszüge aus der US-amerikanischen Heeresdienstvorschrift Field Manual 100-5 vom 20.8.1982, Starnberg 1984 (postfach 1529, 8130 Starnberg)

Karl-Klaus Rabe: Einzelplan 14, Rüstungspläne der Bundesregierung, Lamuv-Verlag 1984, ISBN 3-88977-017-7

Anne Borgmann u.a. (Hrsg.): Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre - aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums, Kassel 1984

Michael T. Klare: Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . . Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA, Militärpolitik Dokumentation 26, Frankfurt 1982, ISSN 0171-9033

Th. Nielebock (Hrsg.): Rüstungsexport - Analysen, Daten, Stellungnahmen, Verein für Friedenspädagogik Tübingen 1984, ISBN 3-922833-32-2

Die Grünen Baden-Württemberg (Hrsg.): Reader zum Kongreß Friedensvertrag - Blockfreiheit - Neutralität 1984

Report of the Alternative Defence Commission: Defence without the Bomb, Taylor & Francis Ltd London/New York 1983, ISBN 0-85066-240-0, £ 4.45

Robert C. Aldridge, Erstschlag - die Strategien des Pentagon für den Atomkrieg, Werkhaus-Verlag 1984, 410 S.

Anhang

Tabelle 1: Taktische Nuklearwaffen mit großer Reichweite

Land	Bezeichnung	Erstmals aufgestellt	Reichweite (km)	Streukreisradius (m)	Sprengkopf	Bestand[a] A	Bestand[a] B	Programmstatus
UdSSR	SS-4 Sandal	1959	1 800	2 400	1xMt	240	455	SS-4/SS-5 werden abgebaut; UdSSR gibt an, keine SS-5 mehr zu haben
	SS-5 Skenn	1961	3 500	1 200	1xMt			
	SS-20	1976/77	5 000	400	3x150-kt MIRV 1x?[b]	378	..	Gemäß NATO waren Ende 1983 243 aufgestellt, die Europa erreichen können
	SS-N-5 Serb[c]	1963	1 200	n.n	1xMt	39	18	3 auf jedem Golf II-U-Boot, von denen 6 seit 1976 in der Ostsee stationiert wurden
USA	Pershing II	1983	1 800	40	10-50 kt[d]	9		108 Startgeräte sollen bis 1985 aufgestellt sein
	GLCM	1983	2 500	50	200 kt[e]	32[f]		464 sollen bis 1988 stationiert sein
Großbritannien	Polaris A-3	1967	4 600	800	3x200-kt MRV	64		In 4 strategischen U-Booten, werden durch Chevaline-System[g] ersetzt
	Trident II (D5)[h]	(1990s)	10 000	250	8x355-kt MIRV	0		Ersetzen ab 90er Jahre Polaris/Chevaline-System mit 64 Startern auf 4 U-Booten
Frankreich	SSBS S-3	1980	3 000	n.a.	1x1-Mt	18		
	MSBS M-20	1977	3 000	n.a.	1x1-Mt	80		In 5 strategischen U-Booten
	MSBS M-4	(1985)	4 000	n.a.	6x150-kt MRV	0		Im 6. strategischen U-Boot; bis 1992 geplant: 96 (einschließlich Umrüstung)

a A: US-Ausgaben Stand Januar 1984; B: sowjetische Angaben Stand 1. 6. 1983; etwa 2/3 der Raketen dürften Europa erreichen können
b Einige SS-20 sind mit einem Sprengkopf ausgerüstet und könnten daher interkontinentale Reichweite haben
c In Diesel-getriebenen U-Booten, daher nicht bei SALT mitgezählt
d Veränderbare Sprengkraft
e Sprengkopf W 84 mit wählbarer Sprengkraft, 200 kt dürfte Maximum sein
f Einschließlich jeweils 16 in Greenham Common und Comiso (einsatzfähig März 1984)
g Wahrscheinlich mit 3 Sprengköpfen. 6 Sprengköpfe (MRV) mit jeweils 50 kt sind auch erwähnt worden.
h Reichweite und Sprengkraft basieren auf der wahrscheinlichen Auswahl durch die USA. Da Großbritannien die Ladungen selber liefert, können die Spezifikationen unterschiedlich sein.

Nach SIPRI, Stockholm

Tabelle 2: Sowjetische strategische Nuklearwaffen, Ende 1983

Trägersystem	Erstmals aufgestellt	Reichweite (km)	Anzahl[a]	Sprengköpfe pro Träger	Sprengkraft pro Sprengkopf (Mt)	Sprengköpfe (Summe)	Sprengkraft (Mt) (Summe)
Interkontinentalraketen							
SS-11 Mod 1	1966	10 500	250	1	1	250	250
Mod 3	1973	8 800	300	3	0,3	900	270
SS-13	1968	10 000	60	1	0,6	60	36
SS-17 Mod 1[b]	1975	10 000	130	4	0,75	520	390
Mod 2	1977	11 000	20	1	6	20	120
SS-18 Mod 2[c]	1977	11 000	115	8	0,9	920	828
Mod 3[d]	1979	16 000	23	1	20	23	460
Mod 4	1982	11 000	170	10	0,5	1 700	850
SS-19 Mod 2	1979	10 000	20	1	10	20	200
Mod 3	1982	10 000	310	6	0,55	1 860	1 023
Zwischensumme			*1 398*			*6 273*	*4 427*
Seegestützte Raketen							
SS-N-5[e]	1964	1 200	9	1	1	9	9
SS-N-6 Mod 2	1973	3 000	128	1	1	128	128
Mod 3	1974	3 000	256	2	0,2	512	102
SS-N-8 Mod 2	1972[f]	9 100	292	1	0,8	292	234
SS-N-17	1977	3 900	12	1	1	12	12
SS-N-18 Mod 2[g]	1978	8 000	64	1	0,45	64	29
Mod 3[h]	1980	6 500	160	7	0,2	1 120	224
SS-N-20	1982	8 300	20	9[i]	0,5[i]	180	90
Zwischensumme			*941*			*2 317*	*828*
Strategische Bomber							
Tu-95 Bear	1956	10 000+[k]	100	2[m]	2[m]	200	400
Mya-4 Bison	1956	10 000+[k]	45	2[m]	2[m]	90	180
Zwischensumme			*145*			*290*	*580*
Gesamtsumme			**2 484**			**8 880**	**5 835**

a Stand September 1983. Alle Zahlen sind Annäherungen, insbesondere die Zuordnungen zu verschiedenen Modellen
b Wird seit 1982 durch Mod 3 ersetzt, möglicherweise mit 4x2 Mt MIRV
c Wird durch Mod 4 ersetzt
d Ersetzt Mod 1
e Auf atomgetriebenen U-Booten, fällt dadurch unter die SALT-Grenzen
f Erste Aufstellung des Mod 1 mit kürzerer Reichweite
g Wird durch Mod 3 ersetzt
h Ersetzt Mod 1 (mit 3 RVs) und Mod 2
i Maximalzahl, Zuladung zwischen 6 und 8
j SIPRI-Schätzung
k Abhängig von Auftrag und Zuladung
m Durchschnitt

Nach SIPRI, Stockholm

Tabelle 3: US-amerikanische strategische Nuklearwaffen, Ende 1983

Trägersystem	*Erstmals aufgestellt*	*Reichweite (km)*	*Anzahl*[a]	*Sprengköpfe pro Träger*	*Sprengkraft pro Sprengkopf (Mt)*	*Sprengköpfe (Summe)*	*Sprengkraft (Mt) (Summe)*
Interkontinentalraketen							
Minuteman II	1966	12 500	450	1	1,2	450	540
Minuteman III	1970	14 000	250	3	0,17	750	128
Minuteman III (Mk 12A)	1979	14 000	300	3	0,335	900	302
Titan II	1963	12 000	45[b]	1	9	45	405
Zwischensumme			*1 045*			*2 145*	*1 375*
Seegestützte Raketen							
Poseidon (C3)	1971	4 000[c]	304	10[d]	0,04	3 040	122
Trident I (C5)	1979	7 400[c]	264	8[e]	0,1	2 112	211
Zwischensumme			*568*			*5 152*	*333*
Strategische Bomber[f]							
B-52	1956	10 000+[g]	241[h]	24[i]			
Bombs				4	2[j]	964	1 928
SRAM[k]		160[m]		20[n]	0,170	1 020	173
ALCM[o]		2 500		12[p]	0,2	384[q]	77
Zwischensumme			*241*			*2 368*	*2 178*
Gesamtsumme			**1 854**			**9 665**	**3 886**

a Stand September 1983
b Titan Interkontinentalraketen sollen bis 1987 mit einer Rate von 1 alle 30 bis 45 Tage abgebaut werden
c Mit Höchstzahl von MIRVs
d Durchschnittliche Anzahl, Höchstzahl: 14
e Durchschnittliche Anzahl, Höchstzahl: 10
f Zusätzlich sind 60 FB-111A mittlere Bomber im Dienst
g Abhängig von Modell, Auftrag und Waffenzuladung
h 151 B-52G und 90 B-52H sind einsatzfähig. Darüber hinaus werden gegenwärtig 31 B-52D außer Dienst gestellt, 40 B-52G/II zum Training benutzt und sind aktive Reserve; und befinden sich mehr als 180 B-52 in inaktiver Reserve in der Davis-Monthan Luftwaffenbasis in Arizona
i Maximale Zuladbarkeit: 4 Bomben und 20 Kurzstrecken-Angriffslenkwaffen
j Durchschnittliche Sprengkraft
k Kurzstrecken-Angriffslenkwaffe (SRAM = short range attack missile)
m In großer Höhe
n Höchstzahl (8 intern, 12 extern)
o Luftgestützte Cruise missile, Typ AGM-86B (ALCM = Air launched cruise missile)
p Gegenwärtige Anordnung, alle extern. Spätere Veränderungen werden es möglich machen, 8 intern zu lagern und die Gesamtzahl auf 20 zu erhöhen
q 2 Geschwader mit jeweils 16 B-52G sind einsatzfähig

Nach SIPRI, Stockholm

Auszug aus dem Programm zur Landtagswahl 1984: Frieden

Unser Eintreten für ein menschenwürdigeres Leben, für eine gesunde Umwelt und größere soziale Gerechtigkeit ist sinnlos, solange die Gefahr besteht, daß unser Land zum atomaren Schlachtfeld wird. Ein dritter Weltkrieg würde ein Inferno ohnegleichen schaffen und alle bisher von Menschenhand angerichteten Katastrophen bei weitem übertreffen. Für die Grünen hat deshalb der Einsatz gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung höchste Priorität.

Seit langem verfügen die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes über genügend atomare, biologische und chemische Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und die Grundlage jeden zivilisierten Lebens überhaupt auszulöschen. Die offizielle Sicherheitspolitik rechtfertigt sich bisher mit dem Hinweis, das „Gleichgewicht des Schreckens" verbürge den Frieden. Das „Gleichgewicht des Schreckens" ist aber in Wirklichkeit eine Spirale des Schreckens. Die Triebfeder dieser verhängnisvollen Entwicklung ist immer wieder der Versuch, entscheidende waffentechnische Vorsprünge gegenüber dem vermeintlichen Gegner zu erlangen und durch Überlegenheit und Drohung die andere Seite erpressen zu können. Die Konsequenz ist, daß die Militärmächte der NATO sowie des Warschauer Paktes ständig wachsende Ressourcen in die Entwicklung neuer Generationen von Waffen stekken. Abgesehen davon, daß diese Entwicklung im Hinblick auf den täglichen Hungertod in vielen Ländern unseres Planeten eine skandalöse Verschwendung darstellt:

Die Abschreckungsspirale macht den Frieden nicht sicherer, sondern erhöht die Gefahr eines Atomkrieges.

Es ist unsinnig, die Schuld an dem Rüstungswahnsinn nur einer Seite zuschieben zu wollen. Sie trifft die USA und die Sowjetunion in gleicher Weise: Beide Supermächte betreiben eine aggressive Rüstungspolitik, die bei weitem über das hinausgeht, was für Defensivzwecke nötig wäre. Beide Supermächte stellen – auch im konventionellen Bereich – Waffensysteme auf, die durchaus für einen Angriffskrieg geeignet wären. Beide Supermächte bedienen sich aller Mittel klassischer Großmachtpolitik bis hin zur militärischen Invasion, um ihre Einflußsphären zu sichern und tendentiell auszuweiten. Beide Supermächte mißachten das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ob in Afghanistan, Polen, El Salvador oder jüngst in Grenada.

Die Lage verschärft sich immer dann, wenn es zu Entwicklungsschüben in der Waffentechnik kommt. Zur Zeit haben die USA, besonders in den Bereichen Mikroelektronik, Steuer- und Ortungstechnik, bedeutende Vorsprünge erzielt. Dies ist umso bedrohlicher, als in der NATO Bestrebungen offensichtlich werden, die alte Abschreckungsdoktrin durch eine offensive Kriegsführungsstrate-

gie zu ersetzen. Die amerikanischen Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II sowie Cruise Missiles sind mit ihrer hohen Treffgenauigkeit und kurzen Vorwarnzeit als Erstschlagswaffen geeignet und damit das Instrument genau dieser Strategie. Diese „intelligenten" Raketen und Flugkörper werden als Antwort auf die sowjetischen SS 20 ausgegeben. In Wirklichkeit besteht kein Zusammenhang mit der SS 20, wie selbst amerikanische Regierungsberater zugeben. Sie stellen vielmehr eine neue Qualität von Waffen dar. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles führt dazu, daß ein auf Europa begrenzter Atomkrieg, ein die Vernichtung Mitteleuropas in Kauf nehmender Enthauptungsschlag gegen die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Schaltstellen der Sowjetunion zu einem sehr realen Element neuer amerikanischer Planung geworden ist. Die Binsenweisheit der Abschreckungsbefürworter „wer als erster schießt, stirbt als zweiter" ist durch neue US-Militärstrategien überholt und gilt bald nicht mehr.
In der Folge kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß sich eine durch entsprechende Drohgebärden provozierte sowjetische Führung zu einem Präventivschlag entschließt. Und mit Sicherheit erhöhen die noch kürzeren Vorwarnzeiten die Gefahr, daß ein jederzeit möglicher Fehler der Frühwarnsysteme einen Atomkrieg auslöst. Damit ist die risikoreiche Strategie der jetzigen amerikanischen Militärplanung für alle Menschen Mitteleuropas lebensbedrohlich. Dies gilt insbesondere für die Bewohner Baden-Württembergs, das als Hauptstationierungsland auch bevorzugtes Angriffsziel ist.

Friedenspolitik jenseits von Bedrohung und Gewalt

Die bisherige „Entspannungspolitik" scheiterte an ihrer inneren Voraussetzung, an dem Glauben, sich nur im Einklang mit den Interessen der Weltmächte bewegen zu können. Die Grünen setzen sich dagegen für eine von den Supermächten losgelöst betriebene neue Entspannungspolitik ein. Angesichts der jüngsten globalstrategischen Entwicklung ist eine gemeinsame Friedenspolitik Mitteleuropas dringend erforderlich, eine Friedenspolitik, die das Denken in Militärblöcken hinter sich läßt. Wir müssen das Netz einer unabhängigen Friedensbewegung über die Blockgrenzen hinweg knüpfen. Es ist notwendig, einen untereinander verbundenen Volkswiderstand gegen das Wettrüsten, gegen Rüstungsexporte, gegen aggressive Akte und Aggressionsdrohungen aufzubauen. In diesem Sinne werden die Grünen ihre Kontakte zur unabhängigen Friedensbewegung in der DDR fortsetzen. Lockerung, später Auflösung der Militärbündnisse in einem blockfreien Europa ist unser Ziel. Ein Bündnis wie die NATO, das unsere „Verteidigung" so organisiert, daß wir in einem zunehmend wahrscheinlicher werdenden

Ernstfall vernichtet werden, bietet uns keine Sicherheit. Daher setzen wir uns für einen Austritt aus der NATO ein. Voraussetzung dafür, daß ein Austritt aus der NATO die dauerhafte militärische Blockfreiheit der Bundesrepublik garantiert und das im Deutschlandvertrag festgeschriebene Besatzungrecht aufgehoben wird, ist der Abschluß von Friedensverträgen zwischen den ehemaligen Siegermächten und den beiden deutschen Staaten. Insbesondere fordern die Grünen die ehemaligen Siegermächte zum Verzicht auf den in Artikel 2 des Deutschlandvertrags festgeschriebenen „Gesamtdeutscher Vorbehalt" auf. Nur so kann auch eine politische Lösung der Deutschen Frage erreicht werden.
Die Rüstungsspirale kann nur durchbrochen werden, wenn wir uns zu kalkulierten einseitigen Abrüstungsschritten bekennen. Dies bedeutet nicht, daß wir unser Selbstbestimmungsrecht und unsere Freiheit aufgeben wollen. Wir fordern eine europäische Friedenskonferenz mit dem Ziel einer zunächst von ABC-Waffen, dann zunehmend auch von konventionellen Waffen befreiten Zone in Europa.
Als erstes Glied einer Kette von Abrüstungsmaßnahmen sind die Ausgaben für die Bundeswehr wesentlich zu reduzieren. Wir fordern den konsequenten Verzicht auf alle Systeme, die nicht nur kostspielig sind, sondern zugleich als Angriffswaffen dienen können.
Kürzungen im Bundeswehretat haben auch die Aufgabe eine Umstrukturierung der Bundeswehr zur Nichtangriffsfähigkeit einzuleiten; d.h. Reduzierung der konventionellen Armee bei gleichzeitiger Umrüstung auf Defensivwaffen. Die westlichen Pläne zur konventionellen Offensiv-Aufrüstung (Rogers-Plan) oder die Benutzung der konventionellen Offensiv-Streitmacht des Ostens zur militärischen Erpressung (Polen) machen die Notwendigkeit einer beidseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, als Ausgangspunkt für eine ernsthafte Abrüstungs- und Friedenspolitik, deutlich.
Dieser erste Abrüstungsschritt trägt dem in der Gesellschaft noch vorhandenen Sicherheitsbedürfnis und den Ängsten vor einer „Wehrlosigkeit" Rechnung, er hat die Aufgabe Bedrohungsängste auf beiden Seiten abzubauen und vertrauensbildend zu wirken.
Im gleichen Maß, wie die Entwicklung zu einer beidseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit voranschreitet, ist die Bundeswehr durch ein System sozialer Verteidigung abzulösen. Soziale Verteidigung ist die solidarische Selbstbehauptung einer Gesellschaft mit gewaltlosen, nicht-militärischen Mitteln gegen einen militärischen Angriff von innen (Putsch, Staatsstreich) und von außen (Invasion, Intervention). Grundlegende Prinzipien der sozialen Verteidigung sind:
- Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Vorbereitung und Einübung gewaltfreien, koordinierten und solidarischen Widerstands. Ein Aggressor muß wissen, daß er ein Territorium gewin-

nen, aber es weder beherrschen noch ausbeuten kann.
- Verweigerung der Zusammenarbeit und des Gehorsams gegenüber den Unterdrückern;
- aktive Weiterführung des eigenen sozialen und wirtschaftlichen Lebens;
- demonstrativer Protest, subversive Kommunikationsnetze und vielfältige Formen aktiven gewaltfreien Widerstands;
- Schwächung der Moral des Gegners.

Soziale Verteidigung setzt nicht nur voraus, daß ein hohes Maß an Solidarität und an Kenntnissen über technische und soziale Zusammenhänge besteht, sondern verlangt dezentral strukturierte gesellschaftliche Versorgungseinheiten.

Schritte grüner Friedenspolitik

Die Grünen setzen sich für folgende erste Abrüstungsschritte und vertrauensbildende Maßnahmen inner- und außerhalb der Parlamente aktiv ein:
- Sofortige Rücknahme der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD.
- Einseitige Abrüstung von Waffensystemen in der BRD, die zum Angriff geeignet sind.
- Entwicklung einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit;
- einen Friedensvertrag, der den Abzug aller Besatzungsmächte in der BRD beinhaltet und den Austritt der BRD aus der NATO;
- Abzug aller fremden Truppen aus West-und Osteuropa;
- Aufgabe der Strategie der „Flexiblen Antwort" (flexible response) und der Vorwärts-Verteidigung, sowie der Strategie „AirLand Battle". Ächtung des Einsatzes von ABC-Waffen;
- sofortige Abrüstung der in der BRD gelagerten chemischen und biologischen Waffen;
- sofortige Aufnahme von echten Abrüstungsverhandlungen über taktische und strategische Nuklearwaffen, begleitet durch kontrollierbare Abrüstungsschritte in Ost und West, mit dem Ziel einer A-B-C-waffenfreien Zone in Europa;
- Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile, sozial nützliche und volkswirtschaftlich sinnvolle Güterproduktion;
- ein Verbot von Transport, Lagerung und Herstellung von A-B-C-Waffen in Baden-Württemberg;
- Offenlegung aller militärischen Objekte und Planungen;
- Verbot von Tiefflügen;
- keine Manöver auf öffentlichen Geländen, sondern nur noch auf Truppenübungsgeländen.

Die Grünen verstehen sich als Teil der Friedensbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Stationierung neuer Atomraketen mit allen Mitteln gewaltfreien Widerstands zu verhindern, die kriegstreibenden Kräfte zu bremsen und alles zu unterstützen, was aus der Blockkonfrontation herausführt. Projekten und Anlagen, die u.a.

dazu dienen, eine militärische Infrastruktur zu schaffen – hierzu gehört der Ausbau des Stuttgarter Flughafens genauso wie die Teststrecke Boxberg – werden wir aktiv unseren Widerstand entgegensetzen. Die „Aufrüstung nach innen", z.B. der Erlaß von Notstandsgesetzen und -verordnungen, die Veranstaltungen von militärischen Schauübungen, bei denen auch Tote in Kauf genommen werden, wie der Unfall bei Münsingen im Oktober 1983 zeigt, Vorbereitung einer sinnlosen Katastrophenmedizin sowie den staatlicherseits verordneten Wehrkundeunterricht an unseren Schulen gilt es zu stoppen.

Die Grünen wenden sich gegen das unwürdige Anerkennungsverfahren von Kriegsdienstverweigerern, sowie gegen die Nachteile die Zivildienstleistende auf sich nehmen müssen. Eine Gewissensentscheidung kann nicht nur religiöser oder ethischer Natur sein, sondern auch auf politischer und ökologischer Überzeugung beruhen.

Wir verwehren uns gegen den Mißbrauch von Zivildienstleistenden als billige Arbeitskräfte. Wir erkennen die Entscheidung jedes Einzelnen an, sich gegen die Miteinbeziehung von ZdLs in die Kriegsplanung durch Totalverweigerung zu wehren. Vor allem die momentan übliche Praxis der Doppelbestrafung von Totalverweigerern ist grundgesetzwidrig und menschenverachtend.

Friedenserziehung

Die Grünen fordern eine breite Verankerung der Friedenserziehung in unserem Bildungswesen. Friedenserziehung leitet sich aus dem Friedensauftrag des Grundgesetzes ab. Ihr Ziel ist, die Bereitschaft zum gewaltfreien Austragen von Konflikten zu fördern und die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu schaffen. Friedenserziehung im Unterricht kann nicht mit autoritären Vermittlungsformen geschehen. Sie umfaßt nicht nur die Erziehung des einzelnen zur Friedensfähigkeit, d.h. zum bewußten Umgang mit eigenen Aggressionen, Vorurteilen usw. sondern ist auch politische Bildung. Unverzichtbare Inhalte sind für die Grünen:
- geschichtliche Kriegsursachen und -folgen,
- Abrüstung als Mittel der Kriegsverhinderung,
- alternative Konzepte der Verteidigung und zur Politik der Abschreckung,
- historische Wurzel und derzeitige Positionen der Friedensbewegung.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß Schüler die Gelegenheit erhalten, Argumente von Kriegsdienstverweigerern im Unterricht kennenzulernen. Der Diffamierung des Pazifismus, der Verharmlosung des Krieges und der wachsenden Militarisierung der Gesellschaft muß pädagogisch entgegengewirkt werden. Alle bestehenden einseitigen Erlasse zum Thema „Landesverteidigung"

sind abzuschaffen. Die Friedenserziehung muß ihre Wurzeln in der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung haben. In einer Zeit, in der ungeheure Geldmittel in die Rüstung fließen und die Kriegsgefahr ständig steigt, halten wir es für einen Skandal, daß die Landesregierung aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung ausgetreten ist.

Gegen eine sinnlose Katastrophenmedizin

Das Ausmaß der Zerstörung und die Zahl der Brand- und Schwerverletzten in einem Atomkrieg wird so unermeßlich groß sein, daß es keinerlei medizinische Hilfe mehr geben wird.
Auch das medizinische Personal wird tot oder verletzt sein und nicht mehr helfen können. Außerdem werden Krankenhäuser, Transport- und Kommunikationssysteme zerstört oder funktionsunfähig sein.
Zu diesem Ergebnis kommen alle bisher veröffentlichten Studien in der Welt, auch die zuletzt im Mai 1983 veröffentlichte Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die wie auch immer als Katastrophenmedizin getarnte Kriegsmedizin soll der Bevölkerung vorgaukeln, daß doch eine nennenswerte medizinische Hilfe möglich sei. Im Gegensatz zur Notfallmedizin erfolgt die Einordnung in Behandlungsklassen in der Katastrophenmedizin zu ungunsten von Schwerverletzten.
So erhalten Patienten in Gruppe IV (Hoffnungslose) keine Behandlung. Ärzte sollen lernen, Menschen auszusondern, denen nicht mehr geholfen werden kann oder soll. Diese als Triage bezeichnete Sichtung bedeutet letztlich die Einführung des Euthanasieprinzips in die Medizin. Für sogenannte zivile Katastrophen (Erdbeben, Zugentgleisungen etc.) ist keine Katastrophenmedizin erforderlich, sondern ein gut funktionierender, überörtlicher Rettungsdienst und eine Betreuung nach notfallmedizinischen Richtlinien zugunsten von Schwerverletzten. In diesem Zusammenhang mit der heimlichen Kriegsvorbereitung ist auch das Gesundheitsschutzgesetz zu sehen.
Geplant ist die Militarisierung des Gesundheitswesens: datenmäßige Erfassung des Personals, Verpflichtung zur Fortbildung und Sanitätsübungen, Ausrichtung des Gesundheitswesens nach kriegsmedizinischen Gesichtspunkten wie z.B. Räumung von Alten- oder Behindertenheimen oder der Zwang zur Selektion aller Kranken nach Rechtsverordnungen usw. Schon jetzt erfolgt eine Erfassung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen durch das neue Meldegesetz in Baden-Württemberg.
Auch Atombunker bieten keinerlei Überlebenschancen. Zivilschutz ist sozialpsychologisch gesehen weitere Kriegsvorbereitung.
Die Grünen im Landtag werden sich einsetzen:
- für eine umfassende Aufklärung über Atomkriegsfolgen;

- für einen sofortigen Stop des Bunkerbaus;
- für sofortige zivile Nutzung der Militärkrankenhäuser;
- für eine Ablehnung des Gesundheitsschutzgesetzes;
- für eine sofortige Änderung des Meldegesetzes und eine Löschung der gespeicherten Daten;
- für Sicherung demokratischer Grundrechte im Gesundheitswesen;
- für eine Intensivierung der Fortbildung in Notfallmedizin.

Atomenergie – die Bombe im eigenen Land

Zivile und militärische Atomtechnologie sind nicht voneinander zu trennen, denn die Atomkraftwerke produzieren nicht nur elektrischen Strom, sondern zwangsläufig auch Plutonium, und Plutonium ist Atombombenrohstoff.
Selbst ohne Weiterverarbeitung ist Plutonium einer der giftigsten Stoffe überhaupt. Weniger als ein millionstel Gramm genügt, vom Körper aufgenommen, um Krebs zu erzeugen. Endpunkt der Entwicklung ist der Schnelle Brüter, denn nur er liefert in ausreichenden Mengen Plutonium für den Bombenbau.
Ein Brutreaktor neuesten Typs kann während seiner Lebensdauer mehrere 1000 kg erzeugen. Eine große Wiederaufbereitungsanlage setzt pro Jahr mehrere 1000 kg um. Nimmt man alle Reaktoren, die zur Zeit in Betrieb sind, so wird pro Stunde mehr spaltbares Plutonium erzeugt, als man zur Herstellung einer Atombombe braucht.

Gefahren im Kriegsfall

Die in einem 1000 Megawatt-Reaktor eingeschlossene radioaktive Verseuchungsenergie ist größer als die von 1000 Hiroshima Bomben. Im Kriegsfall könnten atomare Anlagen bevorzugte Ziele sein, um die Verteidigungsfähigkeit eines Gegners entscheidend zu schwächen:
- weil sie als stationäre Bomben mit vorwiegend langlebiger Radioaktivität verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung hätten
- weil sie als Plutoniumlieferant für Atombomben ausgeschaltet werden können.

Atomkraftwerke sind, wenn sie zudem noch so gleichmäßig verteilt und dicht aneinandergereiht sind wie bei uns, eine Ergänzung und Verstärkung der Angriffsmittel eines möglichen Aggressors und bedrohen schon im Falle eines konventionellen Angriffs die Bevölkerung durch radioaktive Verseuchung. Daher kann die als zivil deklarierte Nutzung von Atomtechnologie nicht *friedenssichernd* sein; Atomtechnologie ist in jedem Fall lebensbedrohend.

A-B-C-waffenfreie Städte und Dörfer – ein Weg zum A-B-C-waffenfreien Europa

Die Forderung vieler Städte, Gemeinden und Friedensinitiativen, ih-

re Gemeinde oder ihren Landkreis zur A-B-C-waffenfreien Zone zu erklären, hat mehr als symbolischen Charakter. Dies zeigt ein Blick auf die A-B-C-Waffen„kammer" Baden-Württemberg. (*siehe Karte*) Diese Militärstützpunkte sind bevorzugte Angriffsziele bei der Ausweitung eines Konfliktes oder einem Krieg-aus-Versehen, ausgelöst durch Fehler im Frühwarnsystem. Hinzu kommt, daß täglich über unsere Straßen und durch unsere Gemeinden diese Massenvernichtungsmittel nicht nur zu Übungszwecken transportiert werden. Dies geschieht auch, weil sie im Sinne der Abschrekkungsstrategie ständig mobil und einsatzbereit sein müssen. Erinnert sei nur an die Beinah-Katastrophe in Walprechtsweiler bei Karlsruhe (dort verunglückte eine einsatzbereite Pershing Ia Einheit). Das Bewegen mobiler Raketenstellungen durch unsere Gemeinden wird von seiten der Militärs mit der Notwendigkeit begründet, das Konzept und die militärischen Mittel der Abschrekkung gegenüber der eigenen Bevölkerung anschaulich darzustellen. Die bewußte Inkaufnahme des Verlustes von Menschenleben bei der „Sicherung" des Friedens zeugt dabei von der inneren Widersprüchlichkeit und der Menschenverachtung der hier vertretenen „Friedenspolitik".

Die Grünen wenden sich deshalb gegen den Erlaß des baden-württembergischen Innenministers, der den Gemeinden und Landkreisen verbietet, sich zu A-B-C-waffenfreien Zonen zu erklären. Damit wird den Gemeinden auch das Recht und die Pflicht streitig gemacht, ihre Verantwortlichkeit für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung in praktische Politik umzusetzen, wie es in der Gemeindeordnung vorgesehen ist.

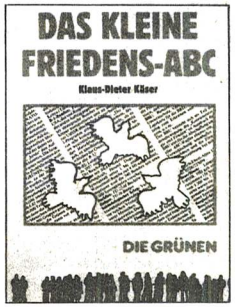
Diskussion und Beschlußfassung über A-B-C-waffenfreie Gemeinden und Landkreise dürfen nicht wegen „Nichtzuständigkeit" abgelehnt werden.

Mit diesem kommunalen Maulkorberlaß des Innenministeriums wurde ein weiteres Mal die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt. Der Erlaß greift in Rechte der Gebietskörperschaften und damit indirekt in die Rechte des Volkes ein. Er ist somit rechtswidrig.

Die Grünen im Landtag, in den Gemeinderäten und in Friedensgruppen werden sich verstärkt für ein dichtes Netz von A-B-C-waffenfreien Gemeinden einsetzen. Mit der Schaffung A-B-C-waffenfreier Gemeinden wird eine Umorientierung der Friedenspolitik von unten nach oben in West und Ost eingeleitet, die als Ziel ein von atomaren, biologischen und chemischen Waffen befreites Europa hat.

Die Grünen im Landtag werden alle politischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen, um eine weitere Stationierung von A-B-C-Waffen in Baden-Württemberg zu verhindern und bereits vorhandene A-B-C-Waffenlager aufzulösen.

Informationsmaterialien der Grünen Baden-Württemberg



Das kleine Friedens-ABC ist zum einen gedacht als Nachschlagewerk. Was bedeutet dieser Begriff? Unter welcher Adresse finde ich diese oder jene Friedensgruppe, wo demonstrierten wann wieviele Menschen, welche Aufrufe und welche „Persönlichkeiten" spielen eine Rolle? Zum anderen kann dieses Buch aber auch dazu dienen, Menschen, die neu zur Friedensbewegung stoßen, einen kurzen,aber informativen Überblick zu geben, um so eine Grundlage für die weitere praktische Arbeit zu schaffen. Außerdem enthält das Buch als Anhang eine Anzahl Adressen Gewaltfreier Aktionsgruppen auf Landes- und Bundesebene, Anschriften von Parteien, ein Literaturverzeichnis, Wortlaute der Appelle vom 10.10.81, den Aufruf der Russel Peace Foundation, den Berliner Appell, den Appell der Schriftsteller Europas, den Aufruf „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg" und den Aufruf zur Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn.
104 Seiten, DIN A 5, gebunden mit Tabellen und Skizzen. DM 5,–

Eine Dokumentation von Elisabeth Brändle-Zeile mit einem Vorwort von Marieluise Beck-Oberdorf.

Der Vielfalt in der Friedensbewegung entsprechend kommen in diesem Buch 53 Frauen zu Wort, die, in einem historischen und gesellschaftlichen Spektrum von Bertha von Suttner bis zu Petra K. Kelly reichend, ihre Position für Frieden und Abrüstung klar vertreten. In Teil I finden sich 33 Kurzporträts, in Teil II äußern 20 Frauen der Gegenwart ihre Ansichten und Vorstellungen. Ein Teil der Frauen engagierte sich in der Deutschen oder Österreichischen Friedensgesellschaft, in der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, oder in der Parteien der SPD, GVP, DFU, und heute bei den Grünen.

Das Buch verfolgt drei Intentionen: es vermittelt einen Überblick über das Leben und Wirken zahlreicher Frauen, die einen wichtigen Beitrag für den Frieden geleistet haben, zweitens bietet es inhaltliche Grundpositionen für Diskussionen in Frauen- und Friedensgruppen, und zum dritten möchte es Impulse zum eigenen Handeln geben und diejenigen Frauen motivieren, die aus Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel aktiv werden sollen.
228 Seiten, 12,5 x 19 cm, kartoniert, DM 12,–

Der vorliegende Band, hat zunächst das Ziel, aktuelle Informationen über die verschiedenen Bereiche der Neuen Informationstechnologien zu geben. Dies erscheint deshalb dringend erforderlich, da die für eine Umwälzung der Informations- und Kommunikationstechnologien Verantwortlichen in Wirtschaft und Staat sich scheuen, selbst die unumstrittenen Folgen ihres Handelns, geschweige denn die Prognosen hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Gefahren für die Demokratie anzuerkennen. Wie so oft bei neuen (Groß-) Technologien werden nur die positiven Seiten herausgestrichen. Darum wird in diesem Sammelband sowohl über die technologischen, politischen und rechtlichen Grundlagen dieser Technologien informiert, als auch über deren wirtschaftliche und soziale Folgen.
Mit Beiträgen von
Herbert Kubicek, Elsbeth Mordo, Wolfgang Schmitt, Harald Schmautz, Susanne Tamborini-Liebenberg, Michael Proß, Gerlinde Wax, Otfried Wischnat, Johannes Sobetzko, Michael Hecht, Ulrich Briefs, Rolf Englert, Fritz Kuhn, Gert Würzberg, Claus Eurich, Otto Ulrich

Ein Medienreader. Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises „Neue Medien" der Grünen Baden-Württemberg.
220 Seiten, broschiert, Preis: DM 15,–
Materialien zur sozialpolitischen Diskussion der Grünen. Herausgegeben von Michael Opielka, Martin Schmollinger und Angelika Fohmann-Ritter im Auftrag des Landesfachausschusses „Soziales und Gesundheit" der Grünen Baden-Württemberg

Mit Beiträgen von: Michael Opielka, Joseph Huber, Erich Standfest, Joachim Hirsch, Friedhelm Hengsbach SJ, Peter Gross, Christel Neusüß, Claudia von Werlhof, Ursula Westphal-Georgi, SOST, Christian Leipert, Rolf G. Heinze, Thomas Olk, Rolf Schwendter, Wolf Rainer Wendt, Ilona Kickbusch, Alf Trojan, Martin Schmollinger, Eberhard Bueb, Michaele Schreyer, Angelika Fohmann-Ritter, Niko Diemer, Willi Hoss, Holger Heimann

330 Seiten, gebunden à 15 DM (mit Hardcover 18 DM) ab 3 Exemplaren à 12 DM (bzw. 15 DM) jeweils plus Porto

Bücher

„Müllverwertung und -beseitigung in Baden-Württemberg", Probleme, Modelle und Lösungsansätze, Studie des IFEU-Instituts Heidelberg, 177 S., mit vielen Abb., Graphiken und Kontaktadressen DM 8,–

„Luftverschmutzung und Waldkatastrophe" – Analyse und Gegenmaßnahmen, Studie des IFEU-Institus Heidelberg, mit Graph., Tabellen und Abb., 197 Seiten DM 10,–

„Einsam, überwacht und arbeitslos – Technokraten verdaten unser Leben" Fritz Kuhn, Wolfgang Schmitt. Kurzbez. Medienreader, 218 Seiten DM 15,–

„Die Zukunft des Sozialstaats – Sozialstaatskrise und Umbaupläne" 3. Aufl, 310 Seiten
flexibel gebunden DM 15,–
hardcover (leinen gebunden) DM 18,–

„Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des KKWs Neckarwestheim", IFEU-Gutachten, 220 S. DM 7,–

„Das kleine Friedens-ABC", Klaus-Dieter Käser, kleines Nachschlagewerk für alle Friedensbewegten, 101 Seiten DM 5,–

„Frauen für den Frieden", Elisabeth Brändle-Zeile, Lebensbilder von Frauen, die sich in den letzten 90 Jahren für den Frieden eingesetzt haben, 228 Seiten. DM 12,–

„Handbuch für alternative Kommunalpolitik", Hrsg. AKP Bielefeld mit einführenden Texten, Stichwörtern, Material- und Adressenlisten, 352 S., DM 34,–

Broschüren

„Friedensvertrag, Blockfreiheit, Neutralität", Reader zum deutschlandpolititschen Kongreß der GRÜNEN Baden-Württemberg in Karlsruhe vom 9. bis 11. März 1984, Format DIN A 4, 168 Seiten DM 8,–

„Pressespiegel der Volksversammlungen für den Frieden und der Menschenkette Stuttgart-Neu-Ulm, Format DIN A 4, 174 Seiten DM 6,–

Landesprogramm DM 2,–

Landtagswahlprogramm (Versandkosten werden berechnet) kostenlos

„Auf dem Weg zur Naturwirtschaft", ein Energie-Lesebuch, Ulrich Jochimsen, Günter Randecker, Dieter Schäfer, 103 Seiten, Format DIN A 4 DM 5,–

„Angriff als Verteidigung", AirLand Battle, Rogers Plan,..., Die Grünen im Bundestag, 166 Seiten, Format DIN A 4, Analyse der neuen NATO-Strategien, umfangreicher Anhang mit ausgewählten Dokumenten DM 10,–

„Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre" – Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums, Analysen und Dokumente, Hrsg. Henning Schierholz, Roland Vogt, Anne Borgmann, u.a., 104 Seiten DM 7,80

„Chemikalien in der Umwelt", Hans-Dieter Stürmer (MdL) Hrsg. BUND, Dreisam Verlag Freiburg, 3., neubearbeitete und erw. Auflage, 193 S. DM 15,80

Bestellcoupon

☐ **Hiermit wird bestellt:**

_____ Ex. „Müllverwertung und -beseitigung DM _____
_____ Ex. „Luftverschmutzung und Waldkatastrophe" DM _____
_____ Ex. „Einsam, überwacht und arbeitslos DM _____
_____ Ex. „Die Zukunft des Sozialstaats DM _____
_____ Ex. „Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des KKWs Neckarwestheim DM _____
_____ Ex. „Das kleine Friedens-ABC" DM _____
_____ Ex. „Frauen für den Frieden" DM _____
_____ Ex. „Friedensvertrag, Blockfreiheit, Neutralität" DM _____
_____ Ex. „Pressespiegel der Volksversammlungen für den Frieden DM _____
_____ Ex. Landesprogramm DM _____
_____ Ex. Landeswahlprogramm
_____ Ex. „Auf dem Weg zur Naturwirtschaft" DM _____
_____ Ex. „Angriff als Verteidigung" DM _____
_____ Ex. „Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre DM _____
_____ Ex. „Handbuch für alternative Kommunalpolitik DM _____
_____ Ex. „Chemikalien in der Umwelt DM _____

Die Versandkosten werden zusätzlich berechnet, wobei wir die Portokosten meist nach oben aufrunden, um anfallende Verpackungskosten wenigstens zum Teil abzudecken.
Bitte bei den Bestellungen wenn irgend möglich eine Postadresse (kein Postfach) angeben.

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich nähere Informationen über die Grünen. Einfach ausgefüllten Coupon an die Grünen, Forststr. 93, 7000 Stuttgart 1

☐ Ich bitte um Übersendung von Informationsmaterial
☐ Ich bin an der Mitarbeit bei den Grünen interessiert
☐ Ich möchte Mitglied werden

Absender:

_____
_____
_____

An
DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststr. 93

7000 Stuttgart 1

Grüne Blätter

Einzelabonnement?

☐ Ich abonniere die GRÜNEN BLÄTTER für 12 Monate (DM 25,–)

Förderabonnement

☐ Ich möchte gern etwas für die GRÜNEN BLÄTTER tun und bezahle mehr als den normalen Abo-Preis für einen Zeitraum von 12 Monaten

☐ ja ☐ nein DM _____

Allgemeine Abonnement-Bedingungen:
Abo-Preis: DM 25,– für 12 Monate (12 Ausgaben). Der Preis ist fällig nach Rechnungseingang.
Abo-Kündigung: Sofern das Abonnement nicht 1 Monat vor Ablauf gekündigt ist, läuft es jeweils um den gleichen Zeitraum und zu den gleichen Bedingungen wie bisher weiter.
Rücktrittsrecht: Rücktritt von dieser Vereinbarung ist innerhalb von 14 Tagen möglich.

_____
Name

_____
Adresse

_____ _____
Datum Unterschrift

Impressum:

1. Auflage 1985
© Jürgen Maier
Herausgeber und Vertrieb:
Die Grünen Baden-Württemberg
Forststr. 93
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/61 06 61
Das Buch ist eine Nachfolgepublikation
von „Schlachfeld Europa".
Herstellung:
Windhueter Kollektiv, Schorndorf
ISBN 3-9800878-3-2

Errata

Leider ist uns auf der Seite 108 ein Satzfehler passiert.
Der Absatz *„Ein Medienreader. . . ., broschiert, Preis DM 15,-"* gehört noch zum darüberliegenden Absatz, also zu dem Buch **„Einsam, überwacht und arbeitslos".**

Auf Seite 54 im Kapitel **„Atomkrieg aus Versehen"** muß der letzte Satz heißen:
Daß sich der Kreml allerdings tatsächlich in eine solch lebensgefährliche Abhängigkeit von Computersystemen begibt, mag bezweifelt werden.

DIE GRÜNEN
BADEN-WÜRTTEMBERG

ISBN 3-9800878-3-2